

Pol. Civ.

145²₌

Vater

Grundsätze und Meinungen,
das preussische
Medicinal - Taxwesen
besonders
i n S c h l e s i e n
betreffend.

Ein Beitrag zur medicinischen Gesezkunde
und Gesetzgebung

von

C. F. W. A. Vater

k. pr. R. Assistenz-Rathe und actuellen Justizcommissario.

.....
Galenus dat opes —
.....



Zweite vermehrte, verbesserte und größtentheils
ganz umgearbeitete Ausgabe.

Breslau,
bei Wilhelm Gottlieb Korn
1810.

B



Seiner Hochwohlgebohren,
dem
königlichen preussischen
Geheimen Staats - Rathe
und
Ober - Präsidenten
für die
Provinz Schlesien
auch
Ritter des rothen Adler-Ordens
Herrn von Massow

ehrerbietigst

gewidmet
von
dem Verfasser.

V o r r e d e.

In den jetzigen so allgemein bedrängten Zeitläuften wird dem Publico fast keine Taxe so fühlbar als die neuere *Taxe für die Medicinalpersonen in den königlichen preussischen Staaten*, welche in Berlin schon im Jahre 1802 publicirt wurde. Zwar haben seitdem die Apotheker, von welchen darin nichts vorkommt, mehrere höhere Taxen für ihre zu verkaufende Arzneien erhalten. Allein diese Taxen sind im Grunde nur vorübergehende Erscheinungen, welche sich eigentlich bloß nach den Preisen richten, und richten müssen, die der leider noch fortdauernde Seekrieg in den fast unentbehrlichen Medicinalwaaren-Artikeln der fremden Welttheile verursacht. Hört dieser Krieg einmal auf, was doch zu hoffen ist, weil hienieden alles sein Ziel hat; so wird eine weise Obermedicinal-Polizei gewiß nicht ermangeln, durch neue Apothekertaxen die Preise der Arzneien wieder herunter zu setzen. Jene allgemeine Taxe
von

von 1802 kann daher allein der Gegenstand einer Unzufriedenheit des kranken preussischen Publici sein.

Dieses findet sie zu hoch, und selbst das königl. Collegium medicum zu Glogau machte gegen das Publicandum des schlesischen Ministerii vom 22. Januar 1803, womit gedachte Taxe auch in Schlesien eingeführt wurde, in seiner Gegenvorstellung vom 19. Februar eben dieses Jahres folgende Bemerkungen, welche auf die Beibehaltung der alten schlesischen Medicinaltaxe von 1744 abzielten. „Die Sätze
 „wären nämlich so hoch, daß sie nicht ein-
 „mal der bemittelte, geschweige der arme
 „Hausvater zu bezahlen vermöge, welcher
 „daher auf eine indirekte Art aller medicini-
 „schen Hülfe entzogen würde. Besonders sei
 „dies der Fall in Ansehung des Satzes für den
 „ersten Besuch von *Einem Reichsthaler und*
 „*acht Groschen* und der Disposition, wor-
 „nach ein Wundarzt für die Entfernung eines
 „in der Speiseröhre steckenden fremden Kör-
 „pers mit *drei bis fünf* Reichsthalern bezahlt
 „werden, also auch dieses bekommen solle,
 „wenn er mit der Magenbürste bloß eine im
 „Halse stecken gebliebene Fischgräte in Zeit
 „von

„von ein Paar Minuten wegräume. In den
 „andern Provinzen nehme Niemand einen
 „Arzt eher an, als bis er auf die neue Taxe
 „renuncire, so wie denn auch die neue Taxe
 „blos in Berlin gelte. Kein Arzt habe einer-
 „seits bei der alten Taxe Mangel gelitten, und
 „jezt sei andererseits die Abgeltung der Aerzte
 „zum Nachtheil des Publici von der Menge
 „ihrer Besuche und Recepte abhängig ge-
 „macht.“

Das Ministerium aber bestand zufolge des
 Rescripts vom 28. Februar des gedachten Jah-
 res auf der Publikation, und setzte jenen Ein-
 würfen nachstehendes entgegen: „Nur selten
 „sei die alte Taxe anwendbar gewesen, weil
 „die Generosität der Reichen bei den steigen-
 „den Bedürfnissen abgenommen habe, auch
 „der Arzt zu seinem Studio beträchtlichere
 „Kosten verwenden müsse, und zu seiner
 „fortschreitenden Ausbildung theurerer Hülfs-
 „quellen bedürfe, vom Staate als Physikus
 „ein geringes Gehalt erhalte, und vom Arzt-
 „lohne jezt fast allein lebe. Daher rührten
 „auch die übertriebenen Forderungen der
 „Aerzte zu Hunderten und Tausenden, die
 „nur wegen der zeitherigen zu niedrigen alten
 „Taxe

„Taxe nicht zur Sprache gekommen wären.
 „Aus diesem Grunde hätten manche Aerzte
 „zeither ohne alle Rücksicht gefordert, und
 „genommen, was nur zu erlangen gewesen
 „wäre, oder zweideutige Geschäfte getrieben,
 „oder es wäre ihnen kein Mittel übrig geblie-
 „ben, um mit der Erweiterung ihres Faches
 „in der scientivischen Welt gleichen Schritt
 „halten zu können. Auch sei die neue Taxe
 „niedriger als die in andern Ländern. Die
 „Chirurgen brauchten jetzt kostbarere zwek-
 „mässigere Instrumente. Die Richtigkeit der
 „Renunciâtion der Aerzte auf die neue Taxe
 „werde in Zweifel gezogen, und, daß diese
 „nur in Berlin gelte, widerlege sich schon
 „durch den Titel derselben, so wie denn
 „auch dadurch keinesweges dasjenige aufge-
 „hoben sei, was die schles. Gen. Med. Ord-
 „nung wegen der Hülfe für Arme vorschreibe.
 „Die Behauptung der Abhängigkeit der Ab-
 „geltung des Arztes von der Menge der Besu-
 „che und Recepte hingegen wäre sowohl für
 „die Landespolizei unpassend, als für das
 „Medicinalpersonal selbst niederdrückend,
 „weil es kein auch noch so geringfügiges bür-
 „gerliches Verhältniß gebe, in welchem nicht
 „dem

„dem moralischen Selbstgeföhle etwas über-
 „lassen bleiben müsse.“

So sehr aber auch noch aus andern Gründen, welche in dem folgenden Werke näher angegeben werden, die neue Taxe in Schutz zu nehmen ist, so läßt sich doch nicht läugnen, daß in dieser Taxe nicht nur verschiedenes nicht genau genug bestimmt, sondern auch manche Lücke gelassen wird. Denn, um nur einiges zu rügen, bleibt es zweifelhaft, ob unter ihrem Satze für den ersten Besuch eines Arztes auch die Gebühr *für* sein dabei verschriebenes *Recept* begriffen sei? Ferner, was einer der folgenden Besuche ohne *Recept* gelte? und ob ein niedrigerer Satz für eine Visite ohne alles *Recept*, oder ein höherer für eine Visite, wo mehr als *ein* *Recept* verschrieben werden muß, statt finde? Auch ist, in sofern diese Taxe nur für vermögende Patienten gelten soll, keine Rücksicht auf die ärztlichen Bemühungen bei ärmeren genommen. Mehrere hier anwendbare Bemerkungen enthält der dritte Abschnitt des Werks selbst.

Bei der alten übrigens noch unvollkommenen Taxe von 1744 hatte wenigstens das Collegium medicum mehr Spielraum, das
 man

mangelhafte zu ergänzen, und die Freiheit, unter dem Titel *pro studio et labore* dem Liquidanten, nach dem Verhältnisse seiner Bemühungen, der Dauer und der Wichtigkeit der Krankheit und der etwa bekannten Vermögensumstände des Patienten, dasjenige zuzubilligen, was die Taxen nicht entschied. Freilich konnte da bloße Willkühr und eine gewisse Vorliebe für den Arzt oder den Kranken oder eine Pikanterie gegen den einen oder den andern ein freies Feld finden. Allein theils war doch, da die alte Taxe das *Minimum* enthielt, durch eine vermöge jener Freiheit zulässige Erhöhung ihrer Sätze eine der Sache gemäfsere Würdigung des Arztlohnes eher möglich, theils bleibt auch jezt noch, wie es überhaupt bei allen Gebühren-Taxen nicht anders sein kann, einem leidenschaftlichen Decernenten ein Schlupfwinkel offen. Denn mehrentheils muß doch der Liquidant seiner Rechnung die Geschichte der Krankheit seines Patienten zum Grunde legen. Man darf nun eben kein Artist sein, um die Möglichkeit einzusehen, daß sich so ziemlich gegen alle Behandlungen eines Kranken, wenn man einmal will, Einwendungen machen lassen, wel-

welche auf die Festsetzung des Sostri Einfluß haben. Sollte daher das liquidantische und liquidatische Publikum durch die Abschaffung der alten Taxe nicht viel verlohren haben; so scheint dasselbe doch auch durch die neuere in keine besondere Vorthteile gesetzt zu sein.

Alles dieses giebt natürlich sehr oft Gelegenheit zu wechselseitigen Beschwerden zwischen den Patienten und Medicinalpersonen, und nicht selten auch zwischen jenen oder diesen und den festsetzenden Behörden. Liquidirt gleich der Arzt nicht mehr, als die neue Taxe zuläßt; so kann doch einerseits der Patient, gewöhnlich und zwar oft aus eigener Schuld unbekannt mit den Fortschritten der Gesetzgebung, nicht immer begreifen, wie jener jezt ungleich mehr als ehemals zu fordern berechtigt sei. Andererseits läßt der Arzt die geringen Vermögensumstände des Kranken oft ganz ausser Acht. Tritt dann noch eine Dunkelheit des Gesetzes hinzu; so ist die Klage oder Beschwerde angebracht.

Der Verfasser dieses hatte es vermöge seines Amtes als Syndicus des königl. breslauschen Collegii medici et Sanitatis mehrentheils auf sich, sich mit den Untersuchungen und Festsetzun-

setzungen des Sostri zu beschäftigen. Der Bezirk dieses Collegii umfalste mehr als dreissig meistens nicht kleine Creise. Diese seine Arbeit war daher nicht nur an sich sehr vielfach, sondern sie setzte ihn auch ungeachtet der Unterstützung von Seiten der artistischen Mitglieder bei den Mängeln aller der Taxen nicht selten in Verlegenheit. Um nur einigermaassen sicher zu gehen, bedurfte es sowohl einer mannigfaltigen Correspondenz mit andern Medicinal-Behörden als auch mancher Anfrage bei der Ober-Behörde. Auf diese Art wurde in einzelnen Fällen eine Menge von Prinzipien nachträglich festgesetzt, welche jedoch ungeachtet ihrer Allgemeinheit dem Publico meistens unbekannt blieben. Der Verfasser sammlete alles, was dahin gehörte, und gab das Resultat davon, mit einer Einleitung und seinen Bemerkungen versehen, im Jahre 1803 bei dem Verleger dieses unter dem Titel: *Ueber das alte und neue schlesische Medicinal-Taxwesen* heraus.

So bequem er es aber auch solchergestalt, besonders dem artistischen Publico, gemacht hatte, sich über diesen Gegenstand wenigstens einigermaassen zu unterrichten; so würde

de

de der Verfasser dennoch bei dieser Schriftstellerei einen bedeutenden Schaden erlitten haben, wenn nicht die Regierung der Sache selbst ihre Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Durch die königl. Cammer-Circulare d. d. Glogau den 9. und Breslau den 12. September 1803 wurde nämlich die Anschaffung dieser Pièce bei den Creis- und Stadt-Physikaten befohlen, und der Rest der Exemplare zur Registratur des breslauschen Collegii medici zur gelegentlichen Vertheilung unter die ärmern, ihr Examen gut überstehenden, Medicinal-Candidaten angekauft. Durch diese letztere Vertheilung vergriff sich nach und nach die ganze erste Auflage.

Es läßt sich leicht voraussetzen, daß nach einer Reihe von mehreren Jahren noch manches neue Gesez und Princip hinzugekommen sei. Besonders hat zufolge der neuen Organisation der preussischen Staatsverwaltung das Ressort der rechtlichen Verhandlungen und Erkenntnisse in Medicinal-Sachen, wohin die förmlichen Klagen über unbefriedigtes oder zu hohes Sostrum gehören, dadurch eine gänzliche Abänderung erlitten, daß solche seit einigen Monaten zu den eigentlichen Justizhöfen

höfen verwiesen worden sind. Einerseits war also eine neue Auflage jener kleinen Schrift eine Unternehmung, welche sich gewissermaassen schon von selbst an die Hand gab, andererseits aber machte die gedachte neue Organisation eine Umarbeitung des Textes und des Titels des Ganzen nöthig. Das System hingegen blieb, wie es war. Denn schwerlich würde zu behaupten sein, daß bei der neuen Taxe überhaupt ein besonderes System zum Grunde liege. Der Verfasser hielt sich mithin nach wie vor an die natürliche Ordnung, und durfte sich um so weniger in eine andre Darstellungsform einlassen, als ihm der specielle Plan der neuern Organisation noch zu wenig bekannt ist, um eine Arbeit zu unternehmen, welche leicht ganz vergeblich sein konnte.

Zu mehrerer Aufklärung der erwähnten Ressortveränderung wird es übrigens nicht undienlich sein, noch anzuführen, daß das Collegium medicum zu Breslau dem dasigen königl. Ober-Landes-Gerichte bei Mittheilung der verlangten Nachrichten von der zeitherigen Medicinal-Rechts-Verfassung unterm 18. März dieses Jahres folgendes bemerkbar mach-

machte: „Der Syndicus Collegii habe sich
 „zwar vorzüglich mit der Justiz beschäftigt,
 „aber nur in äusserst wenigen Fällen *aus-*
 „*schliesslich* der übrigen Mitglieder. Zu die-
 „sen Fällen gehörten nur ganz klare Contra-
 „ventionen und die ungefährlichen Pfusche-
 „reien im Publico, ferner nur solche Streitig-
 „keiten über das Sostrum, wobei es auf keine
 „Beurtheilung der Curart oder der Nothwen-
 „digkeit der in Menge gemachten Kranken-
 „besuche und Recepte ankam, endlich Inju-
 „rien bei Ausübung der Functionen der Me-
 „dicinalpersonen. Denn alle übrigen Fälle
 „erforderten sowohl zu den Aburtelungen als
 „vorzüglich zur Instruction nicht nur eine in
 „Medicinalibus möglichst eingeweihte Justiz-
 „person, sondern auch die Concurrenz der Ar-
 „tisten, wenn der Prozeß vielleicht nicht ver-
 „schnitten, und ein Chaos werden solle, wor-
 „aus sich zuletzt niemand heraus zu finden
 „wisse. Eine dergleichen Instruction sei be-
 „stimmt eine der schwierigsten und zwar um
 „so mehr, als es dem Juristen und Artisten
 „gleich viel Mühe mache, sich in die wech-
 „selseitigen Verhältnisse hinein zu denken,
 „und oft nur ein unrechter Ausdruck den wich-
 „tig-

„tigsten Gesichtspunkt, woraus das Ganze
 „angesehen werden müsse, verrücke. Es
 „könne mithin meistens keiner ohne den an-
 „dern einen Schritt thun.“

Auch theilte das königl. Ober-Collegium medicum zu Berlin dem breslauschen Collegio medico unterm 3. Juny dieses Jahres unter andern dasjenige mit, was das Erstere über eben diese Materie sub Dato den 25. März dieses Jahres an das königl. Cammergericht auf dessen gleiches Verlangen um Nachricht von der Justiz-Verfassung bei jenem geantwortet hat. Es bestätigt die angeführte Meinung des breslauschen Collegii medici, und lautet ungefähr so: „Klagen über Festsetzungs-Decrete
 „der Medicinal-Behörden wären mit der Kunst
 „so innig verwebt, daß ihre Abreißung von
 „den Medicinal-Collegien noch sehr proble-
 „matisch sein dürfte. Sr. königl. Majestät
 „hätten daher schon durch die Cabinets-Ordre
 „vom 8. Novbr. 1740 anzuordnen geruhet,
 „daß nicht blos die Taxe oder Moderation,
 „sondern auch die völlige Cognition super
 „Sostro, Arztlohn und Werth der Medica-
 „mente den Medicinal-Collegiis zustehe.“

Schon

Schon früher hatte gedachtes Ober-Collegium medicum dem breslauschen Collegio medico in dem Rescripte vom 8. April d. J. zu erkennen gegeben, „daß jene Ressort-
 „Veränderung den Festsetzungen des Arzt-
 „und Wundarzt-Lohns so wie der Apo-
 „theker-Rechnungen durch die Medicinal-
 „Behörden eigentlich keinen Eintrag thun
 „könne. Ihre Festsetzungen hätten so lan-
 „ge alle Kraft und Gültigkeit, bis von dem
 „gewöhnlichen Richter durch Urtheil und
 „Recht in Contradictorio ein anderes ent-
 „schieden und festgesetzt worden sei. Das
 „rechtliche Gehör darüber könne aber nur
 „in sofern eröffnet werden, als die Anga-
 „ben, worauf sie beruhen, in facto strittig
 „würden, z. B. wenn der Kranke läugne,
 „daß der Arzt so viele Besuche gemacht
 „habe, als er in der Liquidation ansetze,
 „oder, wenn der Kranke bestreite, daß
 „die gelieferten Medicamente wirklich ge-
 „liefert worden wären. Darüber aber, ob
 „die Festsetzung des Sostri oder der Me-
 „dicamenten - Rechnung richtig geschehen
 „sei, könne nie ein Prozeß verstattet wer-
 „den, sondern, wenn die Parthei dieses

„bezweifele, bleibe ihr nur der Recurs an
„das Ober-Collegium medicum et Sanitatis
„vorbehalten.“

Das gegenwärtige Werk ist wahrscheinlich das letzte Product des Verfassers aus dem Gebiete der Medicinal-Polizei. Denn das breslausche Collegium medicum et Sanitatis ist am 28. des vorigen Monats October förmlich aufgelöst worden. Was eigentlich an dessen Stelle kommt, kann man noch nicht wissen.

Diese Auflösung ist blos eine Folge der schon mehr erwähnten Umformung der preussischen Staatsverwaltung. Da diese so allgemein ist, und keine Provinz ausgenommen wird; so muß sich auch jede Landesstelle ihr ruhig unterwerfen. Dieses oder jenes Individuum oder Collegium sehe daher die Nothwendigkeit einer dergleichen Veränderung mit ihm selbst ein oder nicht; so ist doch anzunehmen, daß höchsten Orts alles reiflich erwogen worden sei, was sich dafür und dawider sagen lasse. Einzelne Stimmen verhalten ohnehin, wenn
die

die Mehrheit oder die Stelle der höheren Uebersicht des Ganzen entscheidet. Auch giengen schon seit geraumer Zeit dieser Catastrophe mehrere Vorbereitungen voraus. Ueberdies ist in dieser irdischen Welt keine noch so vollkommene Einrichtung von ewigem Bestande. Schon die ältere Geschichte lehrt dies mannigfaltig, noch mehr aber die neuere. Kaum wird es die Nachwelt glauben, daß in dem lezteren Decennio mehr Staaten eine fast gänzliche Umwälzung erlitten haben, als Jahre in diesem Zeitraume enthalten sind.

Der Mensch bleibt aber Mensch. Er gewöhnt sich so sehr an das, was sonst immer war und geschah, daß selbst derjenige, welcher sonst Herr und Meister über sich wurde, dann nicht über seine Gefühle gebieten kann, wenn er aus einer Sphäre versetzt wird, in welcher er glaubte, daß er seine Schuldigkeit beobachte. Jede Veränderung einer lange bestandenen Form bleibt daher zu jeder Frist ein unangenehmes Ereigniß für ein Collegium, welches sich sonst nichts vorzuwerfen hat, als daß

es alt geworden ist, und mithin dem Zeitgeiste unterliegen muß. Tritt dann noch der Umstand hinzu, daß eine Entschädigung der ganz zur Ruhe gesetzten Mitglieder entweder noch gar nicht, oder doch nicht auf eine genügende Art zur Sprache kommt; so ist es sehr verzeihlich, wenn bei dieser Auflösung der Geist nicht ganz heiter bleibt. Denn die Subsistenz eines Staatsbürgers, dessen Einkünfte nur in zufälligen Gebühren bestehen, kann mit jedem Tage nicht anders als problematischer werden. Zwar war sonst nach der Analogie der Gesetze die Existenz eines redlichen Staatsdieners bis zur völligen Erschöpfung seiner Kräfte ganz gesichert. Auch könnte das Resultat des vom Verfasser in seinem *Repertorio über die preussisch-schlesische Verfassung Band I. Seite 381 ad § 98. des Tit. X. Theil II. des allgem. Landrechts* angeführten äusserst merkwürdigen Treblinschen Prozesses ganz besonders gegenwärtig Anwendung finden. Allein wer bescheidet sich nicht, daß andre Zeiten auch andre Grundsätze zur Folge haben? Jetzt werden Pensionen bloß nach dem stehen-

hen-

henden Gehalte und nicht zugleich nach bloßen Emolumenten bestimmt.

Was insbesondere den Verfasser selbst betrifft, dessen Interesse bei der Sache am meisten im Spiele ist; so scheint es fast auf einer natürlichen Verbindung zu beruhen, daß derjenige, welcher die bisherige Vaterlandes-Verfassung in mehreren Werken, vermöge einer ihm jetzt selbst unbegreiflichen Aufopferung seines ganzen Ichs mit allgemeinem Beifalle aus ächten Quellen dem Publiko darzustellen wagte, nach eben der Maasgabe zur Ruhe gesetzt wird, als dies mit jener Verfassung selbst geschieht. Ahnungsvoll war es in dieser Hinsicht, daß der Verfasser vor mehrern Jahren das schönste Exemplar seines angeführten Repertorii nur von ohngefähr aus den Händen eines Antiquars rettete. Der Mäcen, welchem der Verfasser dies Exemplar verehrt hatte, lebte damals noch, und sah wahrscheinlich die Zukunft voraus.

Das aufgelöste Collegium kann sich indessen mit dem schönen Bewußtsein emsig erfüllter Pflichten beruhigen. Es hat geleistet,

stet, was je nur eine Medicinal-Behörde unter gleichen Umständen leisten konnte.

Dies erkennt auch die demselben zunächst vorgesezte königl. Regierung in dem Rescripte vom 16. des vorigen Octobermonats, womit sie seine Auflösung bekannt macht, mit den Worten: „Unsere Regierung kann es sich dabei nicht versagen, Euch und insbesondere denen Eurer Mitglieder, welche den zeitherigen Obliegenheiten ihres Amtes mit seltener Anstrengung und mit Uneigennützigkeit und Liebe auf eine ausgezeichnete Weise Genüge geleistet haben, Ihren Dank und ganzen Beifall zu erkennen zu geben, und daran den Wunsch zu knüpfen, daß es einem jeden Mitgliede fernerhin wohlgehen, und ihm die Rückerinnerung an die treue Erfüllung der Berufspflichten noch lange ein lohnendes Bewußtsein bleiben möge.“

Die artistischen Mitglieder des mehr genannten Collegii medici hängen jedoch als noch active Privat-Medicinalpersonen in der zu ihrer Subsistenz nöthigen Praxis ebenfalls von der Meinung des Publici ab. Diesem
ist

ist zwar die Organisation im Ganzen, aber nicht das Specielle und noch weniger die Veranlassung einer Veränderung in den Personen selbst so bekannt, als höhern Orts vorausgesetzt wird. Der Antrag auf eine öffentliche Legitimation des Collegii fand indessen keinen Beifall. Man hielt es daher für Pflicht, bei Gelegenheit dieser Vorrede so viel davon zu sagen, als es die Bescheidenheit erlaubt. Jeder wird es übrigens dem Verfasser aufs Wort glauben, daß er sich eines ganz eigenen Gefühls nicht entschlagen konnte, als er der königl. Commission die Registratur des aufgelösten Collegii überantwortete. Er hatte sie seit 17 Jahren unter seiner Aufsicht gehabt, und in Ordnung gebracht, den Gefahren der leztern Belagerung der hiesigen Stadt ohne weitere Beihülfe mit vieler Sorge entzogen, und nach der Zernichtung eines Theils seiner Wohnstätte in seiner neuen wieder aufgestellt.

Zwar ist das Publicum, besonders das artistische, hin und wieder nicht immer mit den Collegiis medicis in Schlesien zufrieden gewesen. Allein, was man auch in
heuti-

heutigen Zeiten zu Gunsten der Meinung: *Vox populi, vox Dei*, behaupten will; so leidet doch dieser Grundsatz große Ausnahmen. Im Allgemeinen fehlt es noch zu sehr an sittlicher und scientivischer Cultur. Die Eigenschaft eines guten und dreusten Kopfs allein ersetzt weder diese noch den Mangel der Erfahrung und die Unkunde der Gesetze, Verfassungen und Verhältnisse der Staats-Behörden. Das große wie das kleine Publicum verlangt daher oft Dinge, welche nicht zu gewähren sind. Oder es misdeutet, wie traurige Erfahrungen selbst aus der neuern Zeit lehren, wohlgemeinte Verfügungen und Aufforderungen. Auch kann es solchergestalt nicht fehlen, daß Bittsteller und Partheien Bescheide und Entscheidungen drückend finden, sobald sie ihrem Interesse oder ihren Leidenschaften nicht schmeicheln dürfen.

Auch spricht sich die Inconsequenz des Publici durch die Erfahrung aus. In ältern Zeiten wurde wenigstens in Schlesien das Feld der medicinischen Polizei noch nicht so beurbart, als nachher. Das Publicum
war

war zufrieden. Als aber, besonders seit dem Jahre 1790, mit einer Menge von Verbesserungen in diesem Fache vorgeschritten, für einen mehreren Unterricht der Medicinalpersonen so wie für eine heilsamere Verpflegung der kranken Menschen und Thiere gesorgt, zu diesem und jenem Zwecke mehr als ein Special-Medicinal-Institut auf öffentliche Kosten angelegt, und alles, was auf das Medicinal- und Sanitäts-Wesen Bezug hat, unter die erforderliche Controlle gesetzt, auch den diesfälligen Geschäften eine zweckmässigere Form gegeben wurde, da häuften sich die Beschwerden über Mängel, und so mancher exaltirte Kopf, welcher diese Einrichtungen mit seinen Idealen nicht in Harmonie bringen konnte, wollte auf einmal an der Medicinal-Behörde zum Ritter werden. Dafs ihr nicht alles gelingen konnte, dies lag theils in der natürlichen Unvollkommenheit aller sublunaren Einrichtungen, theils in besondern Verhältnissen, welche sie aller Mühe ungeachtet nicht abzuändern vermochte. Vielleicht sind die Anstalten, welche aus der neuen Organisation hervor-
gehen

gehen sollen, hierin glücklicher. Manche zeither unzufriedene Medicinalperson dürfte sich jezt goldene Tage für die Zukunft versprechen. Hoffentlich aber wird man sich irren, wenn dabei auf eine Nachsicht mancher Unbesonnenheit gerechnet sein sollte, welche bisher keinen Spielraum fand.

Breslau, den 20. Novbr. 1809.

Einleitung.

Bekanntlich theilen sich die Medicinalpersonen, nach Maasgabe ihrer besonders sich gewählten Fächer, in mehrere Classen ein. Einige sind Aerzte, einige Apotheker, einige Hebammen u. s. w. So verschiedene Ansichten aber auch die Würdigung dieser Classen gewähren; so ist doch so viel gewiss, daß besonders die Aerzte, Wundärzte und Apotheker, wenn sie das Studium der Philosophie leitet, schon als bloße Naturkundiger ungemein viel Gutes stiften können. In dem weiten Gebiete der Wahrnehmungen, Beobachtungen und Folgerungen werden sie nur durch die natürlichen Grenzen der menschlichen Kräfte beschränkt. Positive Gesetze und äussere Verhältnisse, wie es sonst bei den Staatsmännern und Justizbeamten, oder gewisse vorgeschriebene Systeme, wie es bei den Theologen gemeinhin, bei den öffentlichen Pädagogen aber nicht selten der Fall ist, engen in einem wohlgeordneten Staate weder die theoretische noch praktische Gemein-

meinnützigkeit ihrer Erfahrungen ein. Zugleich beschäftigt sich der Arzt, was auch vom Wund-
 arzte gilt, unmittelbar mit jeder Classe von
 Menschen vom Kinde an bis zum Greise,
 und zu jeder Zeit mit einem so wichtigen Ge-
 genstande, als die Gesundheit ist. Sein Wir-
 kungskreis kann daher sogar als der ausgebrei-
 tetste und sein Eifer als der wohlthätigste für
 den irdischen Theil der Menschheit angesehen
 werden. Denn ohne physisches Wohl ist nicht
 nur jeder andere Genuß äußerer Glückseligkeit
 mit Wermuth getränkt und selbst das erhaben-
 ste geistige Gefühl mit Flor umzogen, sondern
 auch jeder Arm gelähmt, welcher etwas zum
 gemeinen und häuslichen Besten beitragen soll.
 Rechtliche, kenntnißvolle, unverdrossene, un-
 eigennützig und verträgliche Medicinal- beson-
 ders ärztliche Personen gehören daher unstrei-
 tig zu den nützlichsten Mitgliedern der mensch-
 lichen Gesellschaft. Sie verdienen um so mehr
 eine vorzügliche Aufmunterung und Unter-
 stützung, als sie es am meisten mit dem auf-
 fallendsten menschlichen Elende und mit den
 diksten Vorurtheilen des vornehmen und gerin-
 gen Publici, selbst nicht selten mit Gefahr ih-
 res eigenen physischen Wohls, zu thun haben.
 Mehr über diese Materie findet man in dem in
Scherfs Beiträgen zum Archiv der medicinischen
Polizei u. s. w. Bd. III. Sammlung I. S. 110
Leipzig 1791 aus einer lateinischen Abhandlung
 auf-

aufgenommenen Aufsätze: *von den Vorzügen der Aerzte, besonders vor öffentlichen Lehrern der freien Künste und Wissenschaften.*

Ein bürgerlicher Arzt bedarf also (von nothwendigen, der Ordnung gemäßen, Amts-Prädikaten ist hier nicht die Rede) als ein solcher, keiner Auszeichnung durch bloße Titel und glänzenden Aufwand, um sich Achtung und Vertrauen zu verschaffen. Der Vornehme sieht in ihm gewöhnlich doch nur den Roturier, der Geringere und Aermere aber scheuet sich, einen nach seiner Meinung um so kostbareren Kunstverständigen um Rath zu fragen, und der Obere wird in ihm selten mehr als den Untergebenen erblicken. Der Weise hingegen, dessen Urtheil so wie das innere Bewusstsein, mehr rühmliches gethan, als gegläntzt zu haben, immer unter den Armseligkeiten der Convenienzen den Ausschlag giebt, weiß jede Sache nach ihrem inneren Werthe zu schätzen. Ausführlicher läßt sich darüber im ersten Bande des *Scherfschen Archivs der medicinischen Polizei u. s. w.* Leipzig 1783 der Aufsatz: *Etwas über die Zwistigkeiten der Aerzte und ihre Ursachen* S. 140 aus.

So wenig aber auch den redlichen Bemühungen geschikter Medicinal - Personen immer gehörig gelohnt werden kann; so darf doch auch in einem wohlgeordneten Staate

Staate bei der so verschiedenen Denkungsweise der Menschen diese Belohnung als etwas, was das ganze Publikum angeht, keinesweges einer bloßen Willkühr überlassen bleiben. Es ist daher auch schon von jeher in den ältern preussischen Staaten auf nähere Bestimmungen darüber durch Taxen Bedacht genommen, und dort, so viel man weiß, im Jahre 1725 die allererste Taxe, welche je existirte, zur Richtschnur vorgeschrieben worden, in sofern man nicht die churfürstlich-brandenburgische Medicinal-Ordnung und Taxe, welche zu Cölln an der Spree 1694 herauskam, als die älteste annehmen will. Eben so erschien im preussischen Schlesien, auf welche Provinz gegenwärtige Schrift vorzüglich Bezug nimmt, bald nach Errichtung der Medicinal-Collegien im Jahre 1744 mit der schlesischen General-Medicinal-Ordnung zugleich eine Medicinal-Taxe. Beides vergriff sich bald, und, ob man gleich erst im Jahre 1788 die Medicinal-Ordnung selbst in dem 19ten Bande der alten Kornschen Edicten-Sammlung mit aufnahm; so wurde doch jene schlesische Taxe, da sie schon damals mit dem Werthe der Lebens-Nothdurften in keinem Verhältniß mehr stand, weder in dieser Sammlung noch sonst wieder abgedruckt.

Hätte man aber auch gleich Anfangs bei jener ersten preussischen Einrichtung des schlesischen

sischen

sischen Medicinal-Wesens, so wenig sich dies gleich denken liefs, etwas vollkommenes liefern wollen; so mußte dieser erste Tax-Entwurf doch ausser der schon angeführten Ursache noch aus folgenden Gründen nach und nach fast ausser aller Anwendung kommen. Seit jener Periode hat sich nämlich das medicinische und chirurgische Fach ungemein erweitert. Manche Gebrechen und Krankheiten sind einerseits, so wie andererseits manche neue Mittel gegen längst gewöhnliche Uebel bekannter geworden, und neue Operationen und Curmethoden haben die ältern verdrängt. Vorzüglich hat man sich in neuern Zeiten mit dem ehemals fast ganz ausser Acht gelassenen Hebammenwesen beschäftigt, und nicht nur das Amt besonderer Accoucheurs geschaffen, sondern auch den Hebammen mehrere Pflichten aufgelegt. Auf alle diese Dinge konnte also jene alte Taxe noch nicht Rücksicht nehmen. Auch schloß sich allen diesen natürlichen Unvollkommenheiten derselben mit der Seltenheit, ein Exemplar zur Einsicht habhaft werden zu können, noch der Mangel einer nähern Bestimmung darüber an, wo und wie eine Medicinalperson für ihre Hülfsleistung eigentlich liquidiren sollte? Zwar unterzog sich der Verfasser dieser Schrift vor beinahe zehn Jahren der mühseligen Arbeit, das noch so wüste Feld einer Uebersicht der vaterländischen Medicinal- und Sanitäts-Verfassung

urbar zu machen, und dem Publico unter andern auch über jene Materien das nöthige an die Hand zu geben. So gesezlich und natürlich es aber auch ist, daß jeder Einwohner sich um die Verfassung und Gesetze des Landes, welches ihm Schatten giebt, bekümmern sollte, und so viel auch gedachte Unternehmung selbst von der Regierung empfohlen wurde; so zeigen doch die noch fast täglich vorkommenden Anfragen und Verstöße, daß es zur heutigen Sitte gehöre, alle Weisheit lieber aus mikrologischen Tageblättern zu schöpfen, als sich überhaupt auf eine nützlichere Art in ernsten Angelegenheiten zu belehren.

Bei dieser Lage der Sache müssen daher ganz natürlich unter andern auch die Rechnungen der Medicinalpersonen nicht selten Discussionen veranlassen. Einerseits glauben aber auch manche Patienten, daß ihrem Arzte, selbst ohne alle Bezahlung, schon an der Ehre des Zutrauens allein genügen müsse. Oder sie schätzen überhaupt seine Bemühungen zu gering, um sich nicht überzeugt zu halten, daß er mit einer bloß willkührlichen Belohnung zufrieden sein könne. Gegentheils schlagen die Aerzte wieder nicht selten ihre Hüfsleistungen höher an, als wenigstens die positiven Gesetze erlauben, und es fehlt nicht an Beispielen, daß den Collegiis medicis mit einer gewissen Importuni-

tunität die wunderliche Zumuthung geschehen ist, übermäßige hohe, nur so obenhin angegebene und mit nichts bescheinigte Rechnungen festzusetzen. Was sich sonst noch von den Fehlern der Aerzte, wodurch sie ihr Ansehen und das Vertrauen des Publici zu ihnen schwächen, und oft allein dadurch zu nähern Prüfungen Anlaß geben, sagen liesse, enthält bereits des Verfassers angeführte *Darstellung der Preuss. Schlesischen Civil-Medicinal- und Sanitäts-Verfassung, Breslau bei W. G. Korn 1800 Th. I. Bd. I. § 292. S. 264 seq.* Zwar wirft einer der Recensenten dieses Werks bei der angezogenen Stelle die Frage auf, ob der Verfasser wohl die Aerzte kenne? Er dachte aber wahrscheinlich weder an die Beläge dieser Kunde in der zeit-her unter der Aufsicht des Verfassers gestandenen Registratur des breslauschen Collegii medici, noch an den schon oben angeführten Aufsatz: *Ueber die Zwistigkeiten der Aerzte*, in einem Journale, welches selbst von einem der erfahrensten Aerzte herausgegeben wird.

Aermere Medicinalpersonen sind freilich so wie andere unbemittelte ausser Stande, sich jenes grölsere Werk des Verfassers anzuschaffen, wo noch dazu das, was zunächst für sie gehört, einem geordneten Systeme gemäs nicht anders als zerstreut vorkommen kann. Ueberdies ist seit 1802 eine ganz neue Medicinal-Taxe er-

schiene, und mancher neue Grundsatz über das Materielle der Medicinal-Rechnungen angenommen worden, welcher der Publicität bedarf. Auch hat die gegenwärtige neue Organisation der preuss. Staatsverwaltung schon manches wieder in der Form abgeändert.

Es thut also noth, daß ein Sachkundiger auf einigen Bogen das Zerstreute über die vorliegende Materie näher zusammenstellt, das neuere beifügt und erläutert, und so einen deutlicheren Unterricht und Ueberblick für Kunstverständige und Laien, Collegien und Individuen öffentlich bekannt macht. Der Verfasser, welcher dergleichen Schriftstellerei eben nicht zu den Mitteln, unsterblichen Ruhm zu erwerben, rechnet, giebt daher wenigstens der Pflicht, vielleicht etwas zur Abnahme der bei den Medicinal-Behörden täglich in dieser Materie zunehmenden Correspondenzen, Anfragen und Anträge beizutragen, nach, und überliefert hier das gehörig censirte Resultat seiner Bemühung.

Noch mehr über die Nützlichkeit oder Nothwendigkeit eines solchen Versuchs zu sagen, würde für verständige und billige Leser überflüssig, für diejenigen aber, welche dies nicht sein wollen oder können, ohne Wirkung sein. Der Verfasser bemerkt nur noch, daß er sich zur mehreren Gemeinnützigkeit nicht bloß auf die

die

die materiellen (und formellen Bestimmungen bei *Curen* eingeschränkt, sondern auch auf alles das, was sich deshalb bei *Besichtigungen*, *Obductionen* und *andern Untersuchungen* sagen läßt, eingelassen hat.

Das Ganze beschränkt sich jedoch nur auf die *Taxen* für die *Adjuncten* der Medicinal-Collegien, die *Creis-* und *Stadtphysiker*, die *Aerzte* und *Wundärzte*, *Apotheker*, *Operateurs* und *Hebammen*.

Von der *Remunerirung* der *Medicinal-Collegien selbst* ist also, wenigstens materialiter, weil diese eher wissen können, was sie zu thun haben, eben so wenig, als von den Liquidationen der *Viehärzte*, *Viehschneider*, *Materialisten*, *Laboranten* und *Chymiker* die Rede. Denn für die *Viehärzte* und *Viehschneider* giebt es noch keine *Taxe*, und die *Laboranten* und *Chymiker* können ihre Bemühungen wohl nur selbst abschätzen. Den *Materialisten* hingegen dienen die *Preifseouranten* zur *Cynosur*.

Uebrigens handelt der Verfasser die ganze *Materie* in *Sieben Abschnitten* nach der natürlichen Reihe folgender in §§ erörterten, in dem Titel dieser Schrift stillschweigend liegenden Fragen ab:

- I.) *Wer darf — und bei welchen Umständen — liquidiren? oder: wenn findet überhaupt eine Liquidation statt?*
- II.) *Wenn muß sie förmlich festgesetzt werden?*
- III.) *Was oder wie hoch ist eigentlich zu liquidiren?*
- IV.) *Wie und in welcher Art?*
- V.) *Wo?*
- VI.) *Was kostet die Festsetzung, und wer bezahlt sie?*
- VII.) *Was bewirkt die Festsetzung an sich gegen den Schuldner, und welche besondere Gerechtsame kommen den Medicinal-Forderungen gegen andere Gläubiger des Patienten zu statten?*

Zur bessern Uebersicht folgt sogleich ein besonderes Inhaltsverzeichnis.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Wer darf — und bei welchen Umständen —
liquidiren? Oder, wenn findet überhaupt
eine Liquidation statt?

Näherer Begriff dieser Frage § 1.

Zur Festsetzung *können nicht liquidiren*

I) wirkliche Pfuscher § 2 — wer dazu noch im
Civil zu rechnen sei? § 3 und 4 besonders

II) die Compagnie- und Escadrons-Chirurgen we-
gen Curen für eigene Rechnung § 5.

III) die Civil-Chirurgen wegen innerlichen Curen
für eigene Rechnung § 6.

IV) keine besoldete Medicinalperson § 7 — Aus-
nahmen § 8 und 9, besonders

V) nach dem neuen Criminalrechte

A) wenn todte Menschenkörper aufgefunden wer-
den § 9

B) in förmlichen Inquisitions-Angelegenheiten § 11
bis 17

VI) wenn Anverwandte, Gemeinen, Gewerke, Obrigkeiten und Grundherrschaften den armen Patienten zu verpflegen haben § 18 — besonders bei den epidemischen Krankheiten § 19.

VII) zweifelhafte Fälle — wegen der unbemittelten königl. Officianten — eximirten andern Personen, Fremden — nicht unterthänigen Dienstbothen, wenn der, welchem die Verpflegung obliegt, selbst unvermögend ist. § 20.

Was die Medicinalordnungen in Armen-Sachen bestimmen, § 21.

VIII) Was bei den wechselseitigen Vertretungen unter Medicinalpersonen deshalb zu unterscheiden sei.

A) im allgemeinen § 22 — besonders

1) wenn ein Abkommen zum Grunde liegt § 23.

2) oder nur Gefälligkeit § 24.

3) wenn die Vertretung aus Noth geschieht § 25.

B) wenn es öffentliche Medicinal-Officialen betrifft und zwar

1) überhaupt § 26.

2) insbesondere, wenn

a) das Hinderniß in Privatangelegenheiten liegt § 27.

b) das Hinderniß durch Krankheit oder Dienstreise entsteht § 28.

c) von der Vertretung eines Adjuncts § 29.

d) einer Militair-Medicinalperson § 30—34.

Bemerkung über das Mangelhafte der Theorie bei Vertretungen § 35.

Zweiter Abschnitt.

Wenn muß die Liquidation förmlich festgesetzt werden?

Eintheilung der verschiedenen Fälle § 36 und 37 wenn nämlich

- 1) alle Zahlung verweigert wird, § 38 oder
- 2) wenn auch die Richtigkeit der Liquidation unangefochten bleibt,
 - a) die Zahlung entweder aus einer öffentlichen Casse erfolgt § 39 oder
 - b) die Zahlung doch erst von einer Oberbehörde genehmigt werden muß § 40.

Dritter Abschnitt.

Was oder wie hoch ist eigentlich zu liquidiren?

Verschiedenheit der Fälle § 41 wenn nämlich die Liquidation

- 1) die *Cur oder Behandlung eines kranken Menschen oder Thieres* betrifft — alte Taxen § 42
Erscheinung der neuen Taxe § 43; bei den Taxen werden Licentiaten den Medicis, Zahn- und Augenärzte und Operateurs den Chirurgen gleich geschätzt § 44 — wegen der Taxe der Apotheker, Materialisten und Medicinhändler § 45.

Einwendungen gegen die neue Taxe im allgemeinen
§ 46.

Diese treffen nicht die in der alten noch nicht vorkom-
menden Sätze § 47.

Nähere Vergleichung beider Taxen, und Resultat davon
§ 48.

Vergleichung mit den Taxen anderer Staaten § 49. Frage

a) ob im Ganzen die Aerzte jetzt besser dran sind?
§ 50 und 51.

b) besonders bei Reisen § 52.

c) bei Vertretung eines Physici § 53.

d) in Ansehung der Vergütung der Correspondenz
§ 54.

e) in Ansehung der Chirurgen — Mangel an Bestim-
mung über ihre Reisegebühren § 55 und

f) über die Zulässigkeit der Liquidation für Besuche
und Verbände zugleich § 56.

g) ob durch niedrige Taxen bessere Aerzte zu erhalten
sind? § 57.

h) ob durch die neue Taxe die Dispositionen der älte-
ren Medicinalordnungen über die Anwendbarkeit
der Taxen überhaupt aufgehoben werden? § 58.

Wünsche wegen der zum Mittelstande gehörigen
Patienten § 59.

Zweifelhafte Sätze — § 60.

1) für die einem Chirurg erlaubten innerlichen Curen
§ 61.

2) für ausländische Aerzte § 62.

neuere Principien, —

(1) bei Menschen-Epidemieen § 63.

(2) für Besuche bei mehreren Patienten in einem und demselben Zimmer § 64.

(3) ob der Satz für den Besuch die Gebühr fürs Recept immer in sich faase? § 65.

II) Abgeltung der *Medicinalpersonen* ausser den Curen

und zwar

(I) eines *Physici*, und des ihm beistehenden Chirurgi, — nach Verschiedenheit der Geschäfte — § 66.

α) bei *gerichtlichen*

αα) bloßen Besichtigungen eines ins Zuchthaus abzuliefernden Inquisiten,

A) wenn er Vermögen besitzt § 67.

B) wenn er unvermögend ist — nach Verschiedenheit der Bestimmung, wer n Subsidium die Kosten zu tragen habe? § 68.

Von der freien Fuhre § 69.

Wenn bloße Medici, Regiments- und Civil-Chirurgen concurriren § 70.

ββ) bei andern Besichtigungen und Obductionen

A) Vergeltung des *Physici*,

AA) wenn die zu besichtigende oder zu obducirende Person Vermögen hat,

a) überhaupt § 71.

b) wegen der Gesundheits-Scheine für die allgemeine Wittwen-Verpflegung § 72.

BB) wenn

BB) wenn kein Vermögen da ist, und

1) der Physicus nicht besoldet wird § 73.

2) wenn er besoldet ist — einige Zweifel § 74.

B) Vergeltung des Chirurgi § 75.

C) Bezahlung der Besichtigung der Juden-Leichen § 76.

β) in *blofsen Sanitäts-Angelegenheiten* § 77.

(II) in allen andern öffentlichen Fällen § 78.

III) Abgeltung der *Adjuncten* § 79—81.

Von den Münzsorten in allen Fällen sub I, II und III. § 82.

Vierter Abschnitt.

Wie und in welcher Art soll liquidirt werden?

Allgemeine Bemerkungen § 83 und 84.

I) Von dem Inhalte und der Form jeder Liquidation und von ihren Belägen § 85.

Was deshalb im glogauschen Departement vorgeschrieben ist § 86.

II) Von Apothekerrechnungen insbesondere § 87 und 88.

III) Von Liquidirung der Reisen § 89.

IV) Von Liquidirung der Correspondenz § 90.

V) Von

V) Von Liquidirung der Untersuchungen, Besichtigungen und Obductionen § 91.

VI) Von der Begleitungs-Eingabe und dem Stempelpapier § 92 und 93.

Von den Liquidationen bei königl. Domainen-Aemtern, Armen- und Arbeitshaus-Cassen § 94.

Fünfter Abschnitt.

Wo? oder bei welcher Behörde ist zu liquidiren oder der Betrag einzuklagen?

Allgemeine Bemerkung — man hat es hier mit zweien Gegenständen zu thun § 95, nämlich damit

I) wenn eine *ohne rechtliches Verfahren* festzusetzende Rechnung einzureichen ist? — Was deshalb die schlesische Medicinal-Ordnung festsetzt § 96.

Angenommene Grundsätze — überhaupt — besonders aber, wenn es Militair-Medicinalpersonen mit kranken Civilisten und Civil-Medicinalpersonen mit dem kranken Militair zu thun haben § 97.

Weitere Ausdehnung dieser Grundsätze auf die Fälle strittiger Zahlungsverbindlichkeit und Prozesse bei Medicinal- oder andern Collegiis § 98
Zweifel

1) bei Correis debendi in verschiedenen Departements § 99.

2) wenn für die Justizhöfe Gutachten zu fertigen, und zugleich Rechnungen festzusetzen sind § 100.

3) Zweifel über die Anwendung der in den vorhergehenden §§ aufgestellten Principien in folgenden 2 Fällen

wenn entweder ein ausländischer Arzt die ausländischen Curkosten gegen den Einländer einklagt, § 101.

oder der Patient gegen seinen Arzt selbst Kläger wird § 102.

II) Wenn ein *rechtliches Verfahren* nöthig wird —
Verschiedenheit der Fälle § 103.

ehedem

wenn nämlich die Curart getadelt, oder bei dem Mangel eines Abkommens bloß die Richtigkeit der Liquidation verneint wird, § 104.

Wenn ein Abkommen zum Grunde liegt, oder ohne Rücksicht auf diese Richtigkeit die Zahlungsverbindlichkeit, z. B. von einem Brodtherrn gegen sein Gesinde, in Abrede gestellt wird § 105—111.

Gegenwärtige Verfassung § 112 und 113.

Von dem Foro der Untersuchung gegen Verfälscher der Liquidationen § 114.

Sechster Abschnitt.

Was kostet die Festsetzung, und wer bezahlt sie?

Festsetzungsgebühren - Sätze in Privatsachen
§ 115.

Was deshalb in königl. und öffentlichen landespolizeilichen Angelegenheiten zu bemerken sei,
§ 116.

Besonders bei Liquidationen für die an fremde Truppen gelieferte Medicin § 117.

Wem die Verbindlichkeit der Zahlung dieser Gebühren obliege § 118.

Von den Kosten der Instruction über dergleichen Liquidationen bei Concursen § 119.

Siebenter Abschnitt.

Was bewirkt die Festsetzung an sich gegen den Schuldner, und welche besondere Vorzüge kommen den Medicinalforderungen gegen andere Gläubiger des Patienten zu statten?

Die Festsetzung allein giebt an sich noch kein Recht zur Execution § 120.

Vorrecht anerkannter oder rechtskräftig entschiedener Forderungen bei sogenannten Liquidations-Verfahren und Concursen § 121 und 122.)

Drei Beilagen.

- 1) sub Litt. A) ein Cammer-Contract mit einem Pferdeearzte.
 - 2) sub Litt. B) Entwurf einer Hebammen-Taxe in Schlesien.
 - 3) sub Litt. C) einer übersichtliche Vergleichung der alten Taxe von 1744 mit der von 1802.
-

Berichtigungen.

Medicinalbehörde ist statt: *Collegium medicum* überall zu lesen, wo es die künftige Activität einer dergleichen Behörde betrifft.

Statt *a)* und *b)* im § 30, 31 und 33, ferner § 68 sub *bb)* S. 78 und § 74. S. 81 und 82, im andern Falle dieses § ist zu lesen: *(a)* und *(b)*

Statt *Reisediäten-Gebühren* im § 119b S. 126 ist zu lesen: *Reisediäten, (Comina) Gebühren.*

Statt *von dem* S. 132 oben Zeile 2 ist zu lesen: *vor den,*

Erster Abschnitt.

Wer darf — und bey welchen Umständen —
liquidiren? oder: wenn findet überhaupt
eine Liquidation statt?

§ 1.

Hülfleistungen, welche zu einem gewissen öffentlichen Erwerbe gehören, oder, deutlicher gesprochen, ein bestimmtes Gewerbe oder einen besondern Nahrungszweig ausmachen, und kein ausdrückliches Gesetz zur unentgeltlichen Pflicht macht, haben auf angemessene Vergeltungen wenigstens einen rechtsgegründeten Anspruch. Ob dieser Anspruch immer auch mit der Billigkeit übereinstimme, dies müssen die Gesetze blos der Moral des Liquidanten überlassen.

Unter diesen Voraussetzungen ist jeder Arbeiter seines Lohnes werth. Insbesondere liegt in

A

die-

dieser Hinsicht zwischen den Medicinalpersonen und denjenigen, welche ihres Beistandes bedürfen, ein stillschweigender Vertrag zum Grunde, welcher die Belohnung nach Maassgabe der Bemühung ohne Rücksicht auf den Erfolg bestimmt, insofern dieser Erfolg nur nicht den Hülfslleistenden zur Last fällt. Sobald jedoch die geleistete Hülfsbehandlung nach den Gesetzen, wenigstens auf Seiten des Leistenden, zu den Unzulässigen gehört; so ist wohl soviel gewiss, daß, wenn gleich grade kein absolutes Verbot einer Privat-Abfindung entgegen steht, dann doch die Festsetzung einer solchen Belohnung keinesweges vom Staat erfolgen könne. Dies würde sonst eine stillschweigende Genehmigung der wenigstens in gewisser Rücksicht unerlaubten Handlung selbst, mithin einen offenbaren Widerspruch gegen das Gesetz in sich begreifen. Es kann daher hier keinesweges überhaupt davon, inwiefern jeder, welcher etwas für Curen und Heilmittel etc. liquidirt, seine Befriedigung billigerweise verdienen möchte? sondern nur davon die Rede sein, *inwiefern die Festsetzung einer solchen Liquidation auf Seiten der Medicinal-Behörde statt finde.*

§ 2.

Nun steht nach dem § 14 der schlesischen General-Medicinal-Ordnung von 1744. gesetzlich fest, daß niemand zu irgend einer medicinischen Praxis befugt sein soll; welcher nicht von einem Collegio

legio medico geprüft und approbirt worden ist. Kein Collegium medicum darf daher von solchen unbefugten Subjecten eine andere Notiz nehmen, als welche zu ihrer Abhaltung von einer solchen Praxis dienen kann, mithin auch, als eine natürliche Folge davon keinesweges

- I) die Rechnung derjenigen, welche zu der Classe *der wirklichen Pfuscher* gehören, festsetzen.

Näher giebt diese Classe das in der Einleitung gedachte Werk über die schlesische Medicinal-Verfassung des Verfassers im § 283 und 284. S. 255 seq. an. Man möge daher zur gedachten Classe auch alle diejenigen Personen rechnen, oder nicht, welche von andern als Medicinal-Behörden eine Concession zu irgend einer Praxis erhalten; *) so wird es doch keinem Zweifel unterliegen, daß wenigstens die Collegia medica nicht für verbunden angesehen werden können, die Rechnungen solcher Personen durch ihre Anerkennung zu bescheinigen. Vielen Weitläufigkeiten könnte daher vorgebeugt werden, wenn gesetzlich festgesetzt würde, daß alle Medicinalpersonen bey jeder ihrer Liquidation das Datum und den Ort der Ausfertigung ihrer Approbations-

A 2

Ur-

*) Auch bei der neuen Ausgabe dieser Abhandlung konnte diese Bemerkung aus Gründen, welche nicht vor das große Publikum gehören, keinesweges wegbleiben.

Urkunde beyfügen müßten. Denn werden solche Liquidations bey andern Behörden, als dem ressortirenden Collegio medico übergeben; so liegt es schon in der Natur der Sache, daß jeder, welcher Forderungen zu einer öffentlichen Verhandlung gelangen läßt, sich vor allen Dingen ad Causam legitimiren müsse. Wird die Liquidation aber bei dem competenten Collegio medico eingereicht; so würde diese Instanz der oft sehr großen Mühe überhoben, in den alten Registern erst nach langem Suchen die Approbation des Liquidanten ausfindig zu machen. Wäre nun der Liquidant von keiner Behörde approbirt; so bedürfte es sodenn keiner weitem Correspondenz und Festsetzung, und mithin auch überhaupt keiner Einlassung des Liquidaten darauf, weil das Publicum zwar nicht abgehalten werden kann, den unbefugten Arzt privatim abzufinden, dieser aber nach obiger Auseinandersetzung auf alle Fälle keine Befugniss hat, seine Belohnung auf irgend eine Art öffentlich geltend zu machen. Was es übrigens für eine rechtliche Wirkung habe, wenn Medicinal-Liquidationen bey andern als Medicinal-Behörden eingereicht werden, davon kommt weiterhin das nöthige vor.

§ 3.

Alles Gesagte findet, wie natürlich, auch auf den Fall Anwendung, wenn der Liquidant zwar zu den approbirten Medicinalpersonen gehört,
seine

seine Liquidation aber eine *Cur* betrifft, welche in die Zeit *vor seiner Approbation* fällt.

§ 4.

Nach dem oben angeführten Werke über die schlesische Medicinal-Verfassung können zwar die in Activität stehenden *Militair-Chirurgen* zu der im § 2 berührten Classe von Unbefugten nicht mitgezählt werden. Da die schlesische General-Medicinal-Ordnung von 1744 aber ihnen dennoch wenigstens alle Civilpraxis untersagt; so würden sich auch die schlesischen Collegia medica mit den Festsetzungen ihrer Rechnungen nicht zu befassen haben, wenn nicht in spätern Zeiten, wie in jenem Werke § 131. S. 199 seq. mehr nachgelesen werden kann, auch in Schlesien den Regiments- und gewissermaßen auch den Bataillons-Chirurgen, so wie überhaupt allen nach Beendigung eines Krieges entlassenen Feld-Staabs- und Ober-Chirurgis am Orte ihres Aufenthalts die Civilpraxis ohne Einschränkung und zwar aus dem allerdings sehr erheblichen Grunde nachgelassen worden wäre, weil auch diese Personen bey dem Militair nur nach erfolgter gehöriger Prüfung von dem königlichen Ober-Collegio medico zu Berlin angesetzt werden. Zweifelhaft ist es, ob dies auch auf diejenigen *Regiments-Chirurgen* Anwendung finde, welche ihren *Abschied* erhalten haben? Ist dies kurz vor einem ausbrechenden Kriege geschehen; so dürfte

dürfte die Negative, wenn auch der Abschied gesucht sein sollte, unbedenklich sein, weil einerseits hier von jener Begünstigung als einer Belohnung für die Unbequemlichkeiten und Aufopferungen in einem eben beendigten Kriege nicht die Rede sein kann, einestheils aber auch mit der freiwilligen Niederlegung eines Amtes in der Regel auch alle damit verknüpften Vortheile wegfallen. Mehr würden in der Civilpraxis diejenigen zu schützen sein, welche erst nach beendigtem Kriege ihren Abschied gesucht hätten.

§ 5.

Da dergleichen Begünstigungen aber nach rechtlichen Auslegungsregeln nicht weiter, als die klaren Worte gehen, zum Nachtheil der mit mehreren bürgerlichen Abgaben belasteten Civilärzte auszudehnen sind; so folgt unter Bezug auf die angeführte Disposition der schlesischen Medicinal-Ordnung von selbst, daß

- II) die Collegia medica die Liquidationen der *Compagnie-* und *Escadrons-Chirurgen* für ihre auf eigene Rechnung bei Militair- und Civil-Personen außer dem Falle der Noth erfolgten Hülfsleistungen, da ihnen nach wie vor die Civilpraxis, insofern sie ohne Aufsicht eines Regiments-Chirurgi ausgeübt wird, untersagt bleibt, keinesweges festzusetzen haben.

§ 6.

Das nämliche findet

III) in Ansehung der *Civil-Chirurgen* wegen
innerlicher Curen

statt, da diese ihnen, auſſer dem Falle der Noth, für eigene Rechnung nicht erlaubt ſind, und mithin auch die Belohnung dafür auſſer dieſem Falle nicht feſtgeſetzt werden kann. Viele Chirurgen glauben wohl, dieſe Einſchränkung dadurch umgehen zu können, daß ſie zwar nicht an ihrem mit einem Medico verſehenen Wohnorte, aber auſſerhalb demſelben z. B. auf dem Lande ſich mit innerlichen Curen, und nicht bloß für den dringenden Moment ſondern auf Monathe und Jahre befaſſen. Sie vergeſſen aber ganz, daß die geſezliche Diſpoſition, welche ihnen an Oertern, wo kein Medicus praktizirt, die innere Praxis nachſieht, nur eine Ausnahme von der Regel jenes Verbots macht, welche daher nur ſehr enge ausgelegt werden darf, und daß die Ausnahme gedachtermaßen überhaupt nur inſofern gilt, *als ein Medicus nicht ſobald zu erlangen iſt*. Dieß läßt ſich jedoch nicht denken, wenn die Cur Wochen und Monathe hindurch dauert. Dergleichen von den Chirurgen ohne Genehmigung und Aufſicht eines approbirten Medici unternommene Curen ſind daher für nichts anders als unbefugte Eingriffe in das Fach und Amt der approbirten Medicorum zu erachten. Dem jeden Afterarzt ohnehin vorzög-

zöglich schätzenden größern Publico dabei noch ein Wort über das zwekwidrige der Wahl eines bloßen Chirurgi bey innerlichen Krankheiten ans Herz zu legen, wäre vergebliche Mühe. Höchst ungerecht ist daher die Meinung so vieler Aerzte, daß es blos allein an der Regierung oder an den Collegiis medicis liege, wenn so viele Afterärzte ihr Unwesen treiben. Am Wunderglauben des Publici und an der Kostbarkeit der rationellen Hülfe liegt es meistens. Alles was sich daher, da das Publicum das übrige nicht begreift, zum Vortheil der legitimen Aerzte sagen läßt, ist dies: Giebt es ja tadelnswerthe Medici, als womit sich solche Patienten gewöhnlich entschuldigen; so würde dies doch wohl nicht von allen Medicis eines ganzen Bezirks von etlichen Meilen gelten. Auch kann die ausdrückliche Wahl von Seiten des Patienten den Chirurg nicht schuldlos stellen. Denn gesetzwidrige Zumuthungen muß jeder rechtliche Mann ablehnen.

§ 7.

Sodann ergiebt sich

IV) von selbst, daß *keine Medicinalperson für diejenige Hilfsleistung noch etwas besonders fordern und liquidiren kann, wofür sie eben besoldet wird, wenn nicht besondere Abkommen und Bestellungen etwas anderes bestimmen.*

Nur

Nur dürfte dies auf die Hülfe für solche Personen nicht auszudehnen sein, welche sich zwar in dem Districte eines solchen besoldeten Arztes zufällig befinden, aber eigentlich nicht zu diesem Districte gehören. Was also z. B. ein Physicus oder Domainen-Amts-Chirurgus bei armen Amts-Unterthanen seines Districts oder ein Regiments-Chirurgus bey den Unterofficiers und Gemeinen des Regiments, wo er steht, zu leisten hat, erstreckt sich solchergestalt wohl nicht im ersten Falle auf Unterthanen aus einem andern Districte, und im letztern Falle nicht auf Militairpersonen von andern Regimentern. Eine Ausnahme von der im Eingange dieses § gemachten Bemerkung enthält, wie weiter unten vorkommt, die Beilage zum ersten Bande des mehr bezogenen größern Werks des Verfassers dieser Abhandlung sub Lit. V. N. III. indem unter gewissen Umständen selbst besoldete Physiker und Aerzte in den sonst der Regel unterworfenen Fällen liquidiren können.

§ 8.

Vom Staate werden in Schlesien bis jezt

- 1) außer einigen Mitgliedern der Medicinal-Collegien und den Militairmedicinalpersonen, ingleichen außer den sowohl bei den Special-Medicinal-Instituten als bei den Armen- Invaliden- Arbeits- Corrections- und Irrhäusern angesetzten Aerzten und Wundärzten besoldet nur noch

2) die Creiß- und Stadt-Physiker und

3) die hin und wieder angeordneten Creis- und
Domainen-Amts-Chirurgen.

Bei den unter No. 1. bemerkten Medicinal-
personen sind die Geschäfte so ziemlich be-
stimmt, wofür sie das Gehalt empfangen. Auch
wissen diejenigen Physiker, welche zugleich
Adjuncten eines Collegii medici sind, was sie
als solche für die deshalb bestimmten Emolu-
mente zu leisten haben. Eben so sind die Do-
mainen-Amts-Chirurgen mit der erforderlichen
Anweisung versehen. Nur scheint dies in An-
sehung der Physiker, als solcher, und der Creis-
Chirurgen nicht ganz der Fall zu sein. Wenig-
stens ist schon manche Weitläufigkeit über die
Gränze entstanden, welche das, was sie für ihr
Gehalt thun sollen, von dem scheidet, wofür
sie außerdem etwas liquidiren können. Keinem
Zweifel unterliegt es aber, daß sich deshalb die
Creis-Chirurgen lediglich nach demjenigen zu-
richten haben, was in Ansehung der Creis-
Physiker statt findet, nur daß jenen der Ver-
falsung gemäs, blos die Halbscheid der Gebüh-
ren der letztern zukommt. Eben dies müßte statt
finden, wenn ein Zweifel über die Gebühren
eines Amts-Chirurgen entstünde. Vielleicht aber
dürfte das Nöthige sich von selbst an die Hand
geben, wenn nur das beherzigt würde, was die
schlesische General-Medicinal-Ordnung von 1744
fest-

festsetzt, wenn sie die Obliegenheiten eines Physici in der Regel

- 1) laut § 18. 20. 22 und 33 auf die Sorge bei Seuchen unter Menschen und Thieren
- 2) laut § 21 und 22 auf die Besichtigungen lebender oder todter Körper, deren Sectionen und Obductionen und
- 3) laut § 19. 24. 26. 27. 29 bis 31 auf die Unteraufsicht über die Medicinalpersonen und Officinen des Districts

beschränkt. Für diese Geschäfte, den Fall der Kostenzahlungs-Verbindlichkeit eines Dritten aus seiner eigenen Schuld ausgenommen, haben also die Physiker, wenn sie dafür besoldet werden, nichts zu liquidiren. In Absicht aller andern als der eben unter No. 1 bis 3 bemerkten Geschäfte aber gehören sie, wie die nicht salarirten Physiker, unter die Cathégorie der unbesoldeten Aerzte, von welchen weiterhin das Nöthige vorkommt.

§ 9.

Die schlesische General-Medicinal-Ordnung läßt jedoch den Physikern in einigen Fällen selbst dann Gebühren zu, welche dem Ansehen nach bloß officiose Geschäfte betreffen, wofür sie besoldet werden. Die im Anfange des § 7 aufgestellte Regel unterliegt daher einigen Modificationen. Im *allgemeinen* setzt nämlich die gedachte General-Medicinal-Ordnung § 22 fest,

daß

dafs, falls die Kreis-Physiker von Gerichtsobrigkeiten im Kreise zu einer Section requirirt werden, und es Delinquenten betrifft, welche nichts im Vermögen haben, diese Physiker noch aufser der freyen Fuhre auch Diäten erhalten, im Fall des Vermögens des Delinquenten aber ihnen das Honorar nach dem Herkommen gereicht werden soll.

§ 10.

Demnächst giebt insbesondere

V) das neue allgemeine Criminal-Recht

A) *auf den Fall, wenn todte Menschenkörper in ihrem Bezirke aufgefunden werden, folgende Vorschrift:*

(§ 606) diejenigen Kosten, welche dazu verwendet werden, um einen todtgefundenen Körper aufzunehmen, in Verwahrung zu bringen, wo möglich wieder ins Leben zu rufen, und wenn dieß nicht geschehen kann, ihn zu beerdigen, müssen aus dem Vermögen des Todtgefundenen genommen werden.

(§ 607) Wegen der übrigen Kosten, wohin auch diejenigen gehören, welche durch Herbeischaffung der Gerichtspersonen und der Obducenten, so wie durch die Besichtigung, Obduction und Untersuchung selbst entstehen, findet ein gleiches statt, wenn hinlänglich ausgemittelt ist, dafs der Tod durch Selbstmord, schuldbare Unvorsichtigkeit oder Völlerei des Verstorbenen, oder auch
nur

nur durch einen bloßen in seiner Person sich ereigneten Zufall verursacht worden sey.

(§ 608) Die Gerichtsbarkeit des Bezirks, auf welchem der Körper gefunden worden, ist für die Kosten nur alsdann zunächst verhaftet, wenn die eigentliche Ursache und Veranlassung des Todes nicht soweit hinreichend ausgemittelt werden kann, daß entweder der Nachlaß des Verstorbenen oder ein Dritter für die Kosten in Anspruch genommen werden könnte. *)

Liquidations sind also zulässig.

§ II.

B In *förmlichen Inquisitions-Angelegenheiten* steht sodann ein für allemal gesetzlich fest, wer die Kosten im Fall des Unvermögens des Inquisiten, sie mögen die rechtliche Untersuchung, wozu auch die Concurrenz der Aerzte gehört, oder die Krankheiten der Inquisiten betreffen, zu vertreten habe. Diese, also auch eine Verbindlichkeit, für den Armen *Carkosten* zu zahlen, in sich begreifende Vertretung wird allemal in dem Urtheil mit bestimmt.

Liquidations sind also auch hier zulässig.

Nach

*) Dieser Satz scheint dunkel zu sein, weil es noch einen dritten Fall giebt, nämlich diesen, wenn der Verstorbene und der Dritte kein Vermögen hat. Sind jedoch die Kosten, welches noch ein vierter Fall wäre, ganz zur Ungebühr verursacht worden; so versteht es sich von selbst, daß sie demjenigen zur Last fallen, welcher sie veranlaßte.

§ 12.

Nach einer weitläufigen Correspondenz zwischen den schlesischen Medicinal-Collegien in den Jahren 1804 und 1805 setzte demnächst

a) die königl. Cammer zu Breslau in dem schon oben angeführten Rescripte vom 24. Febr. 1805 zugleich fest,

dafs unbesoldeten Medicinalpersonen, wenn sie in Ermangelung gerichtlicher Aerzte oder Chirurgen zu Obductionen und ähnlichen gerichtlichen Verhandlungen wider unvermögende Inquisiten adhibirt werden, *nur die Hälfte der Sätze* zuzubilligen sei, welche Physici und Chirurgen bey vermögenden Inquisiten liquidiren können.

Diese Verfügung gründet sich auf die Betrachtung, dafs der, welcher blos subsidiarisch verpflichtet ist, keine grössere Verpflichtung übernehmen könne, als dem ursprünglich verpflichteten Subject obliegen würde, und dafs die höhern Sätze der neuen Taxe nur auf ganz vermögende Liquidaten, mithin nur in höchst seltenen Fällen auf Inquisiten Anwendung finden können, selbst wenn keine *eigentliche Armuth* derselben eine Vertretung nothwendig macht.

§ 13.

Ferner ist

- b) zufolge einer Correspondenz der beiden Colleg. Medic. in Schlesien mit den beiden königlichen Cammern zu Glogau und Breslau von jener unterm 4. July 1804 und von dieser resp. unterm 30. October ej. a. und 24. Febr. 1805. aller Gegenvorstellungen des breslauschen Collegii medici ungeachtet festgesetzt worden, *dass unbesoldete Aerzte und Chirurgen ebenso als besoldete für die Curen unvernögender Inquisiten nichts liquidiren sollen.* Das letztere Rescript gründet sich darauf, dass es schon eine moralische Pflicht der Aerzte sei, den Armen umsonst zu helfen, diess die schlesische General-Medicinal-Ordnung ihnen ausdrücklich auflege, und der arme Verbrecher ebenfalls Ansprüche auf unentgeltliche ärztliche Hülfe habe, dass auch die diesfälligen Sostra nur unbedeutend für die Aerzte, sehr belästigend aber für diejenigen wären, welchen ohnehin die Untersuchungskosten zur Last fielen, und dass endlich die Aerzte mit den Justizcommissariis unter eine Cathegorie gehörten, mithin so wie diese Armensachen umsonst zu übernehmen hätten. Die erwähnten Gegenvorstellungen des Collegii medici hingegen stützten sich auf folgende Momente:
- 1) Wenn auch die Medicinalpersonen für ihre Bemühung bei Armen nichts nehmen sollten;

ten; so könne dies wohl nur mit Ausschluss solcher Fälle gelten, wo ein direkter Stellvertreter, so wie in Criminalibus, die Untersuchungskosten in Subsidium zu bezahlen habe, weshalb denn auch dort z. B. die Justizcommissarien selbst für arme Inquisiten ihre Defensions bezahlt erhielten, nicht zu gedenken, dass

- 2) die ärztlichen Bemühungen in den Frohnvesten mit den Geschäften der Justizpersonen in keinen Vergleich zu setzen wären.
- 3) Besoldete Physiker erhielten ihr Gehalt blos für die öffentlichen Untersuchungen und Gutachten, nicht aber für solche Curen, und wäre diess auch, so könnten
- 4) unbesoldete Medicinalpersonen mit den besoldeten nicht zu gleichen Verbindlichkeiten angehalten werden.
- 5) Gehörte oft nur der kleinste Theil der Inhaftaten zu dem Geschäftsbezirke der Physiker und Aerzte des Orts der Frohnveste. Der grösste Theil komme oft aus entlegenen Creisen dahin. Wenn daher auch die strittige Verbindlichkeit an sich aufser Zweifel sein sollte; so könne sie doch nicht auf die Cur solcher Fremdlinge ausgedehnt werden.

Es fragt sich jedoch, ob gedachtes Princip nicht durch die Disposition wieder aufgehoben

ben sein dürfte, welche in dem ersten Theile des neuen preussischen Criminal-Rechts vom 11. Decbr. 1805. § 604, so lautet:

Befindet sich der Beschuldigte im Arrest, und kann aus eigenen Mitteln sich nicht ernähren; so müssen diejenigen, welche dazu nach den Gesetzen verbunden sind, die vom Richter festzusetzenden *Cur* - Bekleidungs - und Verpflegungs-Kosten, auch die Sitzgebühren, und zwar diese und die Verpflegungskosten in jeder Woche vorschussweise bezahlen, und sind auch schuldig, die Kosten der Vertheidigung zu übernehmen. Sind dergleichen Personen nicht vorhanden, so müssen diese Kosten von dem Gerichte vorgeschossen werden.

§ 14.

Ferner gehören

c) aus jenem Criminal-Codex folgende Dispositionen hierher, als

§ 609) die völlige Freysprechung von der Strafe begründet auch die Freysprechung von Bezahlung der Kosten; es sey denn, daß der Angeschuldigte durch ein unbesonnenes oder unredliches Betragen selbst gegründete Veranlassung zur Untersuchung gegeben hätte.

§ 610) Den Nachlaß eines während der Untersuchung verstorbenen Angeklagten treffen die Kosten in allen Fällen, sobald erhellet, daß der Verstorbene zu der Untersuchung auch nur durch Versehen, oder unvorsich-

tiges Betragen, gegründeten Anlaß gegeben hat.

- § 611) Bey Verbrechen der Ehefrauen bleibt der unschuldige Ehemann von Tragung der Kosten aus eigenen Mitteln insofern frey, als das von der Frau begangene Verbrechen ihn berechtigt, auf die Ehescheidung anzutragen.
- § 612) Die auf die Vertheidigung der Ehefrau zu verwendende Kosten fallen ihm ohne Unterschied zur Last.
- § 613) Eben diess findet in Absicht der unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder statt.
- § 614) In Rücksicht der Untersuchungskosten, welche Kinder zu bezahlen haben, ist der Vater und die Mutter nur alsdann verhaftet, wenn sie die unerlaubte Handlung der Kinder veranlassen, billigen, oder nicht verhüten, ungeachtet es in ihrem Vermögen stand, oder wenn sie den Unterricht, die Erziehung und die Aufsicht über diese Kinder gröblich vernachlässiget haben.
- § 615) Wenn der Inculpat kein Vermögen hat, auch weder der Denunciant, noch ein Mitschuldiger, noch Verwandte desselben, wegen der sämtlichen Untersuchungskosten oder eines Theils derselben verhaftet, oder diese zu deren Bezahlung unvernögend sind, müssen sie niedergeschlagen, und die baaren Auslagen von der Gerichtsbarkeit, welche nach den Bestimmungen dieser Criminal-

nal-Ordnung § 623 u. f. und nach den Provinzialverfassungen (man sehe deshalb weiterhin den § 18 nach) dazu subsidiarisch verpflichtet ist, getragen werden.

Dieses muß auch geschehen, wenn der Angeschuldigte von den Kosten ganz frey gesprochen wird, oder der andere sie wegen Unvermögens zu tragen außer Stande ist.

§ 617) Ein Angeschuldigter, welcher von der Instanz frey gesprochen oder irgend zu einer Strafe verurtheilt ist, muß diejenigen Kosten der Untersuchung tragen, welche das Verbrechen betrifft, weshalb er gestraft oder vorläufig freygesprochen worden.

§ 618) Nur die Weiber der gemeinen Soldaten und Unteroffiziere, welche sich nicht in den Garnisonen ihrer Ehemänner aufhalten, und daher von dem Civil-Criminal-Gericht zur Untersuchung gezogen werden können, müssen jedesmal mit Bezahlung der Untersuchungskosten verschont werden, und soll der auf sie fallende Antheil nicht den wohlhabenden Mitschuldigen zur Last gelegt, sondern allezeit niedergeschlagen werden.

§ 622) Niemand darf durch Untersuchungskosten außer Nahrungsstand gesetzt, noch dürfen dessen Grundstücke, wenn er kein schweres Verbrechen begangen hat, blos der Kosten wegen sogleich zum Verkauf gestellt, vielmehr müssen in allen Fällen, worin dieses zu besorgen ist, billige Terminzahlungen

gestattet werden. Kann ein Verbrecher, der in die Kosten verurtheilt worden, ohne Zerstörung seines Nahrungsstandes gar nichts davon bezahlen, so müssen alle Sporteln und Gebühren des untersuchenden Gerichts und alle Diäten oder andere Emolumente der Gerichtspersonen und Subalternen, so wie die Stempel und das Porto niedergeschlagen werden. Dagegen sind die baaren Auslagen, welche zur Erhebung und Feststellung des Thatbestandes, zur Verwahrung, Verpflegung und Vertheidigung des Verbrechers, für Abfassung des Urteils, insofern von dem Obergericht erkannt worden ist, für Vollstreckung des Urteils, und bei andern im Laufe der Untersuchung vorkommenden Ereignissen, haben verwendet werden müssen, jederzeit in den Acten zu liquidiren.

§ 633) Die in vorstehendem § specificirten baaren Auslagen fallen bei dem Unvermögen des dazu Verurtheilten, oder wenn der Angeeschuldigte von den Kosten freigesprochen worden, und kein Anderer sonst dafür verhaftet, oder sie zu bezahlen vermögend ist, dem Criminalfond oder der Gerichtsbarkeit desjenigen Ortes zur Last, an welchem das Verbrechen begangen worden.

§ 637) Wenn das Vermögen eines Verbrechers nicht dazu hinreicht, denjenigen, der durch das Verbrechen beschädigt worden, zu entschädigen und zugleich die Untersuchungs-
kosten

kosten zu tragen; so gebührt dem Beschädigten in jedem Falle ohne Unterschied der Vorzug vor den Untersuchungskosten, sie mögen in Gebühren oder Auslagen bestehen.

§ 15.

Sodann enthalten die allgemeinen Anmerkungen zu der am Ende des ersten Theils dieses Criminal-Rechts beigefügten Gebühr-Taxe folgende Dispositions, als:

§ 2) In Ansehung der in unvernünftigen Untersuchungsachen stattfindenden Gebühren und Auslagen hat es bei den in jeder Provinz bestehenden Vorschriften und Observanzen sein Bewenden, welche es hinreichend bestimmen, was die Aemter-Justiz- und andere landesherrliche Fonds, die Cämmereien und Privat-Jurisdictionarien bezahlen müssen, wenn ihre subsidiarische Verpflichtung zur Bezahlung der Kosten eintritt.

§ 4) Zu den baaren Auslagen, welche in jeder Untersuchung ohne Unterschied und in der Regel selbst, wenn ein öffentlicher Fond die Kosten trägt, bezahlt werden müssen, gehören etc.

4) die Reise- und Zehrungskosten der Zeugen und *Sachverständigen* und die Auslagen und hergebrachten Diäten der Gerichtspersonen, wenn sie reisen müssen;

5) die Gebühren für das Gutachten des Ober-Collegii medici und des zugezogenen *Arztes oder Wundarztes*, wenn beide nicht salarirt sind etc.

§ 11) Hat der Angeschuldigte einiges, aber zur Be-
 streitung aller Untersuchungskosten nicht
 hinreichendes Vermögen; so wird nach Ab-
 zug der auf dessen Ausmittlung und Her-
 beischaffung verwendeten Auslagen, solches
 zuerst zu den Auslagen, welche in der vier-
 ten Bemerkung benannt worden sind, ver-
 wendet. Bleibt nach deren Bezahlung noch
 etwas übrig, so wird davon das nachzuliqui-
 dirende Porto, und hiernächst werden die
 Gebühren der Criminal-Commissarien und
 Bothen, die Copialien des Criminal-Gerichts
 und die Registratur-Gebühren, und zwar,
 wenn es nicht reicht, nach der vorstehenden
 Ordnung entrichtet etc.

§ 16.

Die Frage, was unter diesen im § 623 bemerk-
 ten Auslagen zu verstehen sei? hat jedoch, wie
 folgende Verhandlungen zwischen dem Breslau-
 schen Collegio medico und der dortigen königl.
 Cammer zeigen, zu Zweifeln Anlaß gegeben. Es
 stellte nämlich das Erstere der Leztern unterm
 5. Sept. 1806 vor:

Die neue Criminal-Ordnung disponirt unter an-
 dern § 615.

dafs, wenn ein Inculpat kein Vermögen hat,
 auch weder der Denunciant noch ein Mit-
 schuldiger noch Verwandte desselben we-
 gen der Kosten verhaftet, oder diese zu de-
 ren Bezahlung unvermögend sind, sie nie-
 dergeschlagen, und die baaren Auslagen von
 den

den subsidiarisch Verpflichteten getragen werden sollen:

Unter diese Auslagen werden laut des § 4. No. 5. der allgemeinen Anmerkungen zur Gebühren-Taxe S. 256 in Ansehung der Medicinalpersonen nur die Gebühren für das Gutachten des Ober-Collegii medici und des zugezogenen Arztes oder Wundarztes, wenn beide nicht salarirt sind, gerechnet.

Buchstäblich genommen, können also, wenn der im § 615 vorausgesetzte Fall eintritt, Provinzial-Collegia medica und besoldete Aerzte und Chirurgen nichts liquidiren. Es entsteht aber vor allen Dingen die Frage,

ob überhaupt durch die Dispositionen der neuen Criminal-Ordnung die Provinzial-Verfassungen aufgehoben worden?

Da jedoch in diesem neuen Codice dies nirgends ausdrücklich gesagt, vielmehr z. B. § 615 selbst wenigstens respectu der Lehren von der subsidiarischen Verpflichtung zur Kostenbezahlung etc. sich auf die Provinzial-Verfassung bezogen wird, auch bekanntlich kein bloß allgemeines Staats-Gesetz eo ipso dergleichen Particulair-Einrichtungen aufhebt, hiernächst die schlesischen Collegia medica et Sanitatis zugleich die sämtlichen Geschäfte des Ober-Collegii medici et Sanitatis für die hiesige Provinz besorgen, und letzteres dabei ressortmäßig ausgeschlossen wird; so dürfte jene Frage wohl nicht anders als zu verneinen sein. Doch bitten deshalb Ewr. Königl. Majestät wir hierdurch um gnädigste nähere Vorbescheidung, zugleich aber auch im Fall der nicht zu vermuthenden Affirmative um die
gnä-

gnädigste Erlaubniß, gegen diese in Absicht Schlesiens auf Veranlassung der schon an uns eingekommenen dringenden Vorstellungen folgendes submittest darstellen zu dürfen.

- 1) Sind bekanntlich die Collegia medica und die Physiker in Schlesien gegen andere preussische Provinzen am schlechtesten salarirt, und wahrscheinlich hat der höchste Gesetzgeber nur das Allgemeinere der übrigen Provinzen zum Augenmerk gehabt.
- 2) Sind gedachte Behörden und Officialen wahrscheinlich aus dem eben angeführten Grunde nach der schlesischen General-Medicinal-Ordnung vorzüglich auf die Gebühren pro parte Salarii angewiesen, und daß hiezu auch die Gebühren in Criminalibus gehören, bedarf nicht erst einer Erwähnung. Hierzu tritt
- 3) noch der Umstand, daß selbst diese vor mehr als 50 Jahren festgesetzte Gebühren, weil die neue Medicinal-Steuer auf besoldete Aerzte nicht geht, mit der heutigen Subsistenz der Percipienten ganz und gar in keinem Verhältniß mehr stehen. Wenn aber auch
- 4) die Sportulosigkeit in dem angegebenen Falle als eine *Conditio sine qua non* bei Ertheilung der Medicinal-Aemter angesehen sein dürfte; so würde solches doch nicht die schon existenten Officialen, sondern nur diejenigen treffen, welche erst post publicationem der neuen Criminal-Ordnung angesetzt sind.

Wenn

Wenn also im Fall der Affirmation der aufgestellten Hauptfragen für keine bessere Salarirung der Medicinal-Officialen gesorgt werden kann, müssen wir zugleich dringendst

um Remedur bei der hohen gesetzgebenden Behörde zum Schutz der bisherigen diesfälligen Gebühren-Gerechtsame der schlesischen Collegiorum medicorum, Physiker und Chirurgen

sollicitiren etc.

Hierauf erhielt gedachtes Collegium medicum sub dato den 11. Sept. des benannten Jahres diesen Bescheid:

Auf Eure Anfrage vom 5. m. c.

wegen der Disposition der neuen Criminal-Ordnung im Betref der Remunerirung der Collegiorum medicorum und Physiker in Criminalibus

gereicht Euch hierdurch zum Bescheide, daß in den allgemeinen Anmerkungen zu der, der neuen Criminal-Ordnung beigefügten Taxe § 2 ausdrücklich verordnet ist;

daß es in Ansehung der in unvermögenden Untersuchungssachen statt findenden Gebühren und Auslagen, bei den in jeder Provinz bestehenden Vorschriften und Observanzen ausdrücklich verbleiben soll;

als wodurch Eure Anfrage ihre Erledigung findet.

§ 17.

Allein gegen dieß Resolut läßt sich folgendes Bemerken: bei Delictis publicis und dem Delict der

der Vagabondität werden die Kosten (man sehe des Verfassers Uebersicht des preuss. schles. Criminalwesens, 2te Hälfte § 285 u. s. w. nach) von dem öffentlichen königl. Fond getragen. Diese Fälle ausgenommen, stammen die Inquisiten ohne Vermögen in Schlesien entweder aus Städten und Cämmerei-Dörfern, oder aus königl. Domainen-Amts-Bezirken oder aus Privat-Güthern her. Im ersten Falle ist es die Stadt-Cämmerei, im zweiten Falle die königl. Domainen-Casse und im dritten Falle die Privat-Gerichtsobrigkeit, welche die Kosten trägt, mithin in jedem Falle der Grundherr, es sei dieser der König, eine Stadt-Commune oder ein Privatmann. Ob nun gleich die Sätze der Medicinalpersonen verschieden sind, welche sie hiernach liquidiren konnten; so schloß doch in keinem dieser Fälle zeither die subsidiarische Vertretung solche ganz, sondern nur die Stempel und das Porto aus, als welches beides allein niedergeschlagen wurde. Nur wenn die Kosten aus dem publiquen Fond bezahlt werden sollten, wurden in der Regel blos die baaren Auslagen vergütet. Jezt aber sollen nach der neuen Criminal-Ordnung ohne Ausnahme der Fälle bei der Armuth des Inculpaten und seiner zu Kosten verhafteten Verwandten *blos* die Auslagen liquidirt, und respective vom Criminal-Fond oder den Gerichtsobrigkeiten vertreten werden, *welche* die neue Criminal-Taxe in dem § 4 der allgemeinen Anmerkungen specificirt. Hierunter sind nun die

Ge-

Gebühren für das Gutachten und die Sostrums-Festsetzung der Provinzial-Medicinal-Collegien, so wie für die Bemühungen der Aerzte und Chirurgen nicht begriffen, welche doch zeither in jedem Falle, wenn der publike Fond nicht die Kosten trug, liquidirt werden konnten. Bei diesem Unterschiede von der Provinzialverfassung enthält daher gedachter § 4 entweder einen Widerspruch gegen den § 2, weil das, was als provinziell nach wie vor in *jeder* Provinz bestehen soll, nicht erst durch eine allgemein gesetzliche Disposition anders zu bestimmen nöthig ist, oder es wird im § 2 auf die Provinzialverfassung nicht *in Hinsicht jener* bis jezt statt gefundenen *Liquidations*, sondern nur in Hinsicht der Verschiedenheit der zur Vertretung der baaren Auslagen *kommenden Gerichtsbehörden* Bezug genommen. Denn eine andere Frage ist es, wenn finden Liquidationen statt? und: wer hat sie zu bezahlen? Soll die Provinzialverfassung nur für die erstere oder für die andere Frage oder für beide Fragen die Antwort an die Hand geben? Es scheint daher allerdings dasjenige sehr erheblich zu sein, was das breslausche Collegium medicum in seiner angeführten Anfrage vom 5. Sept. sub 1 bis 4 bemerkt. Die Zulässigkeit der Liquidations für diesen streitigen Fall ist daher wenigstens zweifelhaft, für alle übrigen Criminalfälle aber aus den vorstehenden §§ 10 bis 15 zu entnehmen.

§ 18.

VI) *Ausser den vorstehenden Fällen* würden nun wohl diejenigen, welche nach so vielfältigen Vorschriften in dem Edicte vom 14. Decbr. 1747, Reglement vom 17. Januar 1749, der Verordnung vom 28. Aug. 1776, dem Reglement vom 4. Februar 1779, in dem allgemeinen Landrechte Th. II. Tit. 19. § 9 bis 15 und Tit. III. § 14 bis 30, Reglement wegen Errichtung der Correctionshäuser vom 31. August 1800 und dem Publicando der königlichen breslauschen Cammer vom 6. Februar 1802, als Eltern, Kinder, Geschwister und andere nahe Blutsverwandte, oder als Grundherrschaften und Gemeinen auf dem Lande, oder als Obrigkeiten und Gewerke in den Städten, die hilflosen Armen verpflegen müssen, auch für die unter dieser Pflege allerdings mit begriffene Gesundheitspflege vollkommene Sorge dann zu tragen haben, wenn dergleichen Arme in kein Hospital unterzubringen sind, oder es an solchen Aerzten fehlt, welche für dergleichen Personen ein für allemal besoldet werden,

§ 19.

Dazu gehört das Rescript der königl. breslauschen Cammer an das breslausche Collegium medicum vom 3. Mai 1806, wonach nicht nur mittelst des Circularis vom 4. Februar d. a.
die

die Land- und Steuerräthe angewiesen worden sind, die zur *Cur der unvermögenden Unterthanen bei epidemischen Krankheiten etwa erforderlichen Kosten von den Dominiis und Cämmereien fourniren zu lassen*, sondern auch mittelst einer neuen kaiserlichen Cabinets-Ordre den Dominiis die Verbindlichkeit aufs neue auferlegt ist, die diesfälligen Curkosten für arme Unterthanen *ex propriis* zu tragen. Bei den Grundherrschaften auf dem Lande dürfte sich jedoch dies Princip jezt in Verfolg der aufgehobenen Unterthänigkeit in so weit abändern, daß sie bei den gedachten Epidemien die Kosten nur in Concurrenz der Gemeinen und Communitäten nach Maasgabe einer nach dem Steuerfuß anzulegenden Repartition tragen.

Es wird hier zwischen den besoldeten Kreis- oder Stadt-Physikern und den unbesoldeten Aerzten kein Unterschied gemacht, so wie denn auch wirklich schon für erstere dergleichen Rechnungen festgesetzt worden sind. Jedoch hat man nach dem Grundsatz, daß die volle Taxe bloß bei ganz bemittelten Patienten statt finde, und nach Maasgabe des Rescripts vom 24. Februar 1805 in Betracht, daß die neuere höhere Taxe überhaupt eine schonende Rücksicht auf die ohnehin beschwerliche Vertretungsverbindlichkeit der Grundherrschaften nicht ausschliesse, bloß die Hälfte der gewöhnlichen Sätze

Sätze angenommen. Auch scheint es keine Unbilligkeit in sich zu begreifen, wenn solches überhaupt bei allen Fällen der subsidiarischen Zahlungsverbindlichkeit geschieht, insofern der bloß subsidiarisch Verpflichtete nur nicht selbst die Pflicht der vollen Bezahlung auf den Grund einer ihm zur Last fallenden Handlung auf sich hat. Hierdurch scheint zugleich dem Wunsche des königl. Ober-Berg-Amtes zu Breslau begegnet zu werden, welchen dasselbe in einem Schreiben an das dasige Collegium medicum vom 20. Sept. 1803, wegen der Anwendung der neuen Medicinal-Taxe auf den armen Berg- und Hüttenmann, äußert.

§ 20.

Es fragt sich solchergestalt:

VII) nur noch, wie es ausser jenen Fällen

- a) in Absicht der *unbemittelten königl. Officianten*
- b) in Ansehung der übrigen sogenannten *eximirten Personen*
- c) in Ansehung derjenigen, welche als *Fremde* vermöge ihres noch zu kurzen Aufenthalts als solche gesetzlich noch nicht angesehen werden können, die ein bestimmtes Domicilium haben,
- d) in Ansehung der *Dienstbothen* und
- e) dann gehalten werden soll, wenn *diejenigen, welche die Pflicht der Verpflegung auf sich haben, selbst unvermögend sind?*

§ 21.

Halten sich die bezogenen Personen in Städten auf; so dürfte jede Frage sich nunmehr durch die Einführung der neuen Städte-Ordnung erledigen. Denn wer nicht förmlich Bürger ist, muß wenigstens Schutzgenosse sein, und in dieser Rücksicht die städtischen Gemeinlasten mittragen, mithin auch im Fall der Armuth übertragen werden. Hieraus folgt von selbst, daß die Stadtcommunen auch hier die oben im § 18 erwähnte Verbindlichkeit auf sich haben. In allen übrigen Fällen hingegen dürfte alle Discussion bloß dahin auslaufen, daß der Staat zutreten müsse. Da der Preussische aber schon immer zu viel andere Bedürfnisse hatte, um ohne neue Auflagen ins Mittel treten zu können, und der Begriff der Armuth zu relativ bleibt; so ist schon in der bezogenen schlesischen General-Medicinal-Ordnung § 38 festgesetzt worden,

daß jede Medicinalperson dem Armen, wie dem Reichen, und zwar dem erstern unentgeltlich, beispringen müsse.

Zwar soll dies nach der eigentlichen, jener Ordnung besonders beigefügten Taxe wenigstens, wie es da heißt, nur aus christlicher Liebe, mithin nicht aus positiver Zwangspflicht, geschehen. Die Eidesformul der meisten Medicinalpersonen legt ihnen aber diese Verbindlichkeit als eine Zwangspflicht auf, und, was sich auch
sonst

sonst noch dagegen sagen liesse, so kann doch die dahin gehörige Eidesclausul wenigstens jetzt, nachdem eine höhere Medicinal-Taxe erschienen ist, aus den weiter unten vorkommenden Gründen, immerhin auch bei unbesoldeten Medicinalpersonen als eine *Conditio sine qua non* bei Ertheilung der Befugniss zur Praxis angesehen, und wenigstens auf diejenigen Fälle angewendet werden, wo wegen des Mangels aller andern gesetzlichen Quellen der Staat bei der Verpflegung der Armuth zutreten muß, und die medicinische Hülfe nicht ganzen Armen-Anstalten, wie z. B. den Armen- Arbeits- und Corrections-Häusern, deren Fond immerhin auch einen eigenen Arzt besolden kann, sondern nur diesem oder jenem armen Individuo allein gereicht werden soll.

§ 22.

Eine ganz andere Frage ist es, ob

VIII) *Medicinalpersonen für ihre wechselseitige Vertretung* etwas mit Fug und Recht zu liquidiren haben? Um jedoch jeder Mißdeutung vorzubeugen, wird hier vorausgesetzt, daß die zu einem Geschäfte ein für allemal bestimmte Medicinalperson *ohne ihre Schuld* nicht zu erlangen sei. Denn fällt ihr eine Schuld zur Last, so wird sich, wenn es Hülfe bei einem Patienten betrifft, dieser sofort an eine andere approbirte Medi-

Medicinalperson wenden. Von einer eigentlichen Vertretung kann dann nicht die Rede sein. Wird aber eine mehr officielle Medicinalperson, z. B. ein Physicus bloß wegen seiner Saumseligkeit nicht erlangt; so versteht es sich von selbst, daß er dem Vertreter volle Entschädigung leisten müsse. Dies voraus gesetzt, liegt also bei der Vertretung einer Medicinalperson

A) im *Allgemeinen*

- 1) entweder ein gültiges *Abkommen* oder
- 2) bloße *Gefälligkeit* oder
- 3) die *Noth*, wo nämlich der Vertreter die Vertretung aus Mangel an mehreren Medicinalpersonen nicht ablehnen konnte, zum Grunde.

§ 23.

ad 1) Im *ersten* Falle entscheidet der Vertrag, und kommt es sodenn nur noch darauf an, ob sich die Contrahenten bereits über ein bestimmtes Quantum geeinigt, oder die nähere Bestimmung der Remuneration bloß der Medicinal-Taxe, nach Verschiedenheit der Umstände, überlassen haben? Nur in dieser letztern Rücksicht ist die Liquidation selbst ein Gegenstand der besondern Festsetzung.

§ 24.

ad 2) Im *zweiten* Fall hebt schon der Begriff einer bloßen Gefälligkeit die Zulässigkeit einer Liquidation auf.

§ 25.

ad 3) Im *dritten* Falle hingegen wird die Noth zum Geboth. Wenn sich dann aber der Vertreter allen den Pflichten unterziehen muß, welche der Medicinalperson oblagen, die vertreten wird, so stehen jenem dagegen auch nicht bloß die Gebühren, welche dieser, als etwa besoldet, für den sich ereignenden Vorfall gebührt hätten, sondern alle und jede Liquidation zu, zu welcher eine unbesoldete Medicinalperson überhaupt in ihrer eigenen Praxis befugt ist. Denn, hätte auch der Vertretene für die verlangte Hülfe, wenn er sie selbst leistete, wegen einer ihm zufließenden beständigen Besoldung wenig oder nichts besonders zu liquidiren; so kann dies doch auf die Remuneration des Vertreters von keinem nachtheiligen Einflusse sein. Die Vertretung beruht hier nämlich nicht in seiner Willkühr, und kann ihm daher nicht zugemuthet werden, sich für einzelne solche Vorfälle in Ansehung der ihm dadurch unterdessen wahrscheinlich entgangenen lucrativen Privatpraxis bloß mit der

der Bezahlung zu begnügen, welche dem Vertretenen nur deswegen in geringerer Summe dafür gereicht wird, weil dieser auch für die Zeit Gehalt genüßt, wo nichts vorfällt. Nach dem mehr erwähnten Medicinal-Werke des Verfassers § 313. S. 287 und § 379. S. 366 ist auch immer so, selbst mit Beistimmung der obern Behörden, entschieden worden. Eine längere auf mehrere Wochen und Monate dauernde Vertretung hingegen macht einen besondern Verein der Interessenten nöthig.

§ 26.

B) Ist *insbesondere* von Vertretung in förmlich *officiellen* Verrichtungen z. B. eines Physici, Creißschirurgen etc. die Rede, so läßt sich zuvörderst

- 1) bemerken, daß eine dergleichen öffentliche Medicinalperson in der Regel nur durch eine andere gleiche Medicinalperson vertreten werden kann, und die Vertretung durch ein anderes als ein officiell Subject nur in dringenden Nothfällen zulässig bleibt. Ausser dem Falle der Noth ist auch keine öffentliche Medicinalperson berechtigt, sich zu den Ausrichtungen des öffentlichen Amts eigenmächtig einen solchen Substituten zu bestellen. Sie muß vielmehr die Ernennung eines einstweiligen oder immerwährenden

Substituten bei der competenten Behörde nachsuchen und erwarten. Diese Behörde ist bei *Adjuncten* das Collegium medicum, bei *Stadtphysicis* und *Stadtchirurgis* der Magistrat des Orts, bei *Creisphysicis* und *Creischirurgis* aber der Landrath des Creises.

§ 27.

- 2) Wird nun eine dergleichen *Medicinalperson* im Falle der Noth (N. 3 § 22.) vertreten, und beruht
 - a) das Hinderniß einer solchen *Medicinalperson* in einer wegen ihrer *Privatpraxis* oder einer andern *Privatangelegenheit* unternommenen Reise; so gehört die Belohnung des Vertreters, welche nach den Sätzen der *Medicinal-Taxen* jedesmal zu bestimmen ist, zu den Verpflichtungen des Vertretenen. In soweit scheint auch nur das schon im § 13 angeführte Cammerrescript vom 24. Februar 1805 Anwendung zu finden, wenn es zugleich festsetzt, daß in Fällen, wo Stadt- oder Creis-Physici und Chirurgen, die vi officii sich den Obductionen und andern ähnlichen gerichtlichen Verhandlungen zu unterziehen verbunden sind, verhindert werden, ihren Obliegenheiten hierunter selbst Genüge zu leisten, es lediglich ihre Sache sei, an ihre Stelle ein anderes qualificirtes Subject auf eigene Kosten zu substituiren.
- (Schles.

(Schles. Prov. Blätter April 1805 S. 372)
 Der Vertretene hat sodenn, je nachdem der Actus von ihm selbst gratis oder für eine niedrige Belohnung hätte besorgt werden müssen, dem Vertreter entweder die ganze taxmäßige Belohnung einer unbesoldeten Medicinalperson oder den Zuschuß zur Erfüllung des höhern Gebührenbetrags aus eigenen Mitteln ohne Wiedererstattung zu leisten.

§ 28.

Beruhet hingegen

- b) das Hinderniß einer solchen Medicinalperson in einer ihr unvermuthet zugestossenen *Krankheit*, oder in einer ihr aufgetragenen *Dienstreise*; so möchte dem Substituten wohl jener entweder vollständig oder nur ergänzungsweise nach der Medicinal-Taxe gebührende Belohnungs-Betrag zuzubilligen sein, ohne daß die vertretene Medicinalperson etwas dazu beitrüge. Die Zahlung geschehe entweder aus der öffentlichen Casse, welche die zu vertretende Medicinalperson besoldet, oder aus dem Vermögen desjenigen, welcher das zu vertretende Geschäft veranlaßt, oder desjenigen, welchem bei dessen Unvermögen die Kosten zur Last fallen. Bei Epidemieen ist (laut § 63) eine besondere Bestimmung erfolgt.

§ 29.

§ 29.

- c) Die *Geschäfte eines Adjuncts* des Collegii medici, welche eigentlich nur in Fertigung einiger fixirten Tabellen, Prüfung und Vertheidung einiger Medicinal-Candidaten und Vollziehung der ihm aufgetragenen Untersuchungen bestehen, sind in der Regel nach ihrer Natur weder so eilig, daß dabei Amtsvertretungen nöthig werden, noch von der Art, daß sie im Fall einer wirklichen Noth von einer andern Medicinalperson ohne Genehmigung der competenten Medicinalbehörde vollzogen werden könnten. Bei dergleichen Adjuncten kann daher der Fall einer Anwendung der eben entwickelten Grundsätze fast gar nicht vorkommen.

§ 30.

- d) Ist aber eine *Militair-Medicinalperson* z. B. ein Regimentschirurgus zu vertreten; so *betrifft es entweder*

- a) die Besichtigung oder Cur einer *lebenden Militairperson*, und zwar

- aa) da ein Regiments- oder Bataillons-Chirurg (Cavans Kriegs- oder Militair-Recht, Berlin 1804 bei Matzdorff Bd. I. § 806—808, 817 und 818) deshalb nur die Unterofficiers und gemeinen Soldaten zu besorgen hat, *blos eine Person aus dieser Classe oder*

bb)

- bb) andre unvermögende Militairpersonen,
oder
b) die Besichtigung und Obduction einer *totten*
unvermögenden Militairperson.

§ 31.

ad a) bb) Findet solchergestalt eben das Anwendung, was schon oben § 20 und 21 bemerkt ist, weil das Militair keinen Fond dazu hat.

§ 32.

ad a) aa) hingegen soll nach *Cavans* angeführten Kriegs- oder Militair-Rechte Bd. I. folgendes statt finden:

§ 809) Ist die Einholung des Kranken zur Staabs-garnison ohne Gefahr möglich, so kann der Regimentschirurgus bei dem Compagnie- oder Escadrons-Chef auf die dazu nöthige Anstalt antragen,

§ 810) Im entgegengesetzten Falle muß der Regimentschirurgus die Cur und Heilung eines solchen Kranken an dem Urlaubsorte entweder unter seiner genausten Direction durch einen dazu qualificirten Compagnie- oder Escadrons-Chirurgum verrichten, und besorgen, oder, dafern dieses nicht zu bewerkstelligen ist, einem Stadt- oder Creis-Physico oder Chirurgo an dem Urlaubsorte, oder in der Nähe desselben auftragen.

§ 311) In dem letzten Falle muß der Regimentschirurgus den Betrag der zur Cur und Heilung des Kranken verwandten Medicin dem Arzte oder Chirurgen erstatten. Für die Bemühung aber kann letzterer eine Vergütung nicht fordern, weil er dazu nach der Verfassung für das Gehalt, welches er als Stadt- oder Kreis-Physicus und Chirurgus bekommt, unentgeltlich verbunden ist.

Da aber das, was bei einem Arzte eine Besoldung voraussetzt, dann keine Anwendung finden kann, wenn er keine genüßt; so würde in einem solchen Falle die unbesoldete Civil-Medicinalperson zwar zu liquidiren befugt, und der vertretene Regiments- oder Bataillons-Chirurg verbunden sein, die Liquidation zu bezahlen. Doch dürften wohl nur dann, wenn ein solcher Vertretener die Vertretung aus eigener Schuld verursacht haben sollte, die vollen Sätze der Civil-Medicinal-Taxe Platz greifen. Im entgegengesetzten Falle aber würde eine Ermäßigung der Liquidation nach den weiterhin entwickelten Grundsätzen aus dem Grunde zulässig sein, weil einerseits dem Patienten vermöge seines militairischen Rechts zu einer unentgeltlichen Bedienung nichts auferlegt werden kann, andererseits aber der Vertretene sich im Falle einer unverschuldeten Noth befindet, welcher sich daher auch nicht nach den gewöhnlichen Regeln beurtheilen läßt.

§ 33.

ad b) Kann der Thäter entweder ausgemittelt werden oder nicht. Im letzten Falle wird es, da (nach dem allegirten Werke des *Cavan* Bd. I. § 1489) mit dem Tode einer Militairperson ihr ganzes Militairverhältniß aufhört, als eine Pflicht der Ortsobrigkeit angesehen, das nöthige zu besorgen, weshalb denn auch hier alles dasjenige Anwendung findet, was wegen Auffindung und Behandlung todter Körper (§ 10) schon oben angeführt worden ist.

§ 34.

Eben dies findet statt, wenn der Thäter zwar ausgemittelt wird, aber kein Vermögen besitzt.

§ 35.

Sehr willkommen wäre es, wenn die Theorie der Rechte und Verbindlichkeiten bei den wechselseitigen Vertretungen der Medicinalpersonen, zwischen diesen selbst und gegen einen Dritten einmal näher entwickelt würde. Denn weder die Lehre einer *Negotiorum gestio* noch die Lehre vom Mandat und von Amtssubstitutionen reicht hier aus. Eine weitere Ausführung dieser Behauptung aber gehört nicht hierher. Aus allen diesen Bemerkungen aber wird sich wenigstens einigermaßen ergeben, in wiefern Liquidationen zulässig sind.

Zweiter Abschnitt.

Wenn muß die Liquidation förmlich festgesetzt werden?

§ 36.

Daraus, daß jemand ausser den eingeschränkten Fällen eine Forderung zu liquidiren befugt sei, folgt noch nicht, daß die diesfällige Liquidation überdies noch von irgend einer Behörde festgesetzt werden müsse. Ueber jenes ist im vorigen Abschnitte das nöthige bemerkt worden. In diesem Abschnitte sollen nur die Fälle angegeben werden, wenn die Festsetzung nöthig wird.

Verlangt nämlich eine Medicinalperson die Bezahlung der von ihr geleisteten artistischen Hülfe; so *weigert* entweder

- 1) derjenige, welcher bezahlen soll, oder dessen Stellvertreter, (es ereigne sich dieß in Concursen, Civil-Liquidations-Processen oder sonst) die Zahlung, oder es muß,
- 2) wenn auch an sich die Richtigkeit der Rechnung nicht zu bezweifeln wäre,

a) die

- a) die Zahlung entweder aus einer *öffentlichen Casse* erfolgen, oder
- b) doch zuvörderst ausser diesen Fällen noch von einer *Oberbehörde* (z. B. einem *Pupillen-Collegio*) *genehmigt* werden.

§ 37.

In allen diesen Fällen ist in der Regel die Forderung zuvörderst, und zwar nach § 8 der schlesischen General-Medicinal-Ordnung von 1744, schlechterdings nur von der gehörigen Medicinalbehörde (siehe § 105 und 106 in diesem Werke) festzusetzen. *)

§ 38.

In der Regel gilt dieß auch
ad 1) von den Medicinalforderungen, welche bei *Conkursen* über das Vermögen des Patienten liquidirt werden. In dem Rescripte des

*) In den schlesischen Provinzialblättern waren daher vor mehreren Jahren einige Aufsätze erschienen, welche sich auf die Bedingungen bezogen, unter welchen nur die Liquidationen bei den Collegiis medicis festsetzbar sein können. Dies hatte bei einigen Aerzten zu dem sonderbaren Mißverständnisse Anlaß gegeben, daß sie glaubten, solche Rechnungen bedürften nunmehr weiter keiner dergleichen artistischen Festsetzung. Das widersinnige dieser Meinung liegt aber zu klar am Tage, als daß man erst näher zu bemerken nöthig hätte, keiner jener Aufsätze habe auch nur im geringsten diese Lehre vorgetragen. Zwar belieben hin und wieder auch andere als Medicinalbehörden sich einer solchen Festsetzung anzumaßen. Eine bloße Anmaßung giebt aber noch keine rechtliche Befugniß.

des hohen Justiz-Departements d. d. Berlin 30. October 1799 (Stengels Beiträge Bd. IX. S. 343) ist indessen nachgegeben worden, daß es dem Classifications-Richter nicht als ein besonderer Fehler angerechnet werden könne, wenn die Medicinalkosten im Concourse zuweilen auch ohne Festsetzungs-Decret des Collegii medici locirt sind. Wahrscheinlich liegt der Grund dieser Disposition darin, daß die bloße Locirung nach Maasgabe der gesetzlichen Priorität vor andern Forderungen an sich keinesweges von der etwa noch einer artistischen Erinnerung unterworfenen Höhe der Liquidation abhängt. Sodenn kommt es bei der Verweigerung der Zahlung darauf an, ob die Richtigkeit der Rechnung selbst, oder nur das Recht der Liquidanten, sich grade an den von ihm bezeichneten Liquidaten oder dessen Vermögensmasse halten zu können, bestritten wird. Nur im erstern Falle bedarf es einer besondern Festsetzung. Der letzte Fall hingegen, dessen Beurtheilung offenbar außer dem Geschäftskreise der Medicinalbehörden liegt, kommt dann vor, wenn z. B. ein Dienstherr die Liquidation für die Cur seiner Domestiquen, oder ein Erbe die Liquidation für die Cur seines Erblassers an sich für richtig anerkennt, der erstere aber seine Verbindlichkeit, etwas für Dienstbothen zu zahlen, abläug-

läugnet, und der letztere sich als Erbe noch nicht gehörig erklärt hat.

§ 39.

ad 2 litt. a) Hingegen wird die Festsetzung deshalb immer nöthig, weil überhaupt auf keine öffentliche Casse ordnungsmässig etwas assignirt werden kann, was nicht gehörig bescheiniget ist. Da nun jede Festsetzung immer einige nähere Untersuchung oder doch Beleuchtung der Sache selbst erheischt; so bleibt sie in der Regel auch das beste Bescheinigungsmittel. Wie aber die Verwalter der Privaticassen sich von der Richtigkeit der daraus zu befriedigenden Medicinalrechnungen überzeugen wollen, solches hängt allein von diesen Administratoren selbst ab. Unter den öffentlichen Cassen werden hier alle königl. Domainen-Aemter so wie alle die andern königl. Cassen und die vom König besonders genehmigten allgemeinen Privat-Cassen-Anstalten verstanden.

§ 40.

Das eben gesagte findet auch

ad b) auf dasjenige Vermögen bloßer Gesellschaften, Corporationen und einzelner Individuen

den Anwendung, welches zwar mit jenen Cassen nichts zu thun hat, aber doch unter einer öffentlichen Aufsicht steht, wie z. B. das Vermögen der Kirchen, Schulen und Pfliegbefohlne. Soll daher irgend eine Cur-Liquidation aus einem dergleichen Vermögen bezahlt werden, so wird auch in der Regel deren vorherige Festsetzung nöthig.

Dritter Abschnitt.

Was oder wie hoch ist eigentlich zu liquidiren?

§ 41.

Vor allen Dingen versteht es sich von selbst, daß die Liquidationen für Curen, Bemühungen und Medicinlieferungen in der Zeit *vor Publication* der neuesten Medicinal-*Taxen* nicht nach diesen, sondern nach den ältern Vorschriften beurtheilt werden müssen. Wird sodenn die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich eine Medicinalperson zu fordern befugt sei? so betrifft es entweder

I) die *Cur* oder *Behandlung* eines kranken Menschen oder Thiers oder

II) über-

- II) überhaupt *öffentliche Geschäfte*, z. B. die eines Physici, Amts - oder eines andern gerichtlichen Chirurgi, oder einer andern Medicinalperson, welche gerichtlich um ihren Befund befragt wird, oder
- III) insbesondere *die Geschäfte eines Adjuncts des Collegii medici* oder eines sonst in Medicinalangelegenheiten beauftragten Commissars.

§ 42.

ad I) Giebt es zur Zeit für *Thierärzte* und *Vieh-schneider* in Schlesien gar keine Taxe. Alles, was sich deshalb in den Acten auffinden läßt, ist die erste Beilage dieses Werks sub Litt. A. In Absicht der andern Medicinalpersonen aber ist zwar zeither bei Festsetzung der Cur- und Medicin-Liquidationen in Schlesien immer noch die alte Taxe von 1744 als eine Hauptnorm angesehen worden. Da aber schon im Jahre 1754 kein richtiges Verhältniß ihrer so niedrigen Sätze zu dem höhern Werthe der Lebensnothdurften mehr vorhanden war; so sah man bereits damals die Nothwendigkeit einer Abänderung dieser Taxe wenigstens in Rücksicht auf das Honorar der Aerzte, Wundärzte und der in der alten Taxe ganz vergessenen Hebammen ein, und, ob zwar in einem spätern Berliner Regu-

Regulative wegen der Aerzte festgesetzt wurde, daß sie in ihrem Eide sich zugleich verpflichten sollten, von der alten Taxe nicht abzuweichen; so gieng doch zuerst dies Regulativ bis jetzt Schlesien noch nichts an. Auch ist diese Zumuthung in dem December-Stücke der *Jahrbücher der preuss. Monarchie vom Jahre 1799. S. 371* gehörig gewürdigt worden. Jetzt aber hebt sich dies Regulativ durch die neuere Taxe von selbst.

§ 43.

Die alte Taxe von 1744 wurde daher, wie schon in der Einleitung gesagt ist, als sie vergriffen war, weder neu aufgelegt, noch der Kornschen Edicten-Sammlung, oder dem mehr angezogenem Werke über die schlesische Medicinal-Verfassung beigelegt. Die natürliche Folge von dieser eintretenden Unanwendbarkeit der alten Taxe aber war, daß bei Festsetzungen des Sostri der Aerzte und Wundärzte nach Bewandniß der Umstände höhere Sätze zugelassen werden mußten, welches denn freilich die Collegia medica nicht selten in einige Verlegenheit setzte, wenn es zwischen der Unbilligkeit des Gesetzes und der nothwendigen Billigkeit bei wichtigeren Fällen keinen Terminum medium zu geben schien. In Absicht der *Hebammen* entwarf man zwar die in der zweiten Beilage

sub

sub litt. B. dieser Schrift befindliche Taxe. Sie blieb aber blos Entwurf, welcher jedoch in Rücksicht der verschiedenen Classen von mehr und minder bemittelten Kreisserinnen, da die neue Taxe blos das Maximum enthält, Beherzigung verdiente. Zwar erschien endlich sub dato den 30. April 1802 zu Berlin die neue bekannte Taxordnung für die Medicinalpersonen, nämlich die Aerzte, Wundärzte, Geburtshelfer, Zahn- und Augen-Aerzte in den preussischen Staaten. Da sie aber in Schlesien blos dem Militair-Medicinalpersonal, aber nicht der Civil-Ober-Landespolizei mitgetheilt wurde; so war dadurch jener Verlegenheit noch nicht abgeholfen. Das breslausche Collegium medicum sah sich daher genöthiget, nach dem Wunsche so vieler Aerzte unterm 1. Decbr. 1802 höhern Orts anheim zu stellen, ob diese neue Taxe nicht auch in Schlesien in den Civil-Medicinalangelegenheiten zur Richtschnur dienen könne? Dies ist denn endlich zugestanden, und solches dem schlesischen Publico durch das Min. Publicandum d. d. Breslau den 22. Januar 1803, so wie den Adjuncten des br. C. Departements durch das Circulare des breslauschen Collegii medici vom 16. Mai ej. a., und den Adjuncten des Glogauschen Departements durch das Circulare des Glogauschen Collegii medici vom 15. Juni des gedachten Jahres bekannt gemacht worden.

§ 44.

Diese neue Taxe giebt also nunmehr die Bestimmung dessen an die Hand, was *Medici, Chirurgi, Accoucheurs* und *Hebammen, Zahn- und Augen-Aerzte* für ihre medicinische Hülfe und Bemühungen zu fordern berechtigt sind. Nur ist noch dabei zu erinnern, daß den *Medicis* nach der zeither in Schlesien bestandenen Observanz die sogenannten *Licentiaten der Medicin* und alle diejenigen, welche zwar keinen akademischen Gradum, wohl aber nach gehöriger Prüfung von den Collegiis medicis die Befugniß zur innern Praxis unter gewissen Einschränkungen erhalten haben, z. B. *Domainen-Amts- und Creis-Chirurgen*, so wie den Chirurgen die *Augen- und Zahn-Aerzte* und alle andere *Operateurs* in so weit gleich geschätzt werden.

§ 45.

Was die *Apotheker, Materialisten* und übrigen *Medicinhändler* betrifft, so sind, wie sich aus der Natur der Sache von selbst ergibt, die Preise der Waaren der beiden leztern Gattungen von *Negocianten* so wenig als die Preise der übrigen bloßen Handelsartikel der Kaufleute einer Taxe unterworfen. Für die Apotheker in Schlesien aber wird so lange die in dieser Provinz eingeführte Taxe von 1744 im Allgemeinen gelten müssen, bis nicht die Zeitumstände eine gänzliche Abänderung veranlassen. Denn, wenn
auch

auch nunmehr unterm 8. April 1809 von Berlin aus die dortige neueste allgemeine Apotheker-Taxe vom 1. Mai 1806 den schlesischen Medicinal-Collegien zur Achtung mitgetheilt worden ist; so kann dies doch der Provinzial-Verfassung um so weniger Eintrag thun, als bei der Verschiedenheit der Preise der Materialien in diesem und jenem Lande sich ohnehin keine für alle Staaten eines und eben desselben Reichs ausführbare allgemeine Apotheker-Taxe denken läßt, und die gedachte neue Taxe auch nur auf ein Jahr, wie billig, gelten sollte. Indessen ist auf den Antrag des breslauschen Collegii medici vom 5. April 1808 wegen der damaligen und jezt noch fortdauernden Seesperre, welche im Einlande die Arzneiwaaren nothwendig vertheuert, und wegen des schlechten Courses der Scheidemünze von Seiten der königl. Cammer zu Breslau nach gepflogener Correspondenz mit dem königl. Ober-Collegio medico zu Berlin mittelst des Rescripts vom 3. Juni gedachten Jahres die deshalb einstweilen in Berlin abgetafelte partiale Apotheker-Taxe vom 26. März 1808 auch in Schlesien, wenigstens im breslauschen Cammer-Departement, zur Nachachtung mit dem Beifügen, daß bei Festsetzungen der Liquidationen die Bezahlung, wenn sie auch unter 10 Rthlr. beträgt, in Courant oder in Scheidemünze mit 50 pro Cent Agio anzunehmen sei, genehmigt, und alles dieses von

genanntem Collegio medico mittelst des Circularis vom 22. Juni d. a. durch die Adjuncten den sämtlichen Apothekern des breslauschen Cammer-Departements mit folgender in jenem Rescripte ausserdem noch befindlichen Bemerkung bekannt gemacht worden:

Man habe nämlich bei Anfertigung dieser neuen Taxe nicht auf einzelne Lagen und Entfernungen von den Seestädten Rücksicht nehmen können, weil dieselbe für alle übrigen preussischen Provinzen gültig sein solle, auch ein jetzt theurer Artikel durch andre beim Einkauf wohlfeilere übertragen werden müsse, überhaupt aber auch noch alte Bestände vorrätig sein müßten, *) welche noch zu wohlfeileren Preisen erkaufte wären. Es hätten daher die Apotheker der ganzen Provinz sich mit dieser neuen Medicinal-Taxe zu begnügen, und dieselbe nicht zu überschreiten. Jedoch sollte ihnen gestattet sein, ihre Liquidationen in Courant zu stellen, selbst auch, wenn sie unter 10 Rthlr. betragen, und hätten sie die Bezahlung in Courant oder in Münze, auf $\frac{2}{3}$ ihres Nominalwerths reducirt, das heisst den Silbergroschen zu 8 Denar oder 2 Kreutzer und den guten Groschen zu 8 Pfennigen zu verlangen.

Mit-

*) Wie gut wäre es, wenn die Regierung auf diesen Umstand auch bei andern Waarenhändlern Rücksicht nehmen wollte. Das Publikum würde dann nicht so unglaublich decimirt werden.

Mittelst des Rescripts des königl. Ober-Collegii medici in Berlin vom 23. Juni 1809 ist dem B. C. M. die veränderte Arzneitaxe für das Jahr 180 $\frac{2}{10}$ zur weitem Mittheilung an die Physiker, Apotheker und die übrigen dabei interessirten Medicinalpersonen zugefertigt worden, und — ungeachtet des Bedenkens der Anwendbarkeit allgemeiner Apotheker-Taxen auf die Verschiedenheit der Lage der zu einem Staate gehörigen mehreren Provinzen — gedachte Mittheilung von dem B. C. M. seinen Adjuncten und Physikern und durch jene an die Apotheker unterm 7. Sept. d. a. geschehen. Man sehe übrigens den § 82 nach.

§ 46.

Die neue Einführung jener Medicinal-Taxe für die Aerzte etc. von 1802 hat in Schlesien bei den Laien viele Gegner gefunden. Die Gründe ihres Widerspruchs gehen ausser dem Vorwurfe, daß diese Taxe zu hoch ausfalle, ungefähr dahin, daß der Arzt nunmehr den Patienten nach Gefallen durch viele Besuche und Recepte decimiren könne, und keine Medicinalperson bei der alten Taxe Mangel gelitten hätte. Es sei daher erlaubt, jenen Vorwurf näher zu prüfen.

§ 47.

Diese Prüfung läßt sich zuvörderst am besten durch eine Vergleichung der neuen Taxe mit der alten schlesischen von 1744 bewerkstelligen. Vor allen Dingen trifft aber jener Vorwurf die neue Taxe wenigstens in Ansehung der in der alten gar nicht vorkommenden Sätze für die Aerzte und Wundärzte, so wie in Ansehung aller Sätze für die Hebammen, Accoucheurs und Zahnärzte in Schlesien ganz und gar nicht. Denn in dieser Rücksicht gab es bis jetzt eigentlich gar keine bestimmte Vorschrift, sondern blos schwankende Observanzen, indem sich die Freigebigkeit der Einwohner Schlesiens immer so auszeichnete, daß es darüber nur selten zur Klage kam, auf ausdrückliches Verlangen der Hülfbedürftigen aber von den genannten Medicinalpersonen immer nur unbestimmt, bald mehr bald weniger, nach den Umständen gefordert und bezahlt wurde. Der Verfasser hat daher in einer besondern, am Ende dieser Schrift sub litt. C. beigefügten tabellarischen Uebersicht die neue Taxe mit der alten schlesischen von 1744 in soweit zusammengestellt, als es die mehrere Vollständigkeit oder Mangelhaftigkeit der einen oder der andern Taxe zuließ.

§ 48.

Aus eben gedachter Zusammenstellung ergibt sich, daß die neue allgemeine preussische

sche Taxe gegen die alte schlesische Taxe und Observanz

- a) in Ansehung vieler Posten nur wenig verschieden, in Ansehung der übrigen Sätze aber freilich
 - b) wegen der Aerzte,
 - 1) für Besuche und geschriebene Consilia noch einmal so hoch, und
 - 2) für die erste Consultation viermal höher,
 - c) wegen der Wundärzte hingegen
 - 1) für die Trepanation nicht sonderlich höher,
 - 2) für die Operationen der Thränen-Fistel, des grauen Staars, der Exstirpation eines Lippenkrebses, einer Operation der Mastdarm-Fistel und einer Pulsader-Geschwulst sogar ungleich niedriger,
 - 3) für die ersten Verbände einer Wunde wieder höher, und
 - 4) für alle die übrigen Bemühungen bald höher bald ausserordentlich niedriger
- ausfällt. Im Ganzen macht daher der Unterschied nicht so sehr viel aus.

§ 49.

Will man sich die Mühe geben, und mit der neuen Taxe auch (aus noch wohlfeilen Zeiten) die Taxen mehrerer deutschen Länder, z. B. von Jülich und Bergen, der Grafschaft Lippe und von Hannover, (wovon sich die erste in *Scherffs Archiv der medicinischen Polizei* Bd. III. 1785. S. 58 voll-

vollständig, die zweite eben so in den *Beiträgen zu diesem Archive* Bd. II. [Sammlung II. 1790 S. 4 und die dritte auszugsweise in *Hartenkeils Salzburger medicinisch-chirurgischer Zeitung* Bd. III. 1800 S. 367 abgedruckt befindet) vergleichen; so wird sich finden, daß die *hannöverische* Taxe meistentheils noch höher, jede der übrigen fremden Taxen aber meistens nicht viel niedriger als die neue Preussische sei. Was insbesondere *Wien*, einen Ort, wo, wie bekannt, das Medicinalwesen vorzüglich gut eingerichtet ist, betrifft; so giebt es dort, welches Manche aus Ursachen, die sich wohl hören lassen, eben so anderwärts eingerichtet wünschen, gar keine bestimmte öffentliche Taxe. Dem Herkommen gemäß aber konnte schon in den ältern Zeiten, als es dort noch ungleich wohlfeiler als in dem größten Theile Schlesiens war, ein Medicus, wie jeder in Wien studirte Arzt wissen wird, ohne Unterschied der Krankheit oder der Weite des Weges in der Stadt und den Vorstädten für jeden Besuch mit Einschluss des Receipts bei bemittelten Patienten Einen Dukaten und bei ärmern wenigstens Einen Gulden fordern. Jetzt werden also die preussischen Staaten überhaupt so wenig als Schlesien insbesondere übertheuert.

§ 50.

Ausserdem läßt sich nachfolgendes bemerken:
 a) Sind die in der Einleitung gerügten wechselseitigen Klagen der Patienten und Aerzte nach der
 Maas-

Maasgabe häufiger und lauter geworden, als im gemeinen Leben der Werth aller Dinge stieg. Es fiel in die Augen, daß die alte schlesische Taxe für solche Besuche und Bemühungen, welche nicht blos am Tage sondern auch zur Nachtzeit ganze Stunden und länger dauerten, keine angemessene Belohnung an die Hand gab, die Aerzte vielmehr gegen andere Subjecte, welche für ihre nur eben so lange dauernde minder wichtige Bemühungen und bloße Handarbeiten nicht selten noch einmal so viel erhalten, herabgewürdigt wurden. Die Collegia medica konnten daher, wie ihnen auch die Justizhöfe bei Bestimmung der Gebühren fleissiger Justizcommissarien zum Beispiele dienten, unter solchen Umständen nichts anders thun, als das doppelte oder wohl gar dreifache der Taxsätze den Medicinalpersonen unter dem besondern Titel *pro studio et labore* passiren lassen. Für die Recepte wurde sodenn immer noch besonders liquidirt. Alles dies fällt jezt aus dem Grunde hinweg, weil die neue Taxe den jetzigen Zeitumständen angemessen worden ist, und in dieser Rücksicht schon die höchsten Sätze enthält, auch in derselben (was mehrere Medicinalpersonen wohl beherzigen möchten) ausser den darin ausdrücklich bemerkten Fällen nirgends nachgegeben wird, bei wichtigeren als gewöhnlichen Vorfällen eine höhere Liquidation durchgehen zu lassen. Ausserdem war es

wenigstens in Schlesien bei der Unkunde der Existenz der sich vergriffenen alten in keiner Edicten - Sammlung aufzufindenden Taxe fast immer so Sitte des einigermaassen bemittelten Patienten, daß er dem Arzt entweder ein gewisses jährliches Fixum noch ausser der Vergütung der wirklich vorkommenden Curbemühungen zufließen liefs, oder ihm doch die Hälfte oder wohl gar das doppelte der Liquidation noch über deren Betrag verehrte. Man müßte die Menschen wenig kennen, wenn man bei dem so überhand genommenen Egoismus und der jezt selbst dem bemittelten Staatsbürger schwerer als sonst fallenden eigenen Subsistenz an die Fortdauer einer solchen Freigebigkeit der Patienten glauben wollte. Ueberhaupt giebt selten jemand aus Erkenntlichkeit mehr, als er gesetzlich muß, und ehemals war das letzte dem Publico nicht so bekannt als jezt.

§ 51.

Im Ganzen haben also die Medicinalpersonen jezt keinen Gewinn. Liquidirte nämlich ehemals z. B. ein Arzt 10 Gänge und 10 Recepte, für welche beide Gattungen von ärztlichen Geschäften dem Publico die Sätze vorzüglich zu hoch vorkommen; so betrug dies nach der alten schlesischen Taxe, die Krankheit mochte noch so wichtig sein, wenn sie nur nicht ansteckend war, und
der

der Arzt nicht reisen, noch in der Nacht aufgerufen werden durfte,

1) für den ersten Gang - — Rthlr. 16 Ggr.

2) für die übrigen 9 Besuche

ohne Recept zu 4 Ggr. - 1 - 12 -

3) für 10 Recepte zu 3 Ggr. - 1 - 6 -

zusammen also 3 Rthlr. 10 Ggr.

War nun die Krankheit und die Hülfe sehr wichtig, und mancher Besuch langdauernd, so wurden ihm pro studio et labore, wie gedacht, wenigstens noch einmal so viel, also doch 6 Rthlr. 20 Ggr. zugebilliget; nicht zu geschweigen, daß nicht selten auch das dreifache statt fand. Nach der neuen Taxe hingegen sind

1) für den ersten Besuch in nicht ansteckenden Krankheiten un-

ter gleichen Umständen - 1 Rthlr. 8 Ggr.

2) für jeden andern Besuch mit Einschluss des Recepts 12 Ggr.

bestimmt, welches also hier für

9 Besuche betrüge - - 4 - 12 -

Die ganze Rechnung würde also,

selbst bei der wichtigsten Krankheit,

da das Dupliren hinwegfallen muß,

jezt nur festzusetzen sein auf - 5 Rthlr. 20 Ggr.

Bei wichtigen Krankheiten erhält mithin, zumal auch bei den übrigen Sätzen der Taxe für die Aerzte fast das nämliche Resultat Platz greift, gegenwärtig der Arzt offenbar weniger als sonst.

§ 52.

b) Konnte der Arzt sonst bei *Reisen*, und zwar bei der Hinreise für jede Meile 1 Rthlr., ferner für jeden Tag, bis er wieder zu Hause kam, an Diäten 1 Rthlr. und für die Rückreise wieder eben so viel, wie bei der Hinreise, also 1 Rthlr. mithin, wenn er z. B. 3 Tage, mit Einschluss der Reise, in einer Entfernung von 8 Meilen abwesend gewesen war,

- | | | | | | |
|---|---|---|---|---|-------------------------|
| 1) für die Hin- und Herreise an Meilengeldern | - | - | - | - | 16 Rthlr. |
| 2) an dreitägigen Diäten | - | - | - | 3 | - |
| | | | | | zusammen also 19 Rthlr. |

noch ausser der freien Fuhre liquidiren. Die neue Taxe hingegen setzt für den gegebenen Fall

- | | |
|---|-----------|
| ad 1) blos für die Hinreise an Meilengeld | 8 Rthlr. |
| ad 2) an Diäten à 3 Rthlr. | - - - 9 - |
| zusammen nur 17 Rthlr. | |

also 2 Rthlr. weniger als die alte Taxe fest. *Der Arzt kann daher nur bei kleinern, aber nicht bei größern Reisen gegen ehemals etwas gewinnen.* Denn betrüge in dem vorbemerkten Falle die Weite nur eine Meile, so passirten nach der alten Taxe

- | | |
|---|---|
| ad 1) nur 2 Rthlr. und ad 2) 3 Rthlr., zusammen | 5 Rthlr., nach der neuen Taxe aber |
| ad 1) 1 Rthlr. und ad 2) 9 Rthlr. im Ganzen, also | 10 Rthlr., mithin 5 Rthlr. mehr, wie sonst. |

We-

Wenigstens steht hier der Gewinn mit dem Verluste dergestalt im Gleichgewichte, daß die Höhe der neuen Taxe den Arzt keinesweges besonders zu bereichern vermag. Wäre dies aber auch, so muß denn doch wieder darauf Rücksicht genommen werden, daß die Zehrung auf Reisen nunmehr ebenfalls ungleich kostbarer geworden sei, und daß bei kleinern Entfernungen der Patient, wenn er auch bei gleicher Zahl der Tage der Abwesenheit des Arztes von dessen Heimath mehr als bei größern Entfernungen zahlen muß, andererseits wieder den Vortheil einer längern Gegenwart des Arztes erlangt. Abzusehen ist es freilich nicht, warum nicht auch bei Rückreisen Meilengelder statt finden sollen, da zu solchen eben so viel Zeit- Zehrungs- und Körperkrafts-Aufwand nöthig ist, als zur Hinreise. Zufolge eines Resoluts des Collegii medici zu Breslau an den Adjunct zu Landshut vom 9. July 1807 hat man übrigens bei Reisen unter einer Meile die Berechnung der Meilengelder nach Viertel- Halben und Dreiviertel-Meilen und die Berechnung der Diäten nach Viertel, halben und ganzen Tagen, nach Maasgabe der bei der Reise und dem Geschäfte zugebrachten Zeit, für eine der Sache angemessene Norm erklärt.

§ 53.

Eben so ist auch

- c) die Abgeltung eines unbesoldeten Arztes, welcher einen *Physicum* (für den die neue Taxe überhaupt nichts bestimmt, mithin alles im Alten läßt) bei *Obductionen*, ohne ihm adjungirt zu sein, vertreten muß, nur um 12 Ggr. verschieden, da die alte schlesische Taxe dafür 4 Rthlr. und für das Gutachten 1 Rthlr. 12 Ggr. zusammen also 5 Rthlr. 12 Ggr., die neue Taxe aber überhaupt 6 Rthlr. festsetzt. Auch hier dürfte es sehr nöthig sein, daß der höchste Gesetzgeber bestimmte, wieviel unter diesen 6 Rthlr. auf eine bloße Besichtigung ohne Leichenöffnung und sodenn auf den Bericht über das eine oder das andere zu rechnen sei? Daß aber unter diesen 6 Rthlr. die Gebühren für das Gutachten oder den Bericht mit begriffen sind, scheint keinem Zweifel unterzuliegen.

§ 54.

Eine ähnliche Bemerkung gilt

- d) von *Briefen ohne Materialien*, wofür ehemals liquidirt werden konnte, da die neue Taxe bloß für Briefe *mit Materialien* etwas bestimmt, und man glauben will, daß ihr Still-schweigen für den entgegengesetzten Fall keinem Collegio medico die Festsetzung des Betrags einer andern Correspondenz erlaube.

War-

Warum sollte aber nicht auch für andere Briefe, wenn gleich nicht soviel, etwas anzusetzen sein?

§ 55.

Freilich sind

- e) die neuen Sätze für die *Chirurgen* fast alle ungleich höher, als sonst, und diese selbst gewissermaassen mit einer höhern Belohnung als die *Medici* bedacht. Man wird indessen auch bei den neuern Sätzen keine Unbilligkeit finden, wenn man nicht nur die jetzige mehrere Vollkommenheit und Kostbarkeit der chirurgischen Instrumente sondern auch den Umstand in Erwägung zieht, daß man in ältern Zeiten von manchen Operationen und Instrumenten noch gar nichts wufste, welche in neuern Zeiten mit so vielem Glücke zur Anwendung kommen, und in den ältern Taxen solchergestalt ausser aller Rücksicht bleiben mußten. Hätte die neue Taxe zugleich festgesetzt, was ein Chirurg für *Reisen zu Patienten liquidiren* dürfe; so wäre man der Verlegenheit überhoben, bei dem Mangel eines Gesetzes darüber sich bloß mit dem weiterhin (§ 70, 75, 77) näher bemerkten Princip auszuhelfen, daß in der Regel einem Chirurg nur die Hälfte des Satzes für den Medicum gebühre.

§ 56.

Eben so ungewiß bleibt

- f) es, in wiefern ein Wundarzt für eine und eben dieselbe Zeit, welche er bei einem Patienten zubringt, den Satz *für den Besuch* und zugleich den Satz *für den dabei etwa nöthig gewesenen Verband* ansetzen könne? Die meisten Stimmen sprechen für die Negative. Denn, wenn auch in der neuen königl. Taxe besondere Sätze für einen Verband und einen chirurgischen Besuch und zwar für den erstern weniger Groschen als für den letztern bestimmt werden; so geschieht doch solches nach schlichter Auslegung gewiß nicht zu Gunsten der Affirmative. Auch wird von keiner Medicinalbehörde, so viel bekannt ist, einem Arzte bei dem Satze für einen mit einem Recepte verbundenen Besuch etwas über diesen Satz zugestanden, wenn er auch noch so viele Recepte aufgesetzt haben sollte. Aus gleichem Grunde dürfte daher kein Chirurg jenen Doppelsatz verlangen können. Denkt man sich bloß die Fälle wo der Chirurg genöthigt ist, ausser seiner Wohnung einen Patienten zu bedienen, so ist es freilich nicht anzunehmen, daß die Gesetzgebung für einen bloßen Gang ohne Verband mehr bestimmt haben sollte, als für einen Verband, welcher in diesen Fällen ohne einen Gang nicht möglich ist.

Es

Es findet daher wohl keine andre Auslegung als diese statt, daß der Satz für den bloßen Verband eigentlich wohl nur dann, wenn der Patient in der Wohnung des Chirurghi selbst sich verbinden oder doch untersuchen läßt, der Satz für den Gang allein aber nur dann gelte, wenn der Chirurg genöthigt ist, einen Besuch aus seiner Wohnung zu machen, es sei solcher mit einem Verband verknüpft oder nicht.

§ 57.

Bei dem allen wird man

- g) nicht vergessen, daß besonders die Aerzte und Wundärzte gegenwärtig zu ihrer fortschreitenden Ausbildung ungleich theurer Hilfsquellen bedürfen. Eben so wenig kann man es den Medicinalpersonen in Schlesien zu einem Fehler anrechnen, wenn sie sich gegen die in andern preussischen Provinzen nicht zurückgesetzt sehen, und also auch in ihrer Provinz die neue Medicinaltaxe eingeführt wissen wollen. Zwar giebt es, wie wenigstens in der schon angeführten Abhandlung des Geheimen-Raths und Leibarztes *Dr. Frank* über die Zwistigkeiten der Aerzte und ihre Ursachen (*Archiv der medicinischen Polizei* von *Scherf* 1783 Bd. I. S. 143) bemerkt wird, immer noch Financiers und Politiker, welche es für das beste Mittel, gute Aerzte

zu erhalten, erachten, wenn man einen grossen Theil derselben verhungern lasse. Frank weiß aber dieser schönen Maxime zu begegnen, und schwerlich möchte man es Medicinalpersonen im Ernst zur Pflicht machen wollen, deswegen zu darben, weil vielleicht manche andre Classe von Staatsdienern weniger, als es wohl zu wünschen wäre, bedacht wird. Ein Staat wird um so schlechter verwaltet, je geringer seine Diener besoldet werden. Der Staat muß daher gewinnen, wenn ihre Subsistenz verbessert wird. Die Natur der Sache und die Erfahrungen bestätigen diese Sätze, welche sich daher durch keine Sophisterei weg disputiren lassen.

§ 58.

Endlich hebt

- h) nach rechtlichen Grundsätzen ein neues allgemeines Gesez die in demselben ganz unberührte Dispositionen eines ältern eben so allgemeinen Gesetzes keinesweges und insbesondere (allgem. Preuß. Landrecht, Einleitung § 61) die eignen Gesetze einer zu einem aus mehreren Ländern bestehenden Staate gehörigen Provinz nur in sofern auf, als diese Aufhebung ausdrücklich verordnet wird. Das erste ist der Fall in Ansehung der allgemeinen im Jahre 1725 für sämtliche
- che

che damalige preussische Staaten vorgeschriebenen Medicinal-Ordnung, daß daher auch dasjenige noch nicht für aufgehoben angesehen werden kann, was sie S. 19 No. 6. über die Gränzen der Medicinal-Liquidationen enthält, wonach nämlich *die Taxe nur von bemittelten Patienten strenge gefordert werden kann*. Das zweite hingegen ist der Fall mit der schlesischen Gen. Medicinal-Ordnung von 1744, daß also unter andern auch dasjenige noch immer gelten muß, was deren § 38 festsetzt. Dort wird es den Medicinalpersonen zur Pflicht gemacht, sich in ihren Kenntnissen immer mehr zu vervollkommen, *auch dem Armen so gut, wie dem Reichen, und zwar dem erstern unentgeltlich, beizuspringen*. Bei dem zeitherigen Misverhältnisse der Belohnung gegen die kostbare Subsistenz konnte jedoch nicht mit zu großer Strenge auf die Befolgung dieser gesetzlichen Disposition gehalten werden. Jetzt, da der alte Einwand einer zu niedrigen Taxe für Bemühungen bei bemittelten Personen wegfällt, dürfte dies eher der Fall, mithin wenigstens das ganz arme Publikum besser als sonst, dran sein.

§ 59.

Soviel sich aber auch solchergestalt für die neue Taxe sagen läßt, so muß man doch ge-

stehen, daß künftig eben in dem Maasse, wie nach der vorstehenden Auseinandersetzung der Arzt in Rücksicht auf seinen reichen Patienten wenig gewinnt, oder wohl gar verliert, eben so auch der sogenannte, zwischen dem Reichen und Armen stehende *Mittelmann*, welcher in der Welt ohnehin fast immer zu kurz kommt, gegen ehemals, in sofern schlimmer dran sei, als der Arzt auch von diesem, so wie von dem Reichen, nach der neuen Taxe die erhöhten Sätze fordern zu können glaubt. Dieser üblen Folge vorzubeugen, giebt es nur zwei Mittel. Entweder es finden bei den Festsetzungen noch gewisse *Mittelsätze statt*, oder die *Medicinalpersonen selbst liquidiren nur bei notorisch vermögenden Patienten streng nach der neuen Taxe*. Freilich würde in beiden Fällen immer noch die Verlegenheit, das Vermögen des Patienten nicht genau abschätzen zu können, übrig bleiben. Auf eine ängstliche Abwägung der Vermuthungen für oder gegen die Wohlhabenheit derselben käme es aber keinesweges, sondern nur auf die den jedesmaligen Umständen anzumessende Ueberlegung an, in wiefern eine entgegengesetzte Procedur das Publikum nicht noch mehr den Pfüschern in die Hände geben möchte. Allerdings aber dürften die schlesischen Collegia medica zu dergleichen Mittelsätzen schon deshalb befugt sein, weil nach des Verfassers mehr bemerktem Werke über die
schle-

schlesische Medic. Verf. Th. I. § 21 S. 17 seq. die gedachtermaassen noch nicht aufgehobene Medicinal-Ordnung der übrigen preussischen Staaten vom Jahre 1725 in subsidium auch in Schlesien ihre Anwendung findet, und deren schon angezogene No. 6 S. 19 ausdrücklich festsetzt, *dass die Taxe eigentlich nur wegen solcher Patienten zur Richtschnur dienen solle, welche in einem ziemlichen Stande und genug-samer Nahrung sitzen.* Man lese deshalb auch den Aufsatz im *allgemeinen Anzeiger der Deutschen*, Jahrgang 1800 No. 330, nach.

§ 60.

Bei dieser Lage der Sache fragt es sich, ausser dem Wunsche für eine nähere Bestimmung der Sätze für die chirurgischen Reisen, nur noch

- 1) was kann ein *Chirurg* für *innerliche Curen*, in sofern er unter gewissen Umständen allerdings zu solchen befugt ist,
- 2) was ein *Arzt des Auslandes*, welcher einen hierländischen Patienten in einem auswärtigen Badeorte in der Cur hat, fordern?

§ 61.

ad 1) ist nirgends etwas gesetzlich deshalb verordnet. Man muss sich daher nach einer Antwort des Collegii medici zu Breslau an das königl. Ober-Berg-Amt daselbst vom 1. März 1796 zur Zeit noch mit nachstehen-

stehender Distinction behelfen. Die Befugniß eines Chirurgen zu innerlichen Curen kann nämlich theils aus der Nothwendigkeit der Umstände, wenn z. B. in der Geschwindigkeit kein approbirter Medicus zu erlangen ist, theils aus seiner ausdrücklich auch auf die innere Praxis von dem Collegio medico erfolgten Approbation entspringen. In *diesem* Falle kommt ihm, (denn er wandte zur Erlangung einer solchen Approbation mehrern Fleiß und mehrere Kosten an) alles dasjenige *ganz*, im *ersten* Falle aber nur zur *Hälfte* zu, was ein Medicus selbst liquidiren darf.

§ 62.

ad 2) Fehlt es zwar ebenfalls an einer besondern gesetzlichen Bestimmung. Es läßt sich aber auch keine von Wirkung denken. Denn der Ausländer hat sich in seinem Lande nur nach den dort geltenden Vorschriften und nicht nach den Gesetzen ausser demselben zu richten. Aus der Natur der Sache würde sich daher immer wenigstens der Grundsatz annehmen lassen, daß ein dergleichen Patient, selbst wenn er in seiner Heimath gerichtlich über seine Curschuld belangt würde, den fremden Arzt nach der Taxe seines und nicht des hiesigen Landes befriedigen, und alles dasjenige in einem solchen

chen

chen Falle statt finden müsse, was sich aus unsern einheimischen Gesetzen von der Verbindlichkeit der im Auslande geschlossenen und bereits einerseits erfüllten Verträge § 165 und 252 seq. Tit. V. Th. I. des allgemeinen Land-Rechts analogisch folgern läßt.

§ 63.

Zu dem allen gehören hierher noch folgende *erst* nach Emanirung der neuen Medicinaltaxe bestimmten *Principien*.

- (1) Sind durch das Rescript der königl. breslauer Cammer vom 14. Novbr. 1806 einstweilen zur Honorirung der ärztlichen Bemühungen *bei allgemeinen Orts-Epidemieen unter Menschen* den Physikern ausser der freien Fuhre noch *zwei Reichsthaler* und den besoldeten Chirurgen die Hälfte davon an Diäten, den in öffentlichem Gehalte nicht stehenden Aerzten aber, bei ebenfalls freier Fuhre, *vier Reichsthaler* und den unbesoldeten Chirurgen die Hälfte davon an Diäten bewilliget worden. Nach der Meinung des Collegii medici zu Breslau in einem Schreiben an das Collegium medicum zu Glogau vom 14. Sept. 1808 sind diese 4 Rthlr. Diäten bei freier Fuhre auch jedem stellvertretenden Arzte, ohne Rücksicht auf seine anderweitigen Dienstverhältnisse, in dergleichen Angelegenheiten zuzubilligen. Die Consilia werden dabei mit Einschluss der
- Recepte

Recepte wie materielle Briefe beurtheilt, und ohne Rücksicht auf die Anzahl der Recepte finden gedachte Collegia medica den höhern Satz von *zwei Reichsthalern* für ein dergleichen Consilium nicht unbillig. Es versteht sich von selbst, daß in solchen Fällen die Bemittelten unter den Kranken, welche der Grundherrschaft mit den Verpflegungskosten nicht zur Last fallen, weder von dem Physico noch von dessen Stellvertreter eine unentgeltliche Belohnung verlangen können. Um jedoch selbst bei den Bemittelten der Unbilligkeit Grenzen zu setzen, werden für jeden Besuch bloß 16 Ggr. sonst aber keine Diäten und Reisekosten in sofern zugestanden, als der Arzt für die gleichzeitigen Besuche bei den Armen am Orte die obengedachte Remuneration erhält.

§ 64.

- (2) Ist wegen der verschiedenen Meinung der Medicinalbehörden in Betref der *Zulässigkeit der Vervielfältigung der Liquidationen für Besuche bei mehrern Patienten in einem und eben demselben Zimmer zu einer und eben derselben Zeit*, auf die Anfrage des Collegii medici zu Breslau die dasige königl. Cammer mittelst des Rescripts vom 31. Aug. 1808 und das Glogausche Collegium medicum laut dessen Antwort vom 1. Oct. d. a. dem Gutachten des

des königl. Ober-Collegii medici zu Berlin beigetreten,

- a) dafs, wenn ein Arzt in einem und eben demselben Zimmer mehrere Mitglieder einer Familie zu behandeln hat, er, in sofern die Anzahl derselben nicht über drei betrage, nicht für jeden einzelnen Kranken den bestimmten Visitensatz anrechnen könne, sondern sich mit dem für eine Consultation mit einem andern Arzte bestimmten Satze à 16 Ggr. begnügen müsse. Betrage die Anzahl aber *mehr als drei* Personen, so müsse ihm für jeden Besuch das doppelte des gewöhnlichen Visitensatzes, nämlich 1 Rthlr. bewilligt werden;
- b) dafs die Dauer eines Krankenbesuchs sich zu keiner besondern Bestimmung des Honorars qualificire, sondern vielmehr der Gewissenhaftigkeit und dem guten Willen des Arztes überlassen werden müsse, wofür er aber keine besondere Remuneration verlangen könne.

Die leztre Bestimmung sub litt. b) ist etwas dunkel. Sie erhält aber dann das nöthige Licht, wenn auf die beiden Fragen Rücksicht genommen wird, welche bei allen diesen Erörterungen zum Grunde lagen, und so lauteten:

- α) Kann der Arzt so viele einzelne Besuche liquidiren, als unter den angegebenen Umständen Patienten in eben dem Zimmer von ihm zu besorgen waren, oder, wenn dies nicht so sein sollte,

β) we-

β) wenigstens für eine dergleichen mehrere Patienten zugleich angehende Visite nach Maasgabe des mehreren oder wenigern Zeitaufwandes mehr fordern, als der Taxsatz für einen einzelnen Besuch beträgt?

Da nun jene Entscheidungen die erste Frage (nur mit gewissen Einschränkungen) einigermaßen bejahen, so fällt die zweite Frage von selbst weg, und bleibt es daher dabei, daß der Visitensatz an sich selbst nicht erhöht, wohl aber für mehrere als drei Patienten das Duplum liquidirt werden könne, der Besuch möge nach der vom Gewissen des Arztes abhängenden Beurtheilung der Nothwendigkeit noch so lange gedauert haben. Dies und nicht mehr will also jene Bestimmung sub litt. b) sagen.

§ 65.

(3) Haben sich beide schlesische Collegia medica laut der Correspondenz d. d. Breslau den 2. und Glogau den 28. Novbr. 1808 darüber geeinigt, *daß dem praktischen Arzte für jeden nach der ersten Visite bei einem Kranken innerhalb der Stadt oder Vorstadt zur Tageszeit in einer gewöhnlichen Krankheit gemachten Besuch 12 Ggr. zu fordern freistehe, er möge während derselben kein oder ein oder mehrere Recepte verschreiben.* Aus dieser Bestimmung würde zwar folgen, daß unter andern als den angegebenen Umständen
auch

auch anders liquidirt werden könne. Der Grund davon würde aber nicht einzusehen sein.

§ 66.

Ist sodann

ad II) zuörderst

(I) von der Vergeltung der *Geschäfte eines Physici und des ihm beistehenden Chirurgi die Rede*, so muß zuörderst bemerkt werden, daß die neue Taxe von 1802 von dieser Vergeltung nichts sagt, und es mithin bei der alten Provinzial-Verfassung bleibt. Deshalb aber ist bei diesen Geschäften nach wie vor zu unterscheiden, ob sie

- α) entweder *gerichtliche Besichtigungen und Obductionen* oder
- β) nur bloße *Sanitäts-Angelegenheiten* betreffen.

Nun enthält zwar alles, was sich über beide Fälle anführen läßt, bereits umständlich des Verfassers Darstellung der schlesischen Medicinal- und Sanitäts-Verfassung, und, da dies Werk zu jeder Physicats-Registratur als ein eiserner Bestand angeschafft worden ist, so kann sich jeder hierher zu rechnende Liquidant daraus sehr leicht selbst genauer unterrichten. Weil es hier aber auch die Honorirung der assistirenden Chirurgen und anderer den Physicum bei dessen Abhaltung vertretenden Medicinalperso-

personen betrifft, welche nicht immer gedachtes Werk zur Hand haben; so wird es nöthig sein, hier daraus wenigstens dasjenige auszuziehen, was jenes Werk über diesen Gegenstand § 379 bis 384 und § 313 verhandelt.

§ 67.

Was nämlich

ad α) zuerst

$\alpha\alpha$) die Belohnung der bloßen *Besichtigung eines Inquisiten vor seiner Ablieferung in das Arbeitshaus* betrifft; so setzt das Cammer-Circular Glogau den 3. März 1796 und das höhern Orts genehmigte Circular des breslauschen Collegii medici vom 29. Mai 1800 dieses fest:

A) Wenn der Inquisit *Vermögen besitzt*, so wird derselbe

a) entweder dem Physico an seinem Wohnorte gestellt — hier erhält der Physicus für die Besichtigung und das Attest zusammen ohne Rücksicht, woher der Inquisit gebracht wird, *Einen Reichsthaler*, — oder es wird

b) der Physicus zu dem Geschäfte an einen andern Ort, sei es welcher es wolle, abgeholt, oder wenigstens dahin verlangt. Hier erhält er zuvörderst die *freie Fuhre*, und die in der Medicinal-Taxe und Observanz gegründeten *Meilen- oder Reise-gelder*, ausserdem aber noch

1) wenn

- 1) wenn der Ort nicht über zwei Meilen entfernt liegt, an Geld überhaupt *Einen Reichsthaler*,
- 2) wenn die Reise über zwei Meilen geht, nicht nur gedachten *Einen Reichsthaler*, sondern auch für jede Meile *noch Sechs gute Groschen Zusatz*.

§ 68.

Ist aber

B) der *Inquisit unvermögend*, so trägt die Kosten

AA) entweder der *publike Fond*, oder ein *königl. Domainen-Amt*, und hier erhält der *Physicus* mit oder ohne Besoldung ausser der freien Fuhre bei Reisen *nichts*.

Oder es trägt

BB) ein *Dominium* oder eine *Stadt-Cämmerei* die Kosten. Ist dies, und es hat

1) der *Physicus Gehalt*, so gebührt ihm

a) wenn es ein *Dominium* oder eine *Cämmerei* in seinem Bezirke betrifft, und

aa) der *Inquisit* am Wohnorte gestellt wird, ebenfalls *nichts*, wenn

bb) der *Physicus* aber an einen andern Ort hinreisen muß, ausser der freien Fuhre weiter nichts als *Ein Reichsthaler*.

Betrifft es

b) jedoch ein *Dominium* oder eine *Stadt* ausser dem Bezirke des *Physici*, so erhält er, wenn

aa) der

- aa) der Inquisit gestellt wird, überhaupt
12 Ggr. und
 - bb) wenn er reisen muß, ausser der freien
Fuhre
 - a) bis zwei Meilen, überhaupt noch
1 Rthlr.
 - b) über zwei Meilen ausser dem 1 Rthlr.
noch 6 Ggr. für jede Meile Zusatz.
- Hat aber
- 2) der Physicus *keinen Gehalt*, so erhält er
in jedem Falle die Sätze sub No. 1. litt. b.

§ 69.

Werden dem Physico bei diesen Reisen die von ihm verlangten Fuhren nicht gestellt, so daß er genöthigt ist, Extrapost oder eine andre Fuhre zu nehmen; so versteht es sich von selbst, daß er den Betrag dafür vergütigt erhält, jedoch passiren, wenn er allein reiset, nur 2 Pferde.

§ 70.

Blosse Medici und Regimentschirurgen werden wie die unbesoldeten Physici belohnt. *Wundärzte* dürfen nur dann zu dergleichen Besichtigungen und Attesten zugezogen werden, wenn der Physicus oder Medicus bei seiner Untersuchung äusserliche Gebrechen entdeckt hat. In Ansehung ihrer Belohnung dafür richten sie sich lediglich nach den für die Physicos vorstehendermaassen bestimmten Sätzen, je nachdem sie, wie diese,
Ge-

Gehalt ziehen, oder nicht. Jedoch erhalten sie da, wo dem Physico etwas an Gelde zugebilliget wird, nur die Hälfte des Satzes.

§ 71.

ββ) In Ansehung *aller andern Besichtigungen und der Obductionen* hingegen schreibt

A) für die *Physiker*

AA) wenn die zu besichtigende oder zu obducirende Person *Vermögen besitzt*, die Gen. Med. Ordnung § 22 und 23,

a) *überhaupt das Herkommen zur Richtschnur* vor, in dessen Rücksicht

1) in Absicht der Kosten *im allgemeinen* durch die Cammerverordnung vom 8. Januar 1753 (alte Kornsche Edictensammlung IV. 817) und die Correspondenz der beiden königl. Cammern im Mai und Juni 1759 auf die Sätze von 1744 verwiesen wird,

2) in Ansehung der *Reisefälle* aber ex observantia und auf den Grund der Correspondenz zwischen den beiden Collegiis medicis im Jahre 1747, noch ausser der freien Fuhre oder der Vergütung der Extrapost auf 2 Pferde und den herkömmlichen Meilengeldern à 1 Rthlr. täglich an Diäten 1 Rthlr., für die Besichtigung und für den Bericht zusammen 1 Rthlr. 12 Ggr., für die Obduction und Section aber ausserdem noch 4 Rthlr. und für den Bericht darüber 1 Rthlr. 12 Ggr. liquidirt werden können.

Es

Es dürfte wohl keinem Zweifel unterworfen sein, daß es, nachdem die neue Taxe auch in Schlesien eingeführt ist, wenigstens hier nicht mehr auf die alte schlesische Gen. Med. Ordnung oder das zeitherige nur aus Noth angenommene Herkommen ankomme, sondern die neue Taxe allein ihre Anwendung finde.

§ 72.

Dagegen kann als noch nicht aufgehoben,

- b) insbesondere wegen der *Gesundheits-scheine*, welche ein jeder, der sich bei der *allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt* zu Berlin intressiren will, beibringen muß, das C. C. Br. 23. Febr. und Gl. 6. März 1776 angesehen werden, nach welchem der *Physicus* nicht mehr als 16 Ggr. überhaupt fordern, wohl aber das mehrere, welches freiwillig entrichtet wird, nehmen darf.

§ 73.

Ist aber

BB) die zu besichtigende oder obducirende Person *arm* und

- 1) der *Physicus* wird *nicht besoldet*, so fehlt es zwar an gesetzlicher Bestimmung, aber nicht an Gründen, daß ihm eben das zu gute komme, was die vorigen §§ für die unbesoldeten Aerzte nachweisen. Eine
an-

andere Frage, welche aber schon im ersten Abschnitte erörtert ist, bleibt es, wer dann bezahlen müsse? Man sehe besonders dasjenige nach, was im § 10. seq. wegen solcher Remunerirungen bemerkt ist.

§ 74.

Wird jedoch

2) der *Physicus besoldet*, so ist

a) entweder von einem *Creis-Physico* oder

b) von einem *Stadt-Physico* die Rede.

Für den *ersten* Fall verordnet die schlesische Gen. Medic. Ordnung § 22.

dafs die requirirende Gerichtsbarkeit dem *Physico* ausser der freien Fuhre täglich 1 Rthlr. Diäten bezahlen soll.

Im *andern* Falle hingegen soll nach dem § 33. litt. c. wenn die Obduction auf Erfordern des den *Physicum* salarirenden Magistrats geschieht, jener schuldig sein, dieselbe gratis zu verrichten. Nirgends ist indessen gesetzlich bestimmt,

a) was in Absicht der sonst von dem persönlichen *Foro eximirten* Inquisiten statt finde, und

b) ob unter dem Ausdrücke: Gerichtsobrigkeit, auch die königl. *Domainen-* und *Invaliden-Aemter* so wie die *Immediat-Cämmerien* in Absicht ihrer zum *Creis-Physicats-Sprengel* gehörigen Güther zu verstehen sind?

Die schon angeführte Cammerverordnung vom 8. Januar 1753 setzt blos fest, daß, sobald der publike Fond die Kosten trägt, nichts passiert. Indessen scheinen die königl. Cammern in Schlesien

ad a) die Eximirten in soweit als andere nicht eximirte Personen anzusehen, bei der Frage aber

ad b) wenigstens die königl. Domainen-Aemter von dem Begriffe der gewöhnlichen Gerichtsobrigkeiten auszunehmen, und bei jenen die Grundsätze anzuwenden, welche bei dem publiquen Fond statt finden.

§ 75.

B) Die *Chirurgen* erhalten nach der gedachten Correspondenz von 1747, der Observanz, dem Fin. Min. Rescript vom 25. und Bresl. Cammer-Rescripte vom 29. Sept. ej. an. auch Cammer-Circulare Glogau den 3. März 1796 in allen Fällen die Hälfte dessen, was nach der obigen Erörterung die *Physici* zu fordern berechtigt sind. Sollte nun der Fall eintreten, daß, wie gewöhnlich, der *Physicus*, aber nicht der *Chirurgus*, besoldet wäre; so dürfte dieser wohl die Hälfte dessen, was nach dem § 73. einem unbesoldeten *Physico* zukommt, zu liquidiren berechtigt sein. In Criminalfällen setzt jene Halbscheid besonders
das

das Inquisitor-Reglement d. d. Berlin 13. Aug. 1750 § 11. No. 7. (alte Kornsche Edict. Samml. V. 478) ausdrücklich fest. Da dort jedoch nicht besonders bestimmt wird, daß, wenn der Chirurg auch nicht besoldet sein sollte, derselbe in Criminalfällen sich mit der Halbscheid desjenigen, was einem besoldeten Physico ausgemessen ist, zu begnügen habe; so ist billig anzunehmen, daß einem unbesoldeten Chirurgo auch in solchen Fällen die Halbscheid der Sätze eines unbesoldeten Medici zukomme.

§ 76.

Insbesondere gehört

C) hierher wegen der *Juden*

- 1) das Cammer-Circular, Breslau 22. April 1801, wonach keine jüdische *Leiche* ohne ein von einem Arzte oder Chirurgo ausgestelltes Attest, daß die Zeichen des Todes wirklich bei derselben eingetreten sind, vor Ablauf der bestimmten 3tägigen Frist begraben werden darf;
- 2) die auf eingefordertes Gutachten des bresl. Collegii medici, nur mit einiger Abänderung, erfolgte Cammer-Verordnung Breslau und Glogau 22. Decbr. 1801.

daß für *diese Besichtigung* und *das Attest* ohne Rücksicht auf Besoldung

a) der Arzt

1) von ganz armen Juden 16 Ggr.

2) von denen, welche wenigstens
einiges Vermögen hinterlassen,
1 Rthlr. 16 Ggr.

3) von notorisch reichen Juden aber
3 Rthlr.

b) der Chirurgus aber $\frac{2}{3}$ dieser Taxe ha-
ben solle.

§ 77.

ad β) In *bloßen Sanitäts-Angelegenheiten* erhalten die *Physiker* (die assistirenden Chirurgen nach den schon oben angeführten Verhandlungen die Hälfte)

a) bei *Seuchen* und *Contagions* unter *Menschen* oder *Vieh*, wenn sie *besoldet* sind, nach dem § 22. der schlesischen Gen. Med. Ordnung weiter nichts als freien Vorspann. Jedoch wird solchen *Physicis* im Glogau-schen Cammer-Departement laut Cammer-Circular Glogau den 25. August 1747 für die Besichtigung einer aus Pohlen kommenden Heerde *Vieh*, welche 10 Stück und darunter beträgt, der Satz von 6 Ggr., für eine solche Heerde aber, welche größer ist, die Anzahl sei übrigens so groß als sie wolle, der Satz von 16 Ggr. für die Ertheilung des Gesundheits-Passes, im breslauschen Cammer-Departement hingegen laut bresl. Cammer-Rescripts 15. Decbr. 1798
für

für die Besichtigung des aus Südpreußen kommenden Viehes ausser dem freien Vorspann auf 2 Pferde auch noch 1 Rthlr. an Diäten zugebilliget. Jene Disposition von 1747 ist indessen durch das C. C. Glogau 4. Decbr. 1750 dahin declarirt worden:

- 1) wenn der Creis-Physicus nur die Besichtigung des Viehes verrichtet, so soll demselben, da ihm diese Verrichtung vigore officii obliegt, und er ein fixum Salarium genüßt, kein Douceur oder Diäten deshalb gereicht werden, sondern er ist schuldig, das Vieh ex officio zu besichtigen, und die Gesundheitspässe gratis zu ertheilen. Falls er aber
- 2) zu solchem Behuf extra Domicilium in oder ausserhalb Landes eine Reise thun muß, so bekommt er täglich an Diäten 16 Ggr., welche ihm aus der Creis-Casse auf Assignation der Krieges- und Domainen-Cammer, wenn die Liquidation eingesandt, bezahlet werden sollen. Auch wird ihm das benöthigte Vorspann dazu verabfolgt.

Sind die Physiker aber nicht *besoldet*, so dürfte wohl eben dasjenige Platz greifen, was bei Gelegenheit des im Lublinitzer Creise bei einer Vacanz des dasigen Creisphysikats durch den benachbarten Physicum des Beuthenschen Creises untersuchten Viehsterbens vermöge des bresl. Cammer-Rescripts vom 19. März 1794 stattfand.

fand. Es wurde nämlich diesem Physico für gedachte Bemühung eben das zugestanden, was jeder Arzt nach der schlesischen Gen. Medic. Ordⁿ in Privatangelegenheiten fordern kann, an deren Stelle also jetzt die neue Taxe eintritt.

b) In Ansehung der *Curen der Armen* und *Revisionen der Hospitäler* hingegen sollen die Physici, besoldet oder nicht, nach der Meinung des Cammer-Ressorts in der Regel *nichts* liquidiren können. Man sehe auch den § 13 und 18 nach.

Indessen ist in neuer Zeit, man sehe oben den § 19 und 63 nach, auch der besoldete und unbesoldete Arzt bei Menschen-Epidemieen besser bedacht worden.

§ 78.

(II.) (§ 66) In allen *andern öffentlichen Fällen* setzt (ausser den in der neuen Taxe von 180 $\frac{2}{3}$ befindlichen Sätzen für die Untersuchung einer Schwangern und die Abstattung des Berichts darüber) keine Medicinal-Taxe etwas für die Abwartung *gerichtlicher Termine* oder für ein Gutachten oder für die *Correspondenz* fest. Es sind daher dergleichen Liquidationen zeither nur nach Gutdünken festgesetzt worden, je nachdem die Sache wichtig, langwierig, verwickelt und derjenige, welchem die Bezahlung der Gebühren oblag, arm oder reich war. Die
Reise-

Reise- und Zehrungs-Kosten werden nach dem Justiz-Sportul-Reglement für die Landes-Justiz-Collegien von 1787 beurtheilt. Sehr nöthig würden nähere gesezliche Bestimmungen über dies alles sein.

§ 79.

Was endlich

ad III. (§ 41) die Remunerirung eines *Adjuncts des Collegii medici* betrifft, so findet solche entweder

- a) in Ansehung der Prüfung, Approbation und Vereidung der Medicinalpersonen oder deren Reprobation, oder
- b) wegen Untersuchungen und prozessualischer Verhandlungen, oder
- c) wegen anderer Geschäfte statt.

§ 80.

Zu den Registraturen der sämmtlichen Adjuncten, wenigstens des breslauschen Cammer-Departements, ist jedoch das mehr angezogene Werk des Verfassers über die schlesische Medicinalverfassung angeschafft worden, und daher, da ein dritter hier eben nicht eines besondern Unterrichts daraus bedarf, und dieser Gegenstand eigentlich überhaupt nicht in diese Schrift gehört, nur nöthig, die Herren Adjuncten selbst wiederholt

ad a)

ad a) auf die § 613. bis incl. 616. S. 644 seq.

ad b) aber auf den § 617. S. 647 § 657. S. 677
und § 659. S. 679 und

ad c) auf den § 654. S. 674
aufmerksam zu machen.

Es wird jedoch frommen, daraus auszugsweise wenigstens folgendes anzuführen. Nach der Sportul-Taxe von 1746 kann ein Adjunct für einen *Bericht* 6 bis 16 Ggr. liquidiren. Dies gilt auch von *Attesten*. Für einen *Brief* ohne Materialien werden 4 bis 6 Ggr. nachgegeben, und der mit Materialien als ein Gutachten angesehen, für welches nach dem Herkommen 1 bis mehrere Reichsthaler den Umständen gemäs bestimmt sind. Von den *Reise- und Zehrungs-Kosten* gilt in der Regel das, was schon oben sub (II) § 78 bemerkt ist, und an Commissions-Termin-Gebühren erhält ein Adjunct soviel als ein Mitglied eines Collegii medici. Diese Gebühren setzt zwar die Sportul-Taxe von 1750 nur auf 1 Rthlr. fest. Dafs jezt aber die Sätze eines Commissarii aus der mehr angezogenen allgemeinen Justiz-Sportul-Taxe von 1787 Anwendung finden, unterliegt keinem Bedenken.

§ 81.

Noch ist aber

ad a) zu bemerken, dafs nach der Observanz,
im Fall ein *geprüftes Subject* wegen Mangel

gel an Kenntnifs oder aus andern Ursachen von aller Praxis *abgewiesen* werden mufs, sodann ein Adjunct nur die Hälfte der Sätze erhält, in sofern dem Examinato nicht wegen seiner Dürftigkeit alles bis auf die Canzellei-Gebühren erlassen werden mufs. Was insbesondere

ad c) die Abgeltung eines Adjuncts oder Physici betrifft, welcher eine zwar noch in seinem Inspections-Districte, aber ausser seinem Wohnorte, befindliche *Apotheke* zu der *gesezmässigen bestimmten Zeit* revidirt: so lautet eine Resolution des bresl. Colleg. med. an den Adjunct zu Leobschütz vom 15. Novbr. 1802 wörtlich dahin:

dafs einem solchen Adjunct ein freier Vorspann auf 2 Pferde so gut wie einem Kreis-Physico gebühre, und deshalb sich jedesmal nur bei dem Herrn Kreis-Land-Rathe vorher gehörig zu melden sei, indem die zu revidirende Apotheke dazu ausser den extraordinairten Visitationen nichts beizutragen habe. Was hingegen die *Reisediäten* betreffe, welche die Apotheke noch ausser den gewöhnlichen Revisions-Juribus des Collegii medici zu berichtigen sich nicht entschlagen dürfe; so könnten einem Adjunct für einen ganzen Reisetag nur 1 Rthlr. 12 Ggr. zugebilliget werden.

Ist aber die Rede von einer *extraordinairen Apotheken-Revision*, so hat der Apotheker dazu entweder selbst hinreichenden Anlaß gegeben, oder die Veranlassung gründet sich blos auf einen unbescheinigten Verdacht gegen ihn. Im ersten Falle fallen ihm, im letztern Falle hingegen demjenigen, welcher die Ursache der unnöthigen Visitation war, die Gebühren und etwanigen Reisekosten des Commissarii zur Last. Kann die Culposität nicht ausgemittelt werden; so tritt die Disposition, der schlesischen Gen. Med. Ordn. § 56 ein, nach welcher alle Gebühren wegfallen. Da jedoch zu solchen ausserordentlichen Visitationen kein freier Vorspann gereicht wird; so dürften die Apotheker selbst im letzten Falle wenigstens die Reisekosten des Commissarii bezahlen, weil es ihnen beim Publiko zum Vortheil gereicht, wenn auch durch ungewöhnliche Revisionen ihre Officinen tadellos befunden werden.

§ 82.

Es bleibt nur noch ein Wort über die *Münzsorte* zu sagen übrig, in welcher die Medicinal-Liquidationen festzusetzen sind. In der Regel werden nicht blos die Amtsgebühren der Adjuncten, Physiker und Kreis- oder Amts-Chirurgen, so wie die Gebühren der übrigen Medicinalpersonen für ihre Besichtigungen und Gutachten in Gerichtsfällen, sondern auch die Sostra so gut wie die Honorare der Justizcommissarien als Spor-

Sportuln angesehen. In dieser Hinsicht aber sind die Grundsätze der schlesischen Ober-Landes-Behörden nicht gleich. Denn bei den Landes-Justiz-Collegien müssen die Sportuln schlechterdings in Courant bezahlt werden. Die königl. Cammern (jezt Regierungen) hingegen lassen auch dafür Scheidemünze nur mit 50 pro Cent Agio annehmen, wenn gleich das Courant gegen die Münze noch höher steht, und selbst das allgemeine Landrecht Th. I. Tit. XVI. § 76 und 77. Zahlungen über 30 Rthlr. auf Courant bestimmt. Da bei der jetzigen neuen Organisirung des Medicinalwesens alle dahin gehörigen Prozesse zu den eigentlichen Justizbehörden verwiesen sind; so werden beide diese verschiedene Principien zur Anwendung kommen, je nachdem nämlich das Sostrum ohne, oder nur durch einen Prozeß, also entweder bei den Medicinalbehörden oder nur bei den Justizhöfen entschieden werden kann. Im ersten Falle wird das Cammer-Princip und im leztern Falle das Princip der Landes-Justiz-Collegien gelten, wenn unterdessen nicht wieder eine neue Reform der Münze andre Grundsätze nothwendig macht. Einigermassen läßt sich zwar das Cammerprincip durch die allgemeine Landescalamität entschuldigen. Wer leidet aber wohl mehr durch diese Calamität, der Staatsdiener oder das grössere Publikum? Die allgemeine Stimme dürfte die Frage wahrscheinlich zu Gunsten der erstern entscheiden.

Was insbesondere die *Apotheker* betrifft; so hat das Rescript des königl. Ober-Collegii medici zu Berlin mittelst des Rescripts vom 12. Aug. 1809. auf die Anfrage des B. C. M. vom 29. July d. a. bestimmt,

dafs sie befugt sind, sich klingendes Courant bezahlen zu lassen, oder Scheidemünze nach dem reducirten Werthe gegen Vergütung des Agios nach dem jedesmaligen Course anzunehmen.

Eine Disposition, welche die im § 45 angeführte Regierungs-Bestimmung abändert.

Vierter Abschnitt.

Wie, und in welcher Art soll liquidirt werden?

§ 83.

Bisher war von der *Befugniss* zu liquidiren und den *Sätzen der Liquidation* selbst, mit einem Worte von dem *materiellen Theile* des Gegenstandes dieser Schrift die Rede. Nun aber soll auch von dem dabei zu beobachtenden *Formellen*, das heisst: sowohl davon, wie eigentlich jede

jede *Rechnung* zu fertigen und zu belegen, als auch davon, wo sie zur *Festsetzung* zu übergeben sei? das nöthige gesagt werden. Das letztere handelt der folgende, das erstere der gegenwärtige Abschnitt ab.

§ 84.

Im allgemeinen hängt, wenn von ärztlichen Liquidationen die Rede ist, ihre Festsetzung vorzüglich von der Beurtheilung ab, ob die angegebenen Besuche und Recepte alle nöthig und zweckmäfsig waren? und ob die etwa (wegen der desfalls höhern Gebührrsätze) für ansteckend erklärte Krankheit des Patienten wirklich diese Eigenschaft hatte? Es kann daher den Collegiis medicis, wie doch fast täglich geschieht, die Festsetzung einer nur in folle aufgesetzten und unbescheinigten Liquidation niemals zugemuthet werden, und soll es im Geiste der preussischen Gesetzgebung und Verfassung liegen, dafs alle unnöthigen Weitläufigkeiten möglichst vermieden werden, und keine Instanz maschinenmäfsig blos am Buchstaben ihrer Instruction kleben bleibe, welches letztere freilich bequemer ist; so möchten die andern Behörden dergleichen Rechnungen, wenn sie ohne gehörige Festsetzung bei ihnen zur Assignation oder Execution eingehen, immer sofort, ohne sie erst an die Collegia medica zu verweisen, den Supplicanten zur Ergänzung der hier bald näher be-

bemerkten Requisite zurückgeben, zumal zur Wahrnehmung solcher Defecte keine Kunstverständigkeit gehört, und der Gang der Geschäfte dadurch sehr simplificirt werden würde, wohin doch die Tendenz aller jetzigen neuen Staats-Einrichtungen gehen soll.

§ 85.

Es muß nämlich

I) jede Liquidation, welche keine bloße Apotheker-Rechnung ist, *im allgemeinen*

I) nicht nur

a) *die Anzahl der Besuche mit der Anzeige ihrer nach Jahr, Monat, Tag und Stunde (wegen des etwanigen Vorrechts der Forderung vor andern Creditoren des Patienten) anzugebenden Zeit und Dauer,*

b) *die Anzahl der Recepte mit der Angabe, wenn und wo solche eigentlich aufgesetzt worden sind,*

c) *die Medicamente in ihren Qualitäten und Quantitäten, und nach Maas und Gewicht,*

d) *jede andere Bemühung und Consultation, (mündliche oder schriftliche, einzeln mit der Zeit, wenn sie geleistet wurde, und mit ihrer Dauer angegeben) auch ausserdem*

e) *eine besondere Columnne neben den ausgeworfenen Quantis, damit darin der Festsetzungsbetrag bei jeder einzelnen Post sogleich eingeschaltet werden kann, enthalten, und durchaus*

f) *rein*

- f) *rein und leserlich* geschrieben, auch ohne Correcturen und Rasuren
- g) in duplo (weil ein Exemplar bei den Acten bleibt) angefertigt, sondern auch
- 2) ausserdem
 - a) mit den sämtlichen *Original-Recepten*
 - b) nebst der zur Beurtheilung, ob Liquidant etwa verbothwidrig selbst dispensirt habe? nöthigen *eigenen Rechnung des Apothekers*, welcher die Recepte gefertigt hat,
 - c) mit einer ausführlichen *Geschichte der Krankheit* und ihrer Dauer mit Angabe der Zeitperiode nach Jahren, Monaten und Tagen, und
 - d) mit der Angabe, in welchen *Vermögensumständen* sich der Patient vermuthlich befinde?

belegt sein. Sehr oft kommt der Fall vor, daß sich die Liquidanten weder mit Recepten noch mit Special-Notizen darüber auszuweisen vermögen. Gewöhnlich wird dann der solcherge-
stalt unbescheinigte Arzneibetrag auf den Eid des Liquidanten für richtig angenommen. Dies dürfte jedoch wohl nicht so zulässig sein, als es den Anschein hat. Denn wie läßt sich bei einer Medicamentenrechnung beurtheilen, ob der Apotheker zu viel oder zu wenig gefordert habe? wenn der liquidirende Arzt blos im all-
gemeinen bemerkt, er habe für 8 Pulver 10 Sgr., für Brustelixiere 12 Sgr., für stärkende Elixiere
15 Sgr.

15 Sgr. etc. vorschußweise bezahlt. Alle dergleichen Rechnungen sollten nach rechtlichen Grundsätzen ohne Festsetzung zurückgegeben werden, und derjenige sich den Verlust des Betrags lediglich selbst zuschreiben, welcher sich nicht besser vorsah. Bei Legung aller andern Rechnungen wird schon im gemeinen Leben eine specielle Angabe der einzelnen Posten verlangt. Warum nicht auch hier?

§ 86.

Wegen aller dieser Requisite hat das glogau-sche Collegium medicum mittelst des Circularis vom 3. Sept. 1800 durch seine Adjuncten die Medicinalpersonen seines Departements anweisen lassen,

dafs in den Liquidationen

- a) je nachdem der Patient am Wohnorte des Arztes, Chirurgi etc. befindlich oder auswärts wohnhaft sei, die *Zahl* der ihm erstatteten *Besuche* mit *Bemerkung des Dati*, oder die *Zahl* der zu ihm unternommenen *Reisen* mit *Bemerkung des Dati* und der *Entfernung*, in welche die Reise unternommen worden, genau angezeigt, auch
- b) in sofern der Arzt oder Chirurgus an den auswärtigen Patienten aus seiner Reise-Apotheke Medicamente dispensirt, das verordnete Medicament nach seinem Charakter aufgeführt — durch Beilegung der ein-

einzelnen *Original-Recepte*, wornach das verordnete Medicament dispensirt worden, von dessen *Ingredienczien* und *Gewicht* Auskunft gegeben werden solle.

§ 87.

II) Muß *insbesondre eine Apotheker-Rechnung* nicht nur in jedem Falle

- 1) die Requisite sub No. 1. litt. c, e, f und g haben, sondern auch, wie sich dies von selbst versteht,
- 2) mit den sämtlichen Original-Recepten belegt sein, und kaum ist es begreiflich, daß dennoch dies letzte nicht selten unbefolgt gelassen wird, und dergleichen unvollständige Rechnungen selbst von einsichtsvollen andern Behörden an die Collegia medica zur Festsetzung geschickt werden.

§ 88.

Da vor einigen Jahren diese Erinnerung bei dergleichen aus Oberschlesien eingehenden Rechnungen sehr oft vorkam; so schickte das breslausche Collegium medicum der königl. Ober-Amts-Regierung in Brieg unter andern unterm 4. Juli 1803 in der Inquisitions-Sache gegen einen gewissen Gottlieb Lefsmann eine mit beigefügte Apothekerrechnung mit dem Beisatze zurück, daß diese Rechnung wegen der fehlenden

G

Re-



Recepte, um welche in jedem künftigen Fall, wo Medicin gereicht sei, gebeten würde, nicht festgesetzt worden wäre. Eben diese Bitte wurde in dem Schreiben des gedachten Collegii medici an genannte Ober-Amts-Regierung vom 12. Decbr. eben dieses Jahres in der Inquisition-Sache gegen den Anton Aue mit der Bitte um die gefällige Verfügung wiederholt, daß pro futuro wenigstens keine Apotheker-Liquidation ohne Recepte zur Festsetzung in ähnlichen Fällen an das Collegium medicum kommen möge. Es bedarf nicht erst einer Auseinandersetzung, daß der Sinn dieser beiden Requisitionen nur dahin gerichtet war, jede, ganz ohne alle Recepte einkommende, Apotheker-Rechnung sofort zurückzugeben: Es bedurfte deshalb keinesweges irgend eines Generalis des Collegii medici an die Apotheker, um selbst der Ober-Amts-Regierung ein mehreres Hin- und Herschreiben zu ersparen. Dennoch war die letzte Instanz in ihrer Antwort vom 22. Dec. 1803 der entgegengesetzten Meinung. Bei diesem Mißverständnisse zwischen *einigem* freilich nur von der Medicinalbehörde zu beurtheilenden und einem jedem Nichtartisten in die Augen fallenden *gänzlichen* Mangel der Recepte hat daher keine Abkürzung des Verfahrens in solchen Angelegenheiten gewonnen werden können.

§ 89.

III) Sind *Reisen* gethan worden, so versteht es sich von selbst, daß Diäten für den Aufenthalt beim Patienten und ausserdem noch die Sätze für jede einzelne Bemühung an Ort und Stelle während dieses Aufenthalts nicht zugleich gefordert werden können. Die Liquidation selbst muß sodann zugleich genau enthalten

- a) die Angabe, *ob* und *warum* keine *freie Fuhre* geleistet worden sei?
- b) die *Weite* des Orts
- c) die *Zeit* der Ankunft und Wieder-Abreise, und
- d) die *Kosten* der Fuhre mit deren Bescheinigung, so wie
- e) die *Bemerkungen*, was Liquidant in seiner Heimath oder am Orte des Patienten eigentlich und wenn? verrichtet habe, in Form eines kurzen Tagebuchs.

§ 90.

Auch sollten bei geführter Correspondenz IV) der Liquidation, da nach der neuen Taxe nur die, Materialien enthaltende, Briefe taxmälsig sind, diese *Briefe* wenigstens in Abschriften beigelegt werden. Da aber die Aerzte sich nicht, wie die Justizcommissarien, beständige Schreiber halten, so scheint es, als wenn man es mit diesem Erforder-

nisse nicht so strenge zu nehmen habe, weil allenfalls der Liquidant auf seinen Eid angeben könne, ob seine liquidirten Briefe Materialien enthalten haben oder nicht? Allein es ist nicht abzusehen, warum es hierunter anders als bei den Justizcommissarien gehalten werden, und der Arzt nicht die Gebühr für jene Abschriften ebenfalls liquidiren solle? Was der Justizcommissarius nicht nachweisen kann, wird ihm gestrichen, ohne Rücksicht auf seinen Amtseid, welchen er so gut als ein Arzt zu leisten hat.

§ 91.

Ist insbesondere

V) von *Untersuchungen, Besichtigungen und Obductionen* die Rede; so muß der Liquidant ausser den Erfordernissen sub I., II. und III. nach Bewandniß der Umstände zugleich, so weit er es weiß, in der Uebergabs-Eingabe möglichst genau

- a) die *Vermögensumstände* des untersuchten Patienten oder todten Körpers, wie auch
- b) angeben, *unter welcher Jurisdiction* derselbe gehöre.

Denn beides hat nach dem dritten Abschnitte auf die Höhe der zu bestimmenden Liquidationssätze Einfluß.

§ 92.

Die Liquidation ist sodann

VI) mit dem nöthigen *Begleitungsberichte*, welcher

- a) wenn der Betrag mehr als 30 Rthlr. beträgt, auf einen *Stempelbogen*, und zwar jetzt von *einem guten Groschen*, geschrieben sein muß,
- b) *eigenhändig* und mit Bemerkung des *Aufenthalts* des Liquidanten und *des Datums der Uebersendung*, unterschrieben,

bei dem Collegio medico oder bei der Behörde, welche die Liquidation zur weitem Besorgung des Nöthigen gefordert hat, einzureichen.

§ 93.

Ob auch die *Liquidation selbst mit einem Stempel* oder statt dessen die Eingabe dazu mit einem höhern Stempel zu versehen sei, ist nirgends ausdrücklich vorgeschrieben. Zwar setzte schon das alte Stempel-Edict von 1776 § 8. fest, daß Liquidationen

- a) bei Gerichten und
- b) der Advocaten (jetzt Justizcommissarien) wenn sie nicht bei der Instruction oder Inrotation übergeben werden,

mit einem Stempel von 6 Ggr. versehen sein sollten. Auch wird diese Disposition in der neuen allgemeinen Stempel-Verordnung von 1802 sub

voce :

voce: *Liquidation* wiederholt. Allein selbst bei Justiz-Collegiis hat man zeither diese Sanctionen weniger strenge interpretirt und angewendet. Bloss im Falle, daß über eine solche Liquidation erst ein Verfahren, wenn auch nur ein polizeiliches, eröffnet werden müßte, dürfte also und zwar, wie bei Klage-Libellen, nur zur Eingabe ein Stempel von 6 Ggr., zu den beiden Exemplaren der Liquidation selbst aber kein Stempel erforderlich sein.

§ 94.

Was sonst noch bei den Liquidationen, welche aus *den königl. Domainen-Aemtern* und *Armen- und Arbeits-Haus-Cassen* bezahlt werden, zu beachten ist, gehört als zu speciel nicht hierher.

Fünfter Abschnitt.

Wo? oder bei welcher Behörde ist zu liquidiren, oder der Betrag einzuklagen?

§ 95.

Da es den Medicinalpersonen eigentlich nicht sowohl an der Festsetzung als an der Bezahlung ihrer

ihrer Rechnungen gelegen sein kann, und es, wie schon oben einmal erwähnt wurde, Fälle giebt, wo unbeschadet der Richtigkeit einer solchen Liquidation dennoch, z. B. von einem Brodherrn, wenn er die Cur seines Dienstbothen bezahlen soll, die Zahlung verweigert wird, in dergleichen Angelegenheiten aber das Ressort oder die Frage: vor welcher Behörde die Sache zu verhandeln sei? nicht immer so bekannt, oder wohl gar ausgemacht ist; so soll hier sowohl

I) davon *wo eine ohne rechtliches Verfahren festzusetzende Rechnung einzureichen, als auch*

II) davon, wenn und wo sie *förmlich einzuklagen, durch ein rechtliches Erkenntniss zu bestimmen, und zur Execution zu bringen sei?*

Nachricht gegeben werden.

§ 96.

ad I) setzt die schlesische General-Medicinal-Ordnung von 1744 § 8. überhaupt fest,

dafs die Cognition super Sostro, über Arztlohn und den Werth der Medicamente in Streitigkeiten zwischen Medicis, Chirurgis, Apothekern und den Patienten den C. C. M. M. einzig und allein verbleiben soll.

Die Collegia medica hatten es daher bis jezt ausschliessungsweise mit solchen Festsetzungen zu thun,

thun, und es ist unbestritten, daß unter den Patienten hier auch alle und jede Personen verstanden werden, von welchen die Medicinalpersonen überhaupt ihre Befriedigung verlangen.

§ 97.

Da jedoch in Schlesien zwei Collegia medica mit gleicher Macht vorhanden waren, so war es öfters, wenn der Liquidant in dem einen, der Liquidat aber in dem andern Departement sich befand, und beide gegen einander klagten, oder sonst Umstände das: Actor sequitur Forum rei, verdunkelten, ungewiß, welches Collegium sich der Festsetzung zu unterziehen, oder anzumaaßen hatte. Es einigten sich daher beide Collegia medica zufolge ihrer Correspondenz d. d. Breslau 24. März, Glogau 30. April und Breslau 15. Mai 1800 dahin,

daß

- a) die Festsetzung solcher Liquidationen in der Regel demjenigen Collegio medico in der Provinz, in dessen Departement der *Liquidat* oder in Anspruch genommene Debet der Forderung wohnhaft, zu überlassen sei, und daß
- b) Militair-Medicinalpersonen die Festsetzung ihrer Curkosten-Forderungen an Civilpersonen bei dem Civil-Collegio medico der Provinz, in dessen Departement diese Civilpersonen sich befinden,

c) Ci-

- c) Civil-Medicinalpersonen hingegen ihre diesfällige Forderungen an Militairpersonen bei dem General-Medicinal-Staabe nachzusehen hätten.

§ 98.

Aus einer neuern dergleichen Correspondenz d. d. Breslau 15. Oct. und 1. Dec. 1802, Glogau den 16. ej. Breslau 15. Febr. und Glogau 5. März 1803 ergiebt sich, daß diese Principien auch dann befolgt werden sollen, wenn gleich

- a) die Verbindlichkeit des Liquidaten zur Bezahlung noch nicht ganz ausgemacht ist, oder es
- b) überhaupt zu einer förmlichen prozessualischen Verhandlung (wovon bald mehr gehandelt werden soll) kommt, oder
- c) Liquidations in solchen Civil- und Criminal-Fällen festzusetzen sind, in welchen die Untersuchungen und Entscheidungen in der Hauptsache andern als Medicinalbehörden zustehen, jene jedoch zuvor eines Gutachtens des Collegii medici und zugleich dessen Festsetzung der gedachten Medicinal-Liquidationen bedürfen.

Auch soll es in Ansehung der Qualität eines Liquidanten und Liquidaten keinen Unterschied machen, ob eine andre als eine Medicinalperson von einem Dritten z. B. in einer Real-Injurien-Sache

Sache der Verwundete von dem Thäter, die Bezahlung der Curkosten verlangt.

§ 99.

Bei dem allen schien jedoch bisher noch

- 1) die Frage übrig zu bleiben, wie es zu halten sei, wenn *Correi debendi* ausgemittelt sind, und diese sich zum Theil in dem einen, zum Theil aber in dem andern Cammer- oder (sich lediglich nach diesem richtenden) Medicinal-Departement befinden?

Niemand möchte (den Fall ausgenommen, wenn wegen ihrer solidarischen Verbindlichkeit zuerst nur der Vermögendste in Anspruch genommen würde) behaupten wollen, daß eben die Rechnung, welche die Correi zusammen zu bezahlen haben, sowohl von dem einen als von dem andern Collegio, also zweimal festgesetzt werden müsse. Dies wäre aber allerdings aus jenen Principien zu folgern, wenn nicht die Ausnahme hätte statt finden sollen, *daß sich dann das Ressort nur nach dem Aufenthalte desjenigen Correi richte, welcher zur Cur oder doch zur Festsetzung die erste, oder doch die meiste Veranlassung gegeben hat.*

Gewöhnlich glaubte man die Entscheidung der aufgeworfenen Frage in dem § 136. seq. Tit. II. Th. I. der allgemeinen Gerichts-Ordnung zu finden. So lange es aber in Schlesien keine besondere artistische Medicinal-Oberbehörde gab, wel-

welche statt der beiden dasigen Medicinal-Collegien dergleichen Rechnungen in arte festzusetzen vermochte, konnte die bezogene gesetzliche Disposition wohl in den andern preussischen Staaten, wo diese Oberbehörde in dem mit Schlesien damals noch in keiner Verbindung stehenden Ober-Collegio medico zu finden war, in dieser Provinz aber nach ihrer Verfassung schwerlich so gradezu anwendbar werden. Jetzt scheint sich zwar aller Zweifel dadurch zu heben, daß auch die schlesischen Collegia medica nunmehr dem gedachten Ober-Collegio medico untergeordnet werden, und also die Anwendung der bezogenen Disposition der allgemeinen Gerichtsordnung weiter nicht so schwierig sein kann. Könnte aber nicht dieser doch nur mit großen Weitläufigkeiten und Kosten verknüpften Anwendung durch ein näheres Regulativ vorgebeugt werden? Man sollte glauben, allerdings.

§ 100.

Eben so führt es

- 2) in den § 98. sub c) angenommenen Fällen nicht wenig kostspielige Weitläufigkeiten mit sich, wenn z. B. die Abstattung eines Medicinal-Gutachtens über einen Criminal-Fall zum Ressort des einen Collegii medici, die Festsetzung aller oder doch einiger dabei mit vorkommenden Medicinal-Rechnungen

gen aber zum Ressort des andern Collegii medici gehört, und die oft sehr schwerfälligen Acten, blos wegen dieser Verschiedenheit, besonders dann mehrere Hin- und Herreisen machen müssen, wenn, wie es wohl geschieht, vor der Festsetzung zuvörderst noch manches gegen die Unvollständigkeit und Bescheinigung solcher Liquidationen zu erinnern nöthig wird. Zweckmäßiger würde es daher sein, wenn *diejenige Medicinal-Instanz die Festsetzung mit zu übernehmen hätte, welcher die Abfassung des Gutachtens in der Hauptsache selbst obläge*. Ueber dies alles haben beide Collegia medica im Jahre 1803 eine merkwürdige Correspondenz geführt. Das glogausche Collegium medicum fand aber die Zweifel des breslauschen Collegii medici unerheblich. Auf diese Art fehlt es jetzt noch ad 1 und 2 an genügenden Principien,

§ 101.

Zweifelhaft möchte

- 3) ferner das Ressort solcher Festsetzungen unter den beiden schlesischen Medicinal-Collegien selbst nach den Grundsätzen im § 96 und 97 dann sein, wenn
 - a) entweder derjenige, welcher eine dergleichen Liquidation bezahlen soll, *selbst* der *Impetrant* ist, und mithin auf ihn die von der

der Eigenschaft eines Liquidaten hergenommene Bestimmung des Ressorts nicht Anwendung findet, oder

- b) der *ausländische Arzt* seine Befriedigung für einen in einem auswärtigen Badeorte curirten Patienten verlangt.

Im letzten Falle

- ad b) dürfte aber wohl die Einmischung in die Bestimmung einer Rechnung nach einer ganz fremden Medicinal-Ordnung ganz ausser dem Geschäftskreise des einländischen Collegii medici liegen, und solche vielmehr der auswärtigen Medicinalbehörde zukommen, worunter der Liquidant steht, welcher sodann die Festsetzung bei der einländischen Gerichtsbehörde nach der Maassgabe beizubringen hat, welche oben im dritten Abschnitte § 62 erörtert wird.

§ 102.

- ad a) Hingegen würde von dem § 97 litt. a) aufgestellten Principio wegen des bekannten Satzes: Actor sequitur forum rei, allerdings abzuweichen sein, und der verklagte Arzt sich bei demjenigen Collegio medico als Liquidant einzulassen haben, unter welchem er in Medicinalibus steht, in sofern der Impetrant nicht etwa zuvörderst den zu weiter nichts als zu unnützen Weitläufigkei-

keiten dienenden Weg einer bloßen *Pro-
vocation* nach der Analogie des § 4 und
34. Tit. XXXII. Th. I. der allgem. Ger.
Ordn. versuchen, und dadurch den ange-
klagten Arzt selbst zu einer Klage gegen
sich, also bei dem Foro des Liquidaten,
bewegen wollte.

§ 103.

Wird aber

- ad II) erst ein *Verfahren* (95) deshalb nöthig,
weil der Liquidat die Zahlung völlig ver-
weigert; so kam es zeither darauf an, ob
- A) der dabei interessirten Medicinalperson
überhaupt der Vorwurf einer *unrechten*
oder *vernachlässigten Cur* gemacht, oder
 - B) blos die Richtigkeit oder Zulässigkeit der
Höhe der Sätze in der *Liquidation* selbst
 - a) auf den Grund eines *Vertrages* oder Ab-
kommens, oder
 - b) *aus andern Ursachen* angefochten, oder
 - C) ohne Rücksicht auf diese Richtigkeit *blos*
der Einwand des *Daseins mehrerer oder*
ganz anderer Zahlungspflichtiger, z. B.
von noch nicht legitimirten Erben, Dienst-
herrschaften etc. entgegen gestellt wurde.

§ 104.

Ad A und B litt. b) gehörte, und zwar unter Be-
obachtung der oben angegebenen Prin-
cipien

cipien nach Maasgabe des § 7 und 8 der schlesischen Gen. Med. Ordnung von 1744 das Verfahren und der Prozeß vor die Collegia medica, so, daß die Einmischung anderer Behörden mit der Nulität verpönt war.

§ 105.

Ad B) litt. a) und ad C) aber waren *die Meinungen getheilt*. Ein Theil behauptete, daß, da ratio legis vorzüglich in der anzuwendenden Artisperitia und Beurtheilung der beobachteten Pflichten eines Arztes liege, diese Fälle aus dem Medicinal-Ressort ausscheiden müßten, weil es hierbei auf beides keinesweges ankomme, in sofern nicht zugleich die Richtigkeit der Zahl der Besuche und Recepte, welche auf eine pflichtmäßige Angabe des Arztes beruhe, der Vorwurf des Streits sei. Hiermit stimmt auch das übrigens damals mit der schlesischen Medicinalverfassung noch nicht bekannte Rescript des königl. Ober-Collegii medici zu Berlin vom 8. April 1809.

§ 106.

Ein anderer Theil hingegen erklärte das Ressort in Absicht des Sostri überhaupt für eine Befugniß zur Erörterung aller und jeder Behauptung

hauptungen, welche das Dasein und den Umfang der Zahlungsverbindlichkeit angehen, ohne Ausnahme, von welcher Art und Natur auch die Einwendungen des Beklagten sein konnten. Man bezog sich deshalb auf folgende zwei Fälle.

- 1) Wären im Jahre 1745 und 1754 auf die durch das schlesische Finanzministerium bei dem Justizdepartement unterstützten Beschwerden des glogauschen Collegii medici zwei von der glogauschen Ober-Amts-Regierung angenommene Klagen *super sostro contra personas nobiles* von dieser Behörde abgezogen, und an das Collegium medicum verwiesen worden, deren Erörterung die Frage:

ob Beklagter, die eingeklagten Rechnungen der klagenden Aerzte bereits einmal bezahlt habe?

also kein artistisches Object zum Vorwurf gehabt hätten.

- 2) Hätte in der neuern Zeit gedachte Ober-Amts-Regierung eine Klage wider den von Frankenberg auf Mersine in *pcto sostri* an genanntes Collegium medicum abgegeben, wo aus einer von dem Beklagten bereits durch Briefe agnoscirten Rechnung des Arztes die Klage angestellt worden wäre, eine artistische Beurtheilung oder Festsetzung also gar nicht weiter Platz finden konnte.

Der

Der andere Theil war daher auch der Meinung, daß die Frage in Ansehung des den Collegiis medicis zustehenden Ressorts der Executivung eines unstreitigen Sostri bejahend zu beantworten sei, und daß selbst dann, wenn deshalb ex pacto geklagt würde, die Sache für die Collegia medica gehöre.

§ 107.

Allein in Absicht dieser ganz letzten Behauptung standen wenigstens die Dispositionen des berliner Medic. Edicts von 1725 und der Instruction der Prov. Collegiorum medicorum vom 21. April 1800. No. 5. (Stengels Beitr. XI. 200) entgegen. Dazu gehört das Hofrescript an das königl. Cammergericht zu Berlin vom 7. März 1791, welches so lautet:

Unsern etc. In Ansehung der vor Euch zu ziehenden Klagen super sostro, worüber Ihr laut Eures allerunterthänigsten Vortrags vom 14. vorigen Mon. näher beschieden zu werden begehrt, ist die von Euch allegirte Vorschrift Unserer Medicinal-Ordnung vom 27. Sept. 1725 ganz klar, und eben so offenbar ist der in dem gleichfalls angeführten, mit selbiger in Widerspruch stehenden Passu des Euch sub dato den 8. Nov. 1766 zugekommenen Rescripts, bei dessen Mundirung vorgefallene Schreibfehler. Es hat daher gar kein Bedenken, daß Ihr die bei Euch angebracht werdenden Klagen, super Sostro, die sich in einem Pacto gründen, und wobei es nicht etwa

zugleich auf eine Artisperitiam erfordernde Festsetzung des Betrags gelieferter Medicamente ankommt, annehmen, und rechtlich davon verfügen möget. Als wornach Ihr Euch in dem vorliegenden Veranlassungs- und künftig ähnlichen Fällen zu achten habt. Sind etc.

Berlin den 7. März 1791.

Auf Sr. Königl. Majestät allergnädigsten
Special-Befehl

v. Carmer.

§ 108.

Vergleicht man damit zugleich die eben gedachten Dispositionen in Absicht eines *ärztlichen Pacti mit einem Patienten*; so scheinen solche an sich mit der Disposition der schlesischen Gen. Med. Ordn. von 1744 § 38. in einem Widerspruche zu stehen. Denn nach diesem § 38. sind die Medici nicht befugt, um ein ausserordentliches Arztlohn noch ausser der Taxe zu transigiren. Da nun alle jene allgemein preussischen Dispositionen bekannten Rechts ohne eine ausdrücklich darauf gerichtete Sanction die Provinzialverfassung nicht aufheben; so dürfte eine allerhöchste Declaration darüber sehr nöthig sein.

§ 109.

Ferner hat die königl. Jurisdictions-Commission unterm 10. Nov. 1800 erkannt, *dafs die*
bei

bei Gelegenheit der von einer Herrschaft zu bezahlenden Cur kranker Unterthanen vorfallenden Streitigkeiten zum Ressort der Landes-Polizei-Behörde, und zwar der etc. Cammer, gehören, (Stengels Beiträge XII. 183). Ob nun gleich bis jetzt solche Decisionen mit dem schlesischen Cammer-Ressort nichts zu thun hatten; so sah man doch daraus, wie im allgemeinen darüber gedacht wurde. Die das Medicinal-Forum weiter ausdehnende Meinung rechtfertigte sich also hier wenigstens in so weit, als eine solche Klage bei der Cammer-Justiz-Deputation und also nicht bei dem Foro ordinario personali, anzubringen war. Ausserdem aber schien die Meinung, welche rationem legis vorzüglich nur in die Kunstverständigkeit setzte, die Natur der Sache für sich zu haben, welche durch bloße Präjudicate und Rescripte wohl nicht aufgehoben werden kann. Wenigstens war es aus dem Gesetz selbst nicht klar, daß der höchste Gesetzgeber den andern Behörden eine Cognition über Streitigkeiten habe entziehen wollen, wo es auf keine rein artistische Beurtheilung ankommt, als zu welcher allein doch nur artistische Behörden nöthig sind. Es haben sich daher auch nachher die beiden schlesischen Collegia medica laut Correspondenz d. d. Breslau 23. July, Glogau 26. Aug. und Breslau 15. Sept. 1807 dahin geeinigt, daß, wenn die eingeklagte Cur- oder Medicin-Forderung blos auf einer Morosität des

verklagten Debenten beruhe, solche alsdenn nur vor dem Foro ordinario personali zu verhandeln und abzuurtheilen sei.

§ 110.

Sei dem aber wie ihm wolle, es galt dies alles nach bekannten Rechtsgrundsätzen auch von solchen Medicinalforderungen, welche in Concursen, oder sogenannten Liquidations-Processen bei den Justizhöfen und Gerichtsämtern zu liquidiren sind, und daher nach obigen Bestimmungen an das Forum speciale causae zur Festsetzung und rechtlichen Dijudicatur übergeben werden mußten.

§ 111.

Kam es nun über die zum Ressort eines schlesischen Collegii medici gehörige Zwistigkeiten zum *förmlichen Prozesse*; so entschied dies Collegium in erster Instanz, und gieng dann *der Zug* des Appellatorii an das an die Stelle des laut § 7. der schles. Gen. Med. Ordn. deshalb bestimmten Cammer-Finanzcollegii nach der Justizreform im Jahre 1781 tretende Plenum der königl. Cammer-Justiz-Deputation des Departements, worin sich das in erster Instanz sprechende Collegium medicum befand. In dem ausser den fiskalischen Untersuchungen und Criminal-Fällen zulässigen Revisorio aber sprach sodann das Plenum der königl. Cammer-Justiz-De-

Deputation des andern Departements. (Siehe des Verfassers Repertorium Bd. II. §. 255. S. 382) In soweit sich die Entscheidung des Streits nicht zugleich auf eine Artis peritia gründen durfte, liefs sich gegen diesen Zug der Instanzen nichts erinnern, obgleich die schles. Gen. Med. Ordn. von einer dritten Instanz nichts erwähnt. Unbegreiflich blieb es aber, dafs in Schlesien die königl. Cammern oder deren Justiz-Deputationen auch dann in der zweiten Instanz erkennen sollten, wenn es wirklich nur auf Kunstverständigkeit ankam. Denn nicht immer konnte dabei ein Gutachten einer andern Medicinalbehörde eingeholt werden. Der Referent behalf sich daher nicht selten mit der Privatmeinung irgend eines einzelnen ihm bekannten Arztes. Es würde nicht schwer sein, mehrere Fälle anzuführen, wo diese Verfassung der guten Sache so wie der einen oder der andern Parthei selbst nachtheilig geworden ist.

§ 112.

Allen Irrungen über das rechtliche Ressort zwischen den gewöhnlichen Justizcollegien und den Collegiis medicis wird jedoch nunmehr durch die neuere Organisation der Preussischen Staats-Verfassung abgeholfen, indem laut der Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Polizei- und Finanz-Behörden d. d. Königsberg den 26. Decbr. 1808 § 2. auch *alle*
Me-

Medicinal-Rechtssachen an die gewöhnlichen Justizbehörden gewiesen sind. Wie dies eigentlich ausführbar sein dürfte, muß die Zeit lehren, da in den meisten Fällen schon bei der Instruction der Sache Kunstverständige nicht entbehrt werden können. Bei *Streitigkeiten* über das *Sostrum* und andre Medicinkosten kommt es daher jezt nur darauf an, ob

- 1) *blos die Zulässigkeit und Richtigkeit* der aus der Medicinal-Taxe hergenommenen *Sätze* in den diesfälligen Liquidationen, in sofern man sich auf kein besonderes Abkommen unter den Interessenten beruft, und keine zum Grunde liegende Thatsachen streitig sind, angefochten wird, oder
- 2) der Gegenstand des Streits auf einem *Pacto*, oder
- 3) auf *andern Einwendungen* beruht.

In allen diesen Fällen gehört zwar ferner noch die Festsetzung der Liquidationen vor die Medicinal-Behörde, und zwar *im ersten Falle exclusive*, ohne Zulassung eines Prozesses, wie auch das oben angezogene Rescript des königl. Ober-Collegii medici vom 8. April 1809 besagt. In den beiden letzten Fällen aber kann in der Regel diese Festsetzung *nur gutachtlich* erfolgen, und zwar mit Effect nur bei oder nach der rechtlichen Instruction der Sache auf Erfordern desjenigen Gerichtshofes, worunter der Verklagte für seine Person ohne Rücksicht auf die Sache steht, wo
mit-

mithin auch die Klage angebracht werden muß. Wer übrigens streitige Sachen entscheidet, bringt in der Regel auch die Entscheidung zur Execution. Ob, wenn die bloße Festsetzung ohne rechtliches Verfahren nur die *Münzsorte* der Liquidation betrifft, die Festsetzung der Medicinal-Behörde oder der gewöhnlichen Obrigkeit des Liquidaten zustehe? scheint zweifelhaft zu sein. Das breslausche Collegium medicum hat indessen in mehreren Fällen das erstere deswegen behauptet, weil die Münzsorte auf die Höhe der Taxsätze Einfluß hat, und diese Höhe nur von Medicinalbehörden beurtheilt werden kann.

§ 113.

Da nach vorstehender Erörterung aber die Bestimmung des eigentlichen Fori zuvörderst wenigstens eine summarische Ausmittlung, ob von den oben angegebenen Fällen der eine oder der andere eintrete, voraussetzt; so wäre sowohl in dieser als anderer Rücksicht zur Vermeidung mehrerer Weitläufigkeiten und Zeit- und Geldzersplitterungen sehr zu wünschen, wenn dasjenige mehr beherzigt würde, was der Verfasser wegen der von solchen Gerichtsbehörden nicht immer ohne vorheriges Gehör des Liquidaten oder Beklagten sofort an die Collegia medica zu weisenden Forderungen bereits in seinem mehr angeführten Medicinal-Werke § 697. S. 716 seq. bemerkt hat, und so lautet:

Nicht

Nicht selten geschieht es, daß Klagen, welche nach dem Anscheine zum Medicinalforo gehören, bei andern Instanzen als bei den Collegiis medicis angebracht, und von jenen sodann ohne weitere nähere Recherche an die letztern abgegeben werden. Da jedoch nach der vorigen Entwicklung das wahre Ressort öfters erst nur aus der Beantwortung der Klage und der Beschaffenheit der Exceptionen genau entnommen werden kann, so würden viele Weitläufigkeiten, welche durch eine zu frühe Wegweisung solcher Klagen entstehen, erspart werden, wenn dergleichen Instanzen vorher wenigstens noch die Einwendungen des Beklagten aufnehmen lassen wollten. Besonders ist dies in den Streitigkeiten über das Sostrum nöthig, weil, wenn der Beklagte an sich gegen die Liquidation nichts erinnert, sondern nur aus noch andern Gründen seine Zahlungsverbindlichkeit abläugnet, der Prozeß nach obigen Bemerkungen für die C. C. M. M. nicht gehört, mithin eine Verweisung der Klage dahin nicht Platz greift, oder, wenn sie dennoch erfolgt, die C. C. M. M. erst den Beklagten umständlich hören, die Sache sodann aber wieder von sich abweisen, und die Partheien dadurch nothwendig Verzögerungen leiden müssen.

§ 114.

Noch wird hier der Verbindung wegen etwas von dem Falle zu sagen erlaubt sein, wenn *festgesetzte Medicinal-Rechnungen von den Inhabern derselben verfälscht werden*, welches freilich nicht leicht

leicht einen andern Grund als die Erlangung einer höhern Summe von dem Zahler haben kann, und erst vor einiger Zeit im breslauschen Medicinal-Departement vorgekommen ist. Soll der verdunkelte wahre *Festsetzungsbetrag* ausgemittelt werden; so kann kein Streit darüber sein, daß dasjenige Collegium medicum, welches die Rechnung festsetzte, es auch mit dieser Ausmittlung zu thun habe. Ist aber *von der Untersuchung gegen den Thäter* und dessen Bestrafung die Rede, so waren die Meinungen über das Ressort getheilt. Die Justizhöfe glaubten, daß in jedem Falle ein solches Falsum als ein gemeines Verbrechen zu ihrer Cognition gehöre. Die Medicinalbehörden hingegen unterschieden zuvörderst, ob *der liquidirenden Medicinalperson selbst* die Verfälschung zur Last falle, *oder nicht?* Nur im letzten Falle wollten sie die Sache lediglich den Justizhöfen überlassen. Im ersten Falle aber hielten die Medicinalbehörden, und zwar nicht ohne Grund, dafür, daß nur ihnen die Cognition zustehe, weil, wenn auch ein Falsum an sich als ein gemeines Verbrechen angesehen werden sollte, solches doch bei einer dergleichen Medicinalperson noch eine Verletzung ihrer besondern Amtspflicht in sich begreift, worüber die Cognition damals unbestritten noch zum Medicinal-Ressort gehörte. Wurde aber dennoch nach *Kleins Annalen Bd. XV. S. 369 seq.* das Verbrechen eines Apothekers, welcher Gift statt Medicin reichte, vom dem Medicinal-

nal-Foro abgezogen, ungeachtet ein solches Versehen allerdings auch eine Verletzung einer besondern Apothekerpflcht ist; so liefs sich freilich in keinem Falle etwas weiter gegen die gegenseitige Behauptung einwenden. Jetzt kann diese ganze Discussion nur zur Beleuchtung einer vielleicht neuen, die Collegia medica jedoch nicht interessirenden Differenz unter den verschiedenen Justizhöfen selbst über das Forum eines dergleichen Denunciaten dienen. Wäre nämlich die angeführte Meinung der Medicinalbehörden nicht ganz ungegründet; so würde in dem Falle, wenn die Untergerichte das Recht, Criminal-Urtel zu fällen, hätten, nothwendig die Frage entstehen, ob in einem dergleichen Vorfalle Cognitio causae dem Untergericht oder nicht vielmehr dem Obergerichte gebühre? Denn Chirurgen, welche in der Regel in Absicht ihrer Persönlichkeit an sich unter den Untergerichten des Orts ihres Aufenthalts stehen, werden zufolge der angeführten Geschäfts-Instruction für die Regierungen etc. d. d. Königsberg den 26. Decbr. 1808 § 38. in Absicht ihrer chirurgischen Functionen zu den öffentlichen Bedienten gerechnet, und in der Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Polizei- und Finanz-Behörden von eben dem dato § 34. die Cognitions über Dienstvergehungen zum Obergericht verwiesen.

Sechster Abschnitt.

Was kostet die Festsetzung, und wer bezahlt sie?

§ 115.

Ausser den Stempel- Siegel- Expeditions- Mündigungs- Copial- und Insinuations-Gebühren, welche theils für das Festsetzungs-Decret, theils für die andern manchmal vorher wegen Aufforderung zur Ergänzung der Erfordernisse einer Liquidation nöthigen Decrete statt finden, sind in *Privatsachen* noch für die Untersuchung und Beurtheilung der Höhe der Sätze einer solchen Liquidation selbst, nach der schlesischen Observanz, sobald die Rechnung *mehr als acht Reichsthaler* über diese Summe beträgt, *sechs Pfennige* an die Medicinal-Casse der festsetzenden Medicinal-Behörde zu entrichten. Im Auslande wird mehr genommen. Denn unter andern werden in der anspachischen Medicinal-Taxe für die Festsetzung einer chirurgischen oder Apotheker-Rechnung zwei Kreuzer von jedem Gulden bestimmt.

§ 116.

Eigentlich hätten die schlesischen Medicinal-Behörden, so lange sie nicht besser besoldet werden, *in jedem Falle* das bemerkte zu liquidiren. Immer ist ihnen aber bis jezt aus Gründen, welche erst näher zu beleuchten sein würden, zugemuthet worden, die bei den königl. Domainen- und Invaliden-Aemtern, so wie bei Armen- und Arbeitshäusern vorkommenden, aus der königl. Casse zu bezahlenden Medicinal-rechnungen ohne alle Gebühren festzusetzen. Dazu gehört das Rescript der breslauschen Cammer vom 14. Novbr. 1804, *dass, wenn bei Verwundungen der Gränzjäger durch Contrebandiers die Kurkosten auf die königl. Casse angewiesen werden, den ärztlichen Mitgliedern obliege, auf Instanz der Accise-Directions die Liquidationen ex officio festzusetzen.* Zwar ist seit mehreren Jahren endlich den aus Medicis bestehenden Mitgliedern gedachter Collegien Gehalt ausgesetzt worden. Allein nicht zu gedenken, dass dies Gehalt mit ihren officiosen Arbeiten und Versäumnissen in ihrer Praxis in gar keinem Verhältnisse steht, sind sie auch nicht die einzigen, welche Medicinalrechnungen festsetzen. Denn dies geschah bisher auch von den bis jezt unbesoldeten chirurgischen und pharmaceutischen Assessoren dieser Collegien, je nachdem chirurgische oder Apotheker-Liquidations zu beurtheilen waren.

§ 117.

§ 117.

In diesem Betracht ist denn auch auf den Antrag des breslauschen Collegii medici vom 6. April 1807 durch das breslausche Cammer-Rescript vom 10. eben dieses Monats genehmiget worden, *dass wenigstens für die Revision und Festsetzung der Apotheker-Liquidations über die für die fremden Truppen für Rechnung der Städte und Creise gelieferte Medicin ausser den Canzleigebühren auch noch die gewöhnlichen Festsetzungsgebühren angesetzt, und solche dem festsetzenden pharmaceutischen Mitglieder des Collegii medici allein zugetheilt werden können.* Indessen wurde in Betracht der Allgemeinheit der erlittenen Kriegscalamitäten der volle Festsetzungssatz bei solchen Rechnungen bis jetzt nicht genommen.

§ 118.

Zwar versteht es sich von selbst, dass derjenige, welcher an der Nothwendigkeit eines Festsetzungs- oder andern dahin gehörigen Decrets schuld ist, auch die Kosten dafür zu tragen habe. Zweifelhaft aber dürfte dies sein, wenn die Rechnung z. B. bei Concursen und sogenannten Liquidations-Prozessen ohne ein Festsetzungs-Decret (gemeinhin Moderations-Decret genannt) nicht angenommen, in diesem Decrete aber nichts gestrichen wird, und die Schuld, warum die Festsetzung verlangt wurde, eigent-

eigentlich niemanden als allenfalls dem Gesetz zur Last fällt, welches die Festsetzung verlangt. Schwerlich dürfte dann die Masse von dem Ersatze der Festsetzungskosten zu befreien sein. Man sehe deshalb auch den § 38 im zweiten Abschnitte nach. In der im vorigen § bemerkten Verfügung wird zugleich die Zahlungsverbindlichkeit dem liquidantischen Apotheker auferlegt.

§ 119^a.

So weit indessen von solchen Kosten die Rede ist, welche den liquidirenden Medicinalpersonen bloß durch den Liquidations-Termin und die folgende rechtliche Instruction bei den Justizbehörden entstehen, liegt die Beurtheilung der Verbindlichkeit zur Tragung derselben ganz ausser dem Ressort der Medicinal-Collegien, und wird sich daher hier deshalb bloß auf das Rescript des hohen Justiz-Departements d. d. Berlin 12. Mai 1800 (*Band I. Heft II. S. 152 des neuen Archivs der Preuss. Gesetzgebung etc.*) bezogen.

§ 119^b.

Da jetzt kein königl. zum Regierungs-Ressort gehöriger Staatsdiener ausser Reisediäten-Gebühren mehr ziehen soll, sondern diese für königl. Rechnung einzuheben sind; so fragt es sich, welche Bestimmung wegen solcher Festsetzungs-Sporteln künftig statt finden dürfte?

Sieben-

Siebenter Abschnitt.

Was bewirkt die Festsetzung an sich gegen den Schuldner, und welche besondere Vorzüge kommen den Medicinalforderungen gegen andere Gläubiger des Patienten zu statten?

§ 120.

Gewöhnlich glaubt derjenige, welcher eine Medicinalrechnung bei dem Collegio medico festsetzen läßt, daß die Festsetzung allein hinreiche, demjenigen, welcher sie bezahlen soll, die unbedingte Verbindlichkeit zu dieser Zahlung aufzulegen. Es wird daher nöthig, zu bemerken, daß eine solche Festsetzung es immer mit zwei verschiedenen Gegenständen, nämlich *einmal mit der Ausmittlung der zum Grunde der Rechnung liegenden Thatfachen an sich*, z. B. der Zeitlänge der ganzen Krankheit, der richtigen Anzahl und Dauer der Besuche, der Anzahl der Recepte und der Quantitäten der abgereichten Medicamente, und sodann mit der *Beurtheilung* zu thun habe, wie eigentlich jede

Post

Post in diesen einzelnen Rubriken nach den Gesetzen, Observanzen und Umständen zu taxiren sei? Das *letztere* unterliegt freilich in der Regel keinem Widerspruche der Partheien. Höchstens steht dem Unzufriedenen in Schlesien ein Recurs (und zwar, wenn die neue Organisation vollendet sein wird, an die Ober-Medicinal-Behörde in Berlin) frei. Gegen das *erstere* bloß factische hingegen muß der Liquidat oder Schuldner zuörderst noch mit seinen Einwendungen gehört werden, wenn er z. B. eine mindere Anzahl oder Dauer der Besuche u. s. w. behauptet, indem die Medicinal-Behörde nur die Uebereinstimmung der Liquidations-Sätze mit den gesetzlichen Vorschriften beglaubiget. In sofern enthält also jedes Festsetzungs-Decret einer Medicinal-Liquidation in allen Fällen, wo der Festsetzung keine förmliche Erörterung der Rechnung zwischen dem Liquidanten und Liquidaten vorausgegangen ist, nicht die Gewißheit, sondern nur eine bloße Voraussetzung oder *Vermuthung*, daß die liquidirten Bemühungen von dem Liquidanten wirklich geleistet, und die liquidirten Medicamente in der angesetzten Qualität und Quantität wirklich abgereicht worden sind. Unbedingt bewirkt daher die Festsetzung an sich noch kein Recht zur Executirung des Schuldners, sondern nur dann, wenn gegen die Festsetzung von diesem nichts eingewendet, oder das Erkenntniß über

über die abgewiesenen Einwendungen in Rechtskraft übergegangen ist.

§ 121.

Die Medicinalpersonen *genießen in Absicht ihrer in vorstehender Art festgesetzten Forderungen* laut des § 77. der schles. General-Medicinal-Ordnung die bei Concursen oder Liquidations-Prozessen in der allgemeinen Gerichtsordnung Th. I. Tit. 50. § 367 bis 369 *bestimmten Vorrechte* vor andern Creditoren, nämlich die Locirung in der zweiten Classe, in sofern jene blos das letzte Jahr vor eröffnetem Liquidations- oder Concurs-Verfahren betreffen, widrigenfalls sie in die sechste Classe gehören, es sei denn, daß der Rückstand sechs Wochen vor dem Ablaufe des Jahres, in welchem er entstand, gerichtlich eingeklagt, und der Prozeß oder die Execution darüber bis zum Ausbruche des Concurses oder des Liquidations-Verfahrens ununterbrochen fortgesetzt worden wäre. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese Kosten der Gemeinschuldner oder seine Familie verursacht hat. Wenn jedoch der Gemeinschuldner oder eines seiner Angehörigen während des Concurses oder Liquidations-Prozesses in Krankheit verfällt; so fallen die Kosten nicht der Cridemasse, sondern nur seiner Competenz, wenn er eine hat, zur Last.

§ 122.

Genau genommen, verdienen die Medicinalpersonen die Locirung in der ersten Classe. Denn

I

keine

keine Facultät ist in Absicht der Unsicherheit der Belohnung für oft saure Bemühungen so schlimm dran, als das zum Medicinal-Corps gehörige Personale. Der Jurist dekt sich, wenn er der Zahlungsfähigkeit oder dem guten Willen seiner Clienten nicht trauen kann, oder will, allenfalls durch Vorschüsse, welche diese leisten müssen. Der Theologe hat nicht nöthig, seinem Schuldner, wenn er nur sonst nicht ganz arm ist, eine Minute Nachsicht zur Bezahlung der Taxa Stolae zu gewähren. Der Arzt, der Apotheker, die Hebamme aber kann unmöglich weder einen Vorschuss vom Patienten verlangen, noch die Belohnung nach jedem Gange sofort einfordern. Das erste findet schon aus dem Grunde, weil die Dauer einer Krankheit sich nicht so wie die Dauer eines Prozesses oder andern rechtlichen Geschäfts gewissermaßen beurtheilen läßt, das letztere aber schon aus dem Grunde nicht statt, weil bei den Medicinalpersonen alles auf das Vertrauen des Publici zu ihnen ankommt, und jene Procedur in der That nicht geschickt sein würde, ein solches Vertrauen zu begründen.

Nachtrag.

Zum § 72. Auf den Bericht des Landraths Rattiborschen Creises vom 29. Aug. 1806 sind die Diäten eines Creis-Physici für die Untersuchung der Gesundheit verabschiedeter Soldaten respective auf *Einen Reichsthaler* und auf *Sechszehn gute Groschen* festgesetzt worden.

Bei-

Beilage A.

Nachdem abseiten der königl. Cammer als Verpächter eines Theils, und dem englischen Pferde-Arzt Robertson als Pächter andern Theils, nachstehender Zeit-Pacht-Contract wegen der Pferde-Curen auch Hengst- und Fohlen-Legens in der Chur- und Ukermark unter nachstehenden Conditionen verabredet und geschlossen worden:

1.

So erkläret sich der Robertson für die concessionirten Schweinschneider jeden Orts den vierten Theil des in dem Reglement de anno 1769 bestimmten Hengst- und Fohlen-Leger-Lohns respective à 3 Ggr. und 1 Ggr. 6 Pf. bei einer jeden Operation an die Magistrate, Beamte, Gerichtsobrigkeiten oder Schulzen jeden Orts bei Strafe vorgedachter Erstattung selbst zu bezahlen, wogegen jedoch denen Schweinschneidern anbefohlen werden soll, bei Strafe von 20 Rthlr., Niemanden zu zwingen, seine Pferde oder Fohlen von ihnen legen zu lassen.

2.

Will derselbe von dem Werthe des Pferdes nicht mehr als 5 pro Cent für eine jede Operation verlangen, auch dieses einem jeden Eigenthümer freistehen soll, den Werth des Pferdes oder Fohlens so hoch oder niedrig zu bestimmen, als er

1 2
will,

will, ohne ihm einen gewissen Werth zu setzen, und dieser von der durch den jedesmaligen Eigenthümer bestimmten Werth des Pferdes dergestalt cavire, daß er, wenn das Pferd oder Fohlen durch den Schnitt verunglücken sollte, den Werth des Pferdes nach der stipulirten Caution baar erstatten wolle, und will der Robertson

3.

Vor das concessionirte Pferde- und Fohlen-Legen alljährlich in der Churmark Funfzig Reichsthaler und in der Uckermark gleichfalls jährlich Funfzig Reichsthaler zur königl. Domainen-Casse jederzeit prompt bezahlen.

Dagegen will die königl. Cammer, wenn obige Conditiones genau erfüllet werden, den Robertson für alle Beinträchtigungen während der 6 Pachtjahre, welche von Michaelis 1768 angehen, und bis Michaelis 1774 dauern, schützen, auch auf keine Weise gestatten, daß er von irgend jemand in seinem Metier beeinträchtigt werde.

Zu mehrerer Festhaltung ist dieser Zeit-Pacht-Contract in duplo ausgefertigt worden, und sowohl von der königl. Cammer als auch dem Robertson unterzeichnet. So geschehen Berlin den 30. September 1768.

Zeit-Pacht-Contract

mit dem englischen Pferde-Arzt Robertson wegen der Pferde-Curen auch Hengst- und Fohlen-Legens in der Chur- und Uckermark.

Beilage B.

Entwurf einer Hebammen-Taxe für Schlesien und die Grafschaft Glatz nach der Stolae-Tax-Ordnung von 1750.

	Rtlr. sgl. d'.		
(A) ausser der Stadt Breslau.			
I) <i>Adliche und höhere Standespersonen</i> ohne Rücksicht auf ihren Wohnort, zahlen			
1) <i>Erste Classe</i>			
a) für den ersten Besuch	—	—	—
b) für jeden der folgenden verlangten Besuche vor der Niederkunft und nach dem Kirchgange, wenn dieser nicht über 6 Wochen hinausgesetzt worden	—	10	—
c) Für jedes Clystier bei Mutter oder Kind ausser der Geburts- und Wo- chenzeit	—	10	—
d) für das Ausbaden bei einer natürli- chen Geburt, Clystiere für Mutter und Kind, so wie für das während der ersten 14 Tage zweimalige, und während der übrigen Zeit bis zum Kirch-			

		Rtl. sgl. d'.		
Kirchgange, wenn dieser nicht über 6 Wochen hinausgesetzt worden, täglich einmalige Besuchen und Besorgung der Wöchnerin und des Kindes		20	—	—
e)	für das Ausbaden mit einer Wendung incl. der übrigen Geschäfte	30	—	—
f)	für eine Zwillings-Geburt . . .	30	—	—
g)	für eine Geburt eines todten Kindes	15	—	—
h)	für eine Geburt eines todten Kindes, welches hat gewendet werden müssen, ...	20	—	—
i)	für ein scheintodtgebornes von der Hebamme aber wieder zum Leben gebrachtes Kind, besonders .	5	—	—
k)	für jedes auf Verordnung des Arztes gegebene Mutter-Clystier oder Einspritzung in die Mutterscheide, sowohl in als ausser den Wochen	—	15	—
2) zweite Classe				
a)		—	—	—
b)		—	5	—
c)		—	5	—
d)		10	—	—
e)		15	—	—
f)		15	—	—
g)		7	15	—
h)		10	—	—
i)		2	15	—
k)		—	7	6
II)				

II) *Städtische Personen* und zwarA) In Städten *der ersten Classe*1) *Vornehme Classe*

								Rtl.	sgl.	d'.
a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	3	—
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	3	—
d)	.	.	.	.	.	.	.	6	—	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	9	—	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	9	—	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	4	15	—
h)	.	.	.	.	.	.	.	6	—	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	1	15	—
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	4	6

2) *Mittlere Classe*

a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	2	—
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	2	—
d)	.	.	.	.	.	.	.	4	—	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	6	—	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	6	—	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	3	—	—
h)	.	.	.	.	.	.	.	4	—	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	1	—	—
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	3	—

3) *Niedere Classe*

a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	1	—
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	1	—
d)	.	.	.	.	.	.	.	2	—	—

e)

								Rtl.	sgr.	d'.
d)	.	.	.	.	.	.	.	I	—	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	I	15	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	I	15	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	—	22	6
h)	.	.	.	.	.	.	.	I	—	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	—	7	6
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	9
3) <i>Dritte Classe</i>										
a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	4
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	4
d)	.	.	.	.	.	.	.	—	20	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	I	—	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	I	—	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	—	15	—
h)	.	.	.	.	.	.	.	—	20	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	—	5	—
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	6
4) <i>Vierte Classe</i>										
a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	3
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	3
d)	.	.	.	.	.	.	.	—	15	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	—	22	6
f)	.	.	.	.	.	.	.	—	22	6
g)	.	.	.	.	.	.	.	—	11	3
h)	.	.	.	.	.	.	.	—	15	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	—	3	9
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	4
5) <i>Arme zahlen blos fürs Ausbaden</i>										
								—	5	—
								IV.		

IV) Für Untersuchung einer verdächtigen Weibsperson, wenn die Untersuchung von dieser Weibsperson selbst oder von ihren Eltern oder ihrer Herrschaft oder von ihren Freunden verlangt wird.

Für Untersuchung einer dergleichen Weibsperson auf gerichtlichen Befehl

1) In Städten erster Classe	—	20	—
2) In Städten zweiter Classe	—	15	—
3) In Dörfern	—	10	—

(B) Für die Stadt Breslau.

I. Erste Classe

Wie I) 1. in Tab. (A)

II. Zweite Classe

Wie I) 2. in Tab. (A)

III. Dritte Classe

a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	2	6
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	2	6
d)	.	.	.	.	.	.	.	5	—	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	7	15	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	7	15	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	3	22	6
h)	.	.	.	.	.	.	.	5	—	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	1	7	6
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	3	9

Vierte

IV. *Vierte Classe*

Wie II) A) 2 in Tab. (A)

V. *Fünfte Classe*

								Rtl.	sgr.	d'.
a)	.	.	.	.	.	.	.	—	—	—
b)	.	.	.	.	.	.	.	—	1	6
c)	.	.	.	.	.	.	.	—	1	6
d)	.	.	.	.	.	.	.	3	—	—
e)	.	.	.	.	.	.	.	4	15	—
f)	.	.	.	.	.	.	.	4	15	—
g)	.	.	.	.	.	.	.	2	7	6
h)	.	.	.	.	.	.	.	3	—	—
i)	.	.	.	.	.	.	.	—	22	6
k)	.	.	.	.	.	.	.	—	2	3

VI. *Sechste Classe*

Wie II) A) 3. in Tab. (A)

VII. *Siebente Classe*

Wie II) B) 3. in Tab. (A)

VIII. *Arme zahlen blos fürs Ausbaden*IX. *Wie IV) 1. in Tab. (A)*

—	10	—
---	----	---

Nota. Das Mehrzahlen so wie das freiwillige Geschenk, welches Pathen den Hebammen zu geben pflegen, stehet einem jeden auch fernerhin frei, so wie auch der Erlass der Forderung der Willkühr der Hebamme überlassen bleibt, und werden nur bei entstehender Klage obige Sätze zur Richtschnur angenommen.

Beilage C.

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.Schlesische Taxe
von 1744.I. Für die practischen
Aerzte.1. Für den *ersten Besuch*
in einer *gewöhnlichen*
Krankheit *innerhalb* der
Städte und Vorstädte

1 Rthl. 8 Ggr.

- 16 Ggr.

2. Für jeden der *folgenden*
Besuche *inclusive* des
Recepts . . . 12 Ggr.{ Bes. - 4 Ggr. }
mit Rec, 6 Ggr. }3. Für den *ersten Besuch*
bei *ansteckenden* hitzi-
gen Fiebern . . . 2 Rthl.

1 Rthl.

4. Für jeden der *folgenden*
Besuche in dergleichen
Krankheiten . . . 16 Ggr.{ Bes. . . 8 Ggr. }
mit Rec, 10 Ggr. }5. Für den *ersten Besuch*
ausserhalb der Vorstadt
in dem Umkreis einer
Viertelmeile . . . 2 Rthl.nichts besonderes be-
stimmt,6. Für jeden der *folgenden*
Besuche in solcher Ent-
fernung . . . 1 Rthl.7. Für jeden *nächtlichen*
Besuch *innerhalb* der
Stadt und Vorstadt

1 Rthl. 8 Ggr.

- 16 Ggr.

8. Für einen solchen *aus-
serhalb* der Vorstadt
. . . 2 Rthl.9. Für ein *Recept*, welches
von dem Kranken *aus
dem Hause* des Arztes
abgeholt wird . . . 4 Ggr.

- 3 Ggr.

10. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

10. Für ein dergleichen in
der Nacht . . . 8 Ggr.

nichts besonders be-
stimmt.

11. Für die erste Consulta-
tion mehrerer Aerzte, je-
dem derselben 2 Rtlr.

12. Für jede der folgenden
Consultationen 16 Ggr.

13. Für die verlangte Ge-
genwart eines Arztes als
Beistand bei einer Nie-
derkunft oder bei einer
chirurgischen Opera-
tion 4 Rtlr.

12 Ggr.

nichts besonders be-
stimmt.

14. Für die Ausfertigung
eines *Gesundheits-*
Scheins, in den Fällen,
wo solche nicht gesez-
lich gratis ertheilt wer-
den müssen . . 1 Rtlr.

Nichts besonders be-
stimmt. Jedoch

a) in gewöhnlichen Fäl-
len nach dem Herkom-
men 4 Ggr. bis 1 Rtlr.

b) bei Besichtigung eines
in das Arbeitshaus ab-
zuliefernden Inquisi-
ten nach Cammer-Ver-
ordnungen, wovon in
diesem Werke mehr
nachzusehen ist,

12 Ggr. bis 1 Rtlr.

c) für Interessenten bei
der allgemeinen Witt-
wen - Verpflegungs-
Anstalt . . . 16 Ggr.

15. Für ein geschriebenes
Consilium, nachdem
solches mühsam und
weitläufig, auch mit
Recepten versehen ist,
4 bis 5 Rtlr.

zum wenigsten 2 Rtlr.

16. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

16. Für die *Correspondenz*
mit abwesenden Kran-
ken, und zwar für jeden
materiellen Brief 1 Rtlr.

Nichts besonders be-
stimmt. Laut des Ver-
fassers Schles. Medic.
Werks § 128 S. 117 aber
nach dem Herkommen
so viel, wie für ein
schriftliches Gutach-
ten, also 1 und mehrere
Rtlr., für jeden andern
Brief aber (laut § 619
S. 648 ebendasselbst)
4 Ggr

17. Für die Ausfertigung
einer *Krankheits - Ge-
schichte*, so verlangt
wird, 2 bis 4 Rtlr.

Nichts besonders be-
stimmt. Nach dem
Herkommen aber so
viel, wie für eine
schriftliche Relation,
nämlich 1 Rtlr. 12 Ggr.

18. Bei einer *Reise* über
Land, für jede Meile
bis zu dem Kranken, bei
freier Fuhre 1 Rtlr.

eben so viel.

19. Für jeden Tag bis der
Arzt wieder nach Hause
kommt, incl. der Rück-
reise, bei welcher keine
Meilengelder statt fin-
den, an *Diäten* 3 Rtlr.

1 Rtlr. Dagegen fanden
nach dem Herkommen
gedachte Meilengelder
auch bei der Rückreise
statt.

20. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

20. Für die ausdrücklich
verlangte *Besichtigung*
und *Eröffnung* eines tod-
ten Körpers . 6 Rtlr.

a) nach des Verfassers
Medic. Werk § 380. S.
368 für die bloße Be-
sichtigung und den Be-
richt 1 Rtlr.

b) für die Besichtigung
und die damit verbun-
dene Eröffnung 4 Rtlr.
und ausserdem

c) für die Abstattung der
schriftlichen Relation
über diese Eröffnung
1 Rtlr. 12 Ggr.

II. Für die Wundärzte.

1. Für die *Trepanation* mit
einer Krone 10 bis 15 Rtlr.
Wenn dabei die Anwen-
dung mehrerer Kronen
erforderlich ist, für die
Application einer jeden
Krone noch besonders
3 bis 4 Rtlr.

ad 1) a) für eine Hauptwun-
de, so gefährlich, dabei
das Cranium und Pericra-
nium verletzt oder einge-
drückt, doch ohne Fis-
sur . . . 5 bis 8 Rtlr.

b) von einer Verletzung
des Haupts, da das Cra-
nium cum Fissura merk-
lich eingedrückt ist, und
mühsam gehoben wer-
den muß 8, 12 bis 15 Rtlr.

c) von dergleichen Scha-
den, wo der Trepan ge-
braucht werden muß,
für jede Applicatur ohne
die übrige Cur 2 bis
3 Rtlr.

2. Für die Operation einer
Thränenfistel . 8 bis
12 Rtlr.

{ nichts besonders be-
stimmt, nach dem al-
ten Herkommen aber
8 bis 15 Rtlr.

3. Für die Operation des
grauen Staars, an einem
Auge . 10 bis 20 Rtlr.

10 bis 60 Rtlr.

4. Für

Allgemeine Preussische Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe von 1744.

4. Für die Exstirpation
eines *Auges* 8 bis 12 Rtlr.

5. Für die Exstirpation
eines *Lippenkrebses*
6 bis 8 Rtlr.

6. Für die Operation der
Haasenscharte . 6 bis
8 Rtlr.

7. Für die Operation einer
Speichelfistel 10 Rtlr.

8. Für die Exstirpation der
Mandeln . . 6 Rtlr.

9. Für die Ausrottung eines
Rachen - oder *Nasen-*
Polypen durch die Zän-
ge oder durch die Liga-
tur . . 6 bis 10 Rtlr.

10. Für die *Entfernung*
eines in der Speiseröhre
steckenden fremden
Körpers 3 bis 5 Rtlr.

11. Für die Tracheotomie
10 bis 15 Rtlr.

12. Für die Pharyngotomie
10 bis 15 Rtlr.

13. Für das 'Abnehmen
einer Brust 12 bis 18 Rtlr.

14. Für die Paracentesis
thoracis 8 bis 12 Rtlr.

15. Für die Paracentesis
abdominis 6 bis 8 Rtlr.

16. Für die Punction der
Harnblase 8 bis 10 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt, und in Absicht
der Observanz bald
mehr bald weniger
nach Umständen.

bloß nach der Observanz
12 bis 15 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt.

17. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

17. Für das Abzapfen des
Urins aus der Blase
3 Rtlr.

18. Für den Steinschnitt
30 bis 50 Rtlr.

19. Für die Castration
15 bis 20 Rtlr.

20. Für die Punction der
Hydrocele 2 bis 3 Rtlr.

21. Für die zur Radical-Cur
der Hydrocele erforder-
liche Operation 10 bis
15 Rtlr.

22. Für die Reposition
eines eingeklemmten
Darm- oder Netzbruches
5 bis 10 Rtlr.

23. Für die Operation ei-
nes eingeklemmten Bru-
ches . 20 bis 30 Rtlr.

24. Für die Circumcision
4 Rtlr.

25. Für die Operation *der*
Mastdarms-Fistel 8 bis
10 Rtlr.

26. Für die Reposition ei-
nes Prolapsus vaginae,
uteri oder ani 5 Rtlr.

27. Für die Unterbindung
eines Mutter- oder Mast-
darm-Polypen 5 bis 8 Rtlr.

28. Für die Application ei-
nes Mutterkranzes 1 bis
2 Rtlr.

29. Für die Amputation
eines Arms . 30 Rtlr.

30. Für die Amputation
eines Fusses 30 Rtlr.

31. Für die Exstirpation
eines Fingers oder Ze-
hens . 5 bis 10 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt.

nichts besonders be-
stimmt, der Observanz
gemäß aber 10 bis 20 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt.

wie weiterhin, bei bein-
schrötigen Wunden.

Allgemeine Preussische Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe von 1744.

32. Für die Operation ei-
ner *Pulsadergeschwulst*
12 bis 16 Rtlr.

33. Für die Reposition ei-
ner *einfachen frischen*
Verrenkung 4 bis 6 Rtlr.

34. Für die Reposition ei-
ner *complicirten* oder
veralteten Verrenkung
10 bis 15 Rtlr.

35. Für die Reposition ei-
nes *einfachen Bein-*
bruchs . 6 bis 10 Rtlr.

36. Für die Reposition ei-
nes *complicirten Bein-*
bruchs . 8 bis 12 Rtlr.

37. Für das Setzen einer
Fontanelle 1 bis 2 Rtlr.

38. Für das Setzen eines
Haarseils 2 bis 3 Rtlr.

39. Für das Schröpfen mit
der Maschine, und zwar
für jede Application der-
selben . . . 4 Ggr.

40. Für die Application der
Schröpfköpfe ohne Blu-
tung zu erregen, und
zwar für jeden Kopf
2 Ggr.

41. Für die Application
mehrerer Blutigel 1 bis
2 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt, nach zeitheri-
ger Observanz fand aber
immer ein höherer Satz
statt.

a) für einen Arm- oder
Beinbruch an alten Per-
sonen 10 bis 15 Rtlr.

b) an jungen Personen
6 bis 8 Rtlr.

c) für einen Schlitzbruch
nach dem er groß und
gefährlich, doppelt so
viel als vom gemeinen.

d) für Einrichtung und
nachmalige Besorgung
der verrückten Glieder,
nach deren Beschaffen-
heit 1, 2 bis 3 Rtlr.

nichts besonders be-
stimmt.

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

42. Für die Eröffnung eines
Abscesses nach Maasga-
be seiner Beschaffenheit
2 bis 5 Rtlr.

43. Für die Exstirpation
einer Balggeschwulst
oder eines Scirrhi nach
Maasgabe seiner Grösse
und Beschaffenheit 5 bis
15 Rtlr.

44. Für eine *Venae Section*
am *Arm* oder *Fuss* im
Hause des Kranken
8 bis 12 Ggr.

45. *Ausserdem* . 4 Ggr.

46. Für eine *Venae Section*
am *Halse* oder *Kopfe*
1 Rtlr.

47. Für die Application
eines Clysters 8 bis
12 Ggr.

48. Für die Application
eines Tabakrauch-Cly-
sters . . . 1 Rtlr.

49. Für die Application
eines Vesicatorii 6 bis
8 Ggr.

50. Für den *ersten Besuch*
16 Ggr.

51. Für jeden der *nachfol-
genden* . . . 8 Ggr.

52. Für einen *Besuch* zur
Nachtzeit . 16 Ggr.

In der alten Taxe heisst
es: Contusiones, Ge-
schwüre, allerhand Ge-
schwülste, Entzündun-
gen, böse Häuse und der-
gleichen mancherlei Zu-
fälle, weil deren Besor-
gung und Bemühung, so
dabei vorfallet, sehr un-
terschieden, dahero so
eigentlich nicht taxiret
werden können, mögen
die Chirurghi für jeden
Gang 2 bis 3 Ggr. fodern,
doch auch die Patienten
mit überflüssigen Gän-
gen nicht übernehmen.

Am Arme 1, 2 bis 3 Ggr.
und am Fusse 3, 4 bis
6 Ggr., welcher Satz je-
doch nach Umständen
auf das doppelte oder
gar dreifache erhöht
wurde.

nichts besonders be-
stimmt.

Nach der Observanz 2 bis
3 Ggr., welcher Satz
jedoch nach Umständen
auf das doppelte oder
gar dreifache erhöht
wurde.

53. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe
von 1744.

53. Für den ersten *Verband einer einfachen Wunde* von einiger Bedeutung . . . 16 Ggr.

54. Für den ersten *Verband einer complicirten Wunde* mit Knochenfraß oder Brand 1 Rtlr.

55. Für jeden der *nachfolgenden* Verbände,

a) einer einfachen Wunde oder eines Geschwürs . . . 6 Ggr.

b) einer complicirten Wunde . . . 8 Ggr.

56. Für ein Recept, welches aus dem Hause abgeholt wird . . . 2 Ggr.

57. Für die Beiwohnung eines Consilii 1 Rtlr.

58. Jedem chirurgischen Assistenten bei einer Operation 2 bis 3 Rtlr.

In der alten Taxe heisst es:

1) von einer gemeinen frischen Wunde, die von keiner sonderlichen Erheblichkeit, sollen sie haben, für den ersten Band . . . 6 Ggr.

2) für eine große, oder auch beinschrötige Wunde, die doch nicht gefährlich noch tödtlich ist, für den ersten Band . . . 12 Ggr.

3) für eine Fleischwunde zu heilen, nach deren Beschaffenheit 1 bis 2 Rtlr.

4) von einer beinschrötigen Wunde zu heilen, nachdem sie groß oder gefährlich 4, 5, 10 bis 15 Rtlr.

5) von einer Wunde, so gestochen, nachdem sie tief oder gefährlich, 4, 5 bis 10 Rtlr.

6) für eine gemeine Hauptwunde, so gehauen 2, 3 bis 4 Rtlr.

7) für eine Hauptwunde, so vom Schlagen oder Fallen 3 bis 4 Rtlr.

nichts besonders bestimmt.

Allgemeine Preussische Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe von 1744.

Nota. Unter vorstehenden Sätzen sind die Anschaffungskosten der Verbandstücke und derjenigen Instrumente, welche entweder nur einen einmaligen Gebrauch erlauben, oder welche der Kranke zu seinem fernern Gebrauche behält, nicht begriffen, und müssen diese von dem Kranken geliefert werden.

Bei chirurgischen Verrichtungen in der Hydrophobie und bei venerischen, krätzigten, und solchen Personen, die mit krebshaften und ansteckenden Uebeln behaftet sind, ist der Wundarzt berechtigt, die Liquidation bei jedem einzelnen Satz um die Hälfte zu erhöhen.

Dasselbe gilt von Dienstleistungen in ansteckenden hitzigen Fiebern.

III. Für die Geburtshelfer.

1. Für eine leichte natürliche Entbindung 3 bis 5 Rthl.
2. Für eine leichte Zwilings-Entbindung 6 bis 10 Rthl.
3. Für eine natürliche aber sich verzögernde Entbindung, wobei Tag und Nacht zugebracht worden ist . 6 bis 10 Rthl.
4. Für eine Fußgeburt, oder für eine gedoppelte Geburt, welche in eine Fußgeburt verwandelt worden ist 6 bis 10 Rthl.

Ist nach der bloßen Observation schon immer so gehalten worden.

nichts besonders bestimmt.

5. Für

Allgemeine Preussische
Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.Schlesische Taxe
von 1744.

5. Für eine widernatürliche Geburt, welche durch die Wendung bewirkt worden ist. 6 bis 10 Rtlr.
6. Für eine schwere Kopfgeburt vermittelt der Zange. 8 bis 12 Rtlr.
7. Für eine Perforation bei einem vorankommenden Kopfe. 4 bis 8 Rtlr.
8. Für eine Wendung, bei der der Kopf durch die Zange entwickelt worden ist. 8 bis 12 Rtlr.
9. Für den Kaiserschnitt beim Leben der Mutter und des Kindes. 15 bis 30 Rtlr.
10. Für den Kaiserschnitt bei einer lebenden Mutter, wo jedoch das Kind nicht mehr lebt. 5 bis 20 Rtlr.
11. Für den Kaiserschnitt bei einer bereits wirklich verstorbenen Mutter, wo das Kind jedoch noch lebt. 6 bis 8 Rtlr.
12. Für die Trennung der Schaambeine. 10 bis 15 Rtlr.
13. Für die mit Schwierigkeit verbundene Abnehmung der Nachgeburt, mehrere Stunden nach der Entbindung, die gewöhnliche gehört zur Entbindung, 3 bis 6 Rtlr.

nichts besonders bestimmt.

Allgemeine Preussische Taxe von 1802 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe von 1744.

14. Für die Abnehmung eines
Foetus Ovuli oder Molae
1 bis 3 Rtlr.
15. Für die Untersuchung einer
Schwangeren 1 bis 2 Rtlr.
16. Für die Abfassung eines Be-
richts darüber - 16 Ggr.
Nota. In Ansehung der Beloh-
nung der Hebammen bei der
Entbindung und nachherigen
Behandlung der Mutter und
des Kindes, so weit solche
ihres Amtes ist, hat es bei
der Verfassung jedes Orts
sein Bewenden.

nichts besonders, und hat bis
1802 blos von der Freigebig-
keit des Publici abgehangen,
zumal auch die Observanz
fast an jedem Orte verschie-
den war. Im Jahre 1792 wur-
de zwar von dem breslau-
schen Collegio medico die
in der Beilage sub Litt. B.
enthaltene Taxe entworfen.
Sie ist aber bis jetzt weder
höhern Orts genehmiget
worden, noch sonst zur An-
wendung gekommen, weil
es zur Zeit noch kein Con-
tradictorium über die Hono-
rierung der Hebammen gab,
und die schles. Regierung es
bedenklich fand, hierunter
der Freigebigkeit des Publici
etwas vorzuschreiben.

IV. Für die Zahnärzte.

1. Für das Ausziehen eines Vor-
der- oder Backenzahns 8 bis
12 Ggr.
2. Für das Ausziehen eines
Stifts oder einer Wurzel
12 Ggr.
3. Wenn mehrere Stifte aus-
zuziehen sind, für das Stück
8 Ggr.
4. Für das Ausbrennen eines
Zahns - - - 12 Ggr.
5. Für die Ausfüllung eines
Zahns, wozu jedoch niemals
Blei genommen werden darf
12 Ggr.
6. Für die Ausfüllung eines
Zahns mit Gold 16 Ggr. bis
1 Rtlr.
7. Für das Ausbrennen und Aus-
füllen mehrerer Zähne zu-
gleich - - - 2 bis 3 Rtlr.
8. Für das Anbohren eines
Zahns - - - 16 Ggr.
9. Für die Reinigung sämtli-
cher Zähne 2 bis 3 Rtlr.

nichts besonders bestimmt,
auch war die Observanz
hierunter niemals gleich.

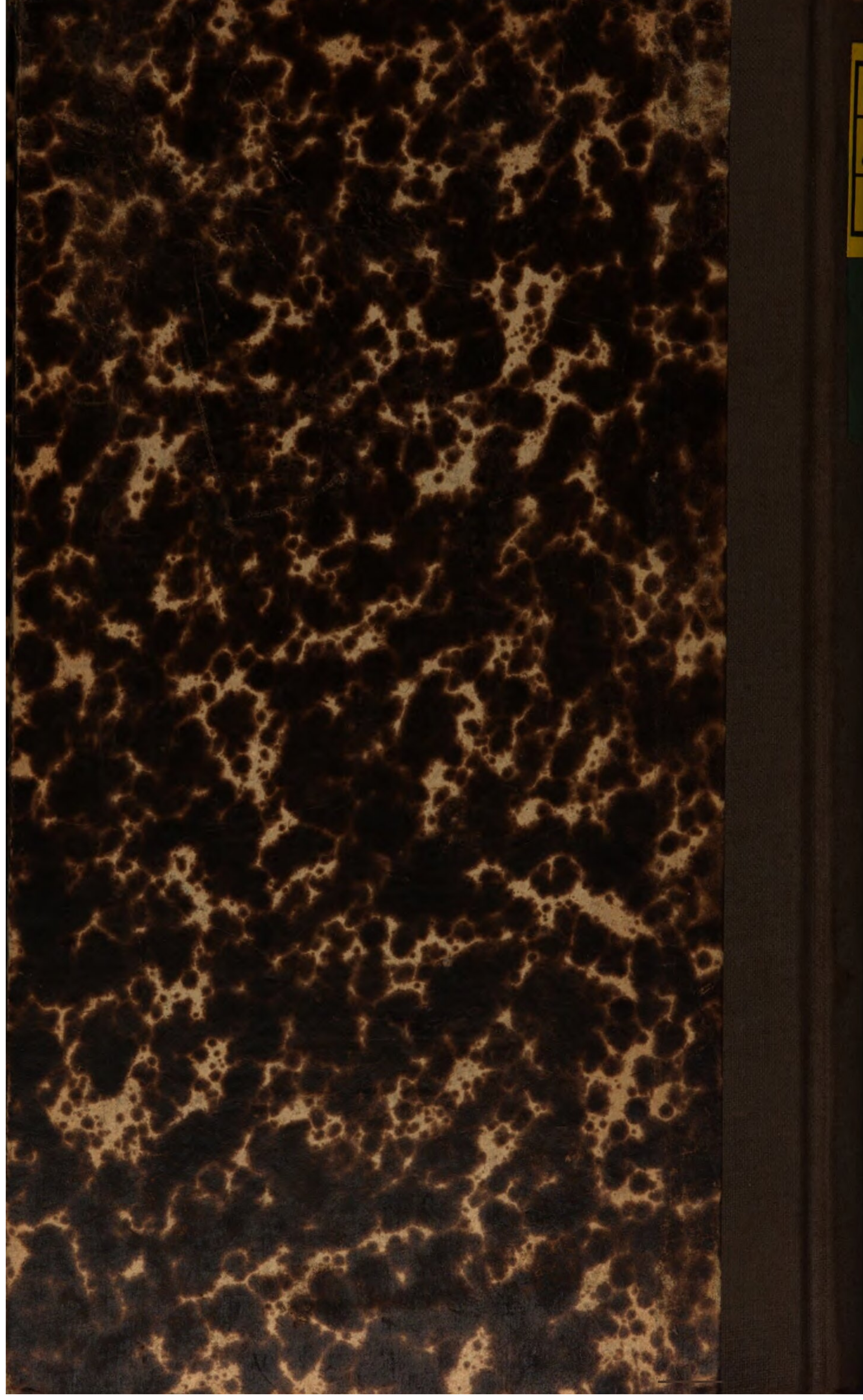
10. Für

Allgemeine Preussische Taxe von 180 $\frac{2}{3}$.

Schlesische Taxe von 1744.

10. Für das Gleichfeilen der Zähne - - - - 1 Rtlr.
 11. Für das Stumpffeilen scharfer Zähne, welche den Mund verletzen - - - - 1 Rtlr.
 12. Für das Abfeilen cariöser Zähne - - - - 1 bis 2 Rtlr.
 13. Für das Scarificiren des Zahnfleisches, oder die Absonderung schwammigter Theile an demselben 1 Rtlr.
 14. Für die Oefnung eines Zahngeschwürs - 12 Ggr.
 15. Für den ersten Besuch bei Mundkrankheiten, als Geschwüren, Fisteln, Knochenfraß, Auswuchs am Zahnfleisch etc., so wie auch bei der Richtung krumm gewachsener Zähne bei Kindern 12 Ggr.
 16. Für jeden nachfolgenden Besuch - - - - 6 Ggr.
 17. Für die Anfertigung und Einsetzung eines künstlichen Zahns - - - - 2 bis 4 Rtlr.
 - NB. bei mehreren wird immer der geringste Satz angenommen.
 18. Für eine neue Befestigung eines oder mehrerer künstlicher Zähne 12 Ggr. bis 1 Rtl.
 19. Für die Befestigung loser Zähne, mit Golddrath, je nachdem es mehrere oder weniger sind 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Rtlr.
 20. Für die Befestigung loser Zähne mit gewöhnlicher Bindung - - - - 16 Ggr.
- Bei der Richtung krumm gewachsener Zähne wird das dabei anzuwendende Goldblatt nach seinem Werth besonders bezahlt.

nichts besonders bestimmt.



Vater, Carl Friedrich Wilhelm August,

Grundsätze und Meinungen, das preussische Medicinal-Taxwesen, besonders in
Schlesien betreffend Ein Beitrag zur medicinischen Gesezkunde und
Gesezgebung

Breslau 1810

Pol.civ. 145 y

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10767507-0